

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,20 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,20 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1894 unter Nr. 6019.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Bereinigungs- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Preisliste für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen-tagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 4. Dezember 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

Die französische Expedition nach Madagaskar.

Paris, den 30. November 1894. Letzten Sonnabend, den 24. November, hat die Kammer mit einer Mehrheit von 390 gegen 112 Stimmen beschlossen, Frankreich in eine neue Tonkin-Expedition zu stürzen „zur Erhaltung des nationalen Erbtheils“ — la conservation du patrimoine national — „zur Ehrenrettung der französischen Tricolore, die nicht zurückweichen kann vor den Prahlhanereien der Malgassen (Malgassen)“, zum „Schutz der Handelsinteressen unseres Vaterlandes“, und „zur Eröffnung eines Abgabebereiches ersten Ranges für unsere industrielle Thätigkeit“.

Die panamistische Majorität bedurfte all' dieser hochwichtigen und hochpatriotischen Erwägungen, um den Wuth dieser Entscheidung zu gewinnen. Denn Abgeordnete, die „blind sind für die wahren Interessen Frankreichs“, halten einer nach dem anderen die Rednerbühne bestiegen, und die Gefahren einer solchen Expedition, die ungeheuren Opfer an Menschen und Geld, die sie dem Lande auferlegen würde, eindringlich geschildert.

Die Einen beschrieben die wegelosen, mit pesthauchenden Sümpfen bedeckten Küsten und Niederungen der Insel, durch welche die Truppen zu marschiren haben, um die Hauptstadt Tananariva zu erreichen, die von den Eingeborenen mit einer weiten, künstlichen Wüstenei umgeben worden ist. Die Menschen und die Lasterthiere würden zu Tausenden infolge der Fieber und Entbehrungen dahin sterben. Ein Patriot löste die Schwierigkeit der Verproviantirung, indem er den Vorschlag machte, einem jeden Soldaten einen Schubkarren zu geben, auf dem er seinen Mundvorrath, seine Waffen und seine Munition fahren könne.

Anderer fanden es unverantwortlich, daß die Regierung diese gefährliche Expedition unternehmen wolle, bloß wegen einer französischen Kolonie von 150 Seelen und eines malgassischen Handels von nur 5 Millionen Franks das Jahr, der noch obendrein fast ausschließlich in den Händen der Engländer ist.

Wieder andere erklärten, daß die 15 000 Mann und die 65 Millionen Franks, welche das Ministerium verlangte, nicht

ausreichen, und die Unglücksraben krächzten, daß 90 600 Mann und 200 Millionen nöthig wären.

Anderer, noch pessimistischer, erblickten das Gespenst eines europäischen Krieges und riefen mit Ruffandrasstimme: sie entblößten Frankreich von seinen besten Truppen, seinen tapfersten Soldaten in dem Moment, wo der Tod uns unserer besten Verbündeten geraubt hat; sie belasteten das Budget mit einer neuen Bürde und warfen gleich für den Anfang dieser Expedition, deren Ende niemand voraussehen könne, 65 Millionen stracks hin zu einer Zeit, wo man aus Ersparnisgründen gezwungen sei, die Soldaten vor Ablauf der dreijährigen Dienstzeit zu entlassen und die Kadres der Armee zu schwächen.

Aber die wahren Patrioten verstopften sich die Ohren gegen diese unheilbringenden Worte, und, „der Stimme ihres Gewissens folgend“, bewilligten sie, was das Ministerium ihnen befohlen. Während die Abstimmung vor sich ging, rief ein Abgeordneter, Monj. Bepmale: „Die Expedition wird nur den Spekulanten Vortheil bringen!“

Und in der That: hinter der Ehre unserer Tricolore und den heiligen Interessen des Vaterlandes verbargen sich wie immer die schmutzigen und schimpflichen Geschäfte der Finanzherren und Kapitalisten. Die Panama-Majorität ist so bescheiden, daß sie die wahren Beweggründe ihrer Handlung geheim hält. Sie überläßt es der Zeit, ihre vielen Tugenden zu enthüllen. Eins dieser geheimen Motive ist aber bereits an das Licht der Sonne gekommen.

Nach dem Kriege von 1883—85 hatten die Govas an Frankreich eine Kriegsschuldigung von 10 Mil. Franks zu bezahlen; die Diskontobank erbot sich, dieselbe dem Hof von Smyrna zu 6 pCt. vorzustrecken; und dieser griff mit Freuden zu. Die Diskontobank war so großmüthig, daß sie noch weitere 5 Millionen ließ, die sie in ihrer Kasse behielt, um die Zinsen der 10 Millionen zu bezahlen. So lange die 5 Millionen dauerten, war jedermann zufrieden: die Govas zahlten die Zinsen, ohne es zu merken und die Diskontobank bezog die Zinsen ohne die geringste Mühe. Allein, als die 5 Millionen aufgebraucht waren, änderte sich die Sache.

Die Govas sind so große Barbaren, daß sie die Schönheiten des kapitalistischen Systems nicht zu begreifen vermögen und das Leihen auf Zinsen ebenso verwerfen, wie weiland der Jehovah der Juden und die katholische Kirche.

Genug, sie weigerten sich, die 600 000 Franks jährlicher Zinsen zu zahlen, die sie durch Einfuhrzoll hätten aufbringen müssen. Bei dieser Ankündigung fielen die Obligationen der Diskontobank plötzlich um 48 pCt. und sie wären bald auf Null gesunken. Aber die Panamisten, die Herren Lesfeps und Konforten geholfen hatten, kleinen Leuten 1 1/2 Milliarden aus der Tasche zu locken, konnten den barbarischen Malgassen doch nicht erlauben, den französischen Finanzherren einen Verlust von 10 Millionen Franks zu bereiten — und sollte Frankreich auch Tausende seiner Söhne und Hunderte von Millionen darüber verlieren.

Aber nicht in Frankreich allein findet man solche panamistische Patrioten. Die russische Diplomatie, die sie sehr gut kennt, rieth, um das kapitalistische Europa für den von ihr geplanten Krieg gegen die Türkei vorzubereiten, dem Sultan, er solle die Zinsen der ottomanischen Schuld nicht mehr bezahlen. Nichts konnte ihr willkommener sein. Der arme Sultan war so in Geldnöthen, daß er schon den Tag darauf die angenehme Botschaft verkündete, er bezahle jetzt den letzten Koupon. Ein Sturm von Verwünschungen folgte. Gladstone war der Tenor dieses Chors von Patrioten, die das heilige Rußland aufmunterten, die bulgarischen Gräueltathen dadurch zu rächen, daß man die Türken, die sich weigerten, die Zinsen ihrer Schulden zu zahlen, aus Europa hinausjage.

Die Expedition von Madagaskar steht nicht vereinzelt in Frankreich da. Als vor 12 Jahren der Bey von Tunis es veräußert hatte, die Zinsen der 30 ihm geliehenen Millionen zu bezahlen, fielen die tunesischen Obligationen von 500 auf 85 Frks. Nachdem die französisch-egyptische Bank, deren Präsident Charles Ferry war, sie zu diesem Preis aufgekauft hatte, erklärte Jules Ferry, damals Präsident des Ministerraths, an Tunis den Krieg, unter dem Vorwand, daß die Krimitis, von denen niemand je etwas gehört hatte, den algerischen Kolonisten Vieh entführten. Man setzte sich in Besitz von Tunis und, um den Sieg ihrer Waffen zu beweisen, übernahm die französische Republik die Schulden des Bey und zahlte gewissenhaft jährlich die Zinsen zur großen Befriedigung der französisch-egyptischen Bank. — Die Diskontobank hofft, daß die Republik des Casimir Perier ihren noblen Traditionen treu bleiben werde. Gallus.

Feuilleton.

Am Exil.

(Nachdruck verboten.) 18

Roman von Georges Renard. Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

Sein Gesicht hellte sich auf wie das eines Liebenden, der sich seines Glückes freut. Mit unsäglichem Vergnügen erkannte er in Brocken der Unterhaltung, die er im Vorübergehen erhaschte, den kurzen, lebhaften Akzent, das Pariser Französisch. Er hörte französische Zeitungen auslesen und bildete sich ein, er wäre auf dem Boulevard. Er sah die blau-weiß-rothe Fahne im Winde flattern, und obwohl ihre drei Farben — das veraltete Symbol eines flüchtigen Bundes zwischen dem Königthum und dem Volke von Paris — in seinen Augen keinen Sinn mehr hatten, genügte es ihm, daß dieses Stück Zeug sein Vaterland vorstellte, und er betrachtete es mit jactlichen Blicken. An den Mauern las er öffentliche Bekanntmachungen, die am Kopfe die Worte trugen: Französische Republik, und er vergaß für einige Minuten, daß Frankreich eine Republik war, welche die Republikaner verbannte. Gewiß, die Schweiz war nicht fern; am Horizont gewahrte er die Wellenlinien der Hügel des Waadlandes. Gleichviel, tausend Einzelheiten bewiesen ihm, daß er sich in einer anders gearteten Welt befand, in der er sich wohl und heimisch fühlte.

Die Stunde der Rückkehr kam schnell heran. Durch das Gitter eines Gartens brach er eine Rose ab, die ihm schöner erschien, als alle Rosen, die am anderen Ufer des Sees blühten. Er war der letzte, der den Dampfer bestieg. Noch einen feuchten Blick warf er auf alles, was ihn umgab, selbst auf den Gendarmen, der ihm schön erschien unter seinem großen Helm und in dem Glanze seiner weißen Hosen.

Dann, während die Häuser, die Thürme, die großen Kastanienbäume von Evian in der Entfernung immer kleiner wurden, verglich er sich mit einem Mann, der,

vom Durst verzehrt, nur einen einzigen Tropfen Wasser hat, um ihn zu löschen. Dennoch erneuerte er diesen Ausflug auf französisches Gebiet nicht. Als seine Mutter davon hörte, wurde sie von einer solchen Angst erfaßt, daß er ihr versprechen mußte, sich niemals wieder einer ähnlichen Gefahr auszusetzen.

Er fuhr also fort, in seiner Muschel zu leben, wie er in Stunden trüber Stimmung zu sagen pflegte. Der Winter war die Zeit, in der er am meisten von düsteren Gedanken heimgesucht wurde. An gewissen Tagen, wenn die Sonne in die unbewegliche Tiefe eines nebligen Meeres versenkt für immer erloschen schien, war es auch, als ob jeder Hoffnungsschimmer aus seiner von Trauer erfüllten Seele entschwunden wäre. Es kostete ihn dann große Anstrengung, den Druck, der auf ihm lastete, abzuschütteln. Die Arbeit, das Opium der Abendländer, wurde dann auch sein Heilmittel. Er warf sich Hals über Kopf in die Lektüre. Er erweiterte seine literarische und philosophische Bildung. Er übte sich in schriftstellerischer Thätigkeit. Bald versuchte er seine Gedanken in kurze, knappe Sätze zusammenzufassen, bald brachte er seine Träume oder seine Leiden in Verse. Um nicht der Apathie anheim zu fallen, die häufig durch das Bewußtsein zweckloser Arbeit hervorgerufen wird, setzte er sich ein Ziel, freilich nur ein Vorübergehendes, wie er ja überhaupt sein ganzes Leben in der Schweiz nur als etwas Vorübergehendes auffaßte. Er nahm sich vor, die philosophische Doktorwürde an der Universität zu Bern zu erwerben, und es gelang ihm auch ohne Mühe.

Doch machte ihn dies weder stolzer noch glücklicher. Indessen verschaffte es ihm in Bezug eine größere Bedeutung. Sein Gehalt wurde erhöht und die Anzahl seiner Stunden herabgesetzt. Aber er empfand deshalb nichts desto weniger im Herzen etwas wie einen geheimen Stich, als er durch die Zeitung erfuhr, daß dieser und jener seiner früheren Kameraden soeben einen glänzenden Erfolg als Vertheidiger im Justizpalast davongetragen hatte, daß ein anderer, ein eifriger Monarchist, für einen wichtigen Posten in Aussicht genommen war. Unwillkürlich wurde er dadurch gezwungen, auf sich zu blicken, auf

die unwiederbringlich entflohenen Jahre, in denen ein fleißiger und intelligenter junger Mann seine Zukunft begründet. Sechs verlorene Jahre! Und er war noch nicht am Ende dieser Prüfungszeit!

Ein Brief seines Freundes Lucien, der ihm mittheilte, daß er sich verheirathet werde, erhöhte seine trübe Stimmung noch. War es Neid? Vielleicht, — wenn man darunter den berechtigten Wunsch, glücklich zu sein, versteht, der in jedem Menschen das Glück Anderer erweckt. Es war nicht Neid, wenn man darunter den Haß und das Bestreben zu schaden versteht, welches dieselbe Veranlassung in einer niedrigen Seele erweckt.

Von ganzem Herzen schickte René seinem Vetter seine heißesten Glückwünsche. Allein, wann würde auch an ihn die Reihe kommen, glücklich zu sein, sich einen eigenen Herd zu gründen, seinen Antheil an Glück und Liebe zu genießen? Er hätte sich ja verheirathen können, leider ja. Fräulein Rosa Kraus hatte ihm ihren guten Willen nur zu deutlich zu erkennen gegeben, so daß er sich hartnäckige Mühe geben mußte, nichts davon zu merken. Er wäre einmal sogar beinahe wider Willen verheirathet worden. Man hatte ihn zweimal mit ihr auf offener Straße plaudern sehen, was in einer kleinen Stadt als etwas sehr ernst zu nehmendes ist. Wie konnte man darnach noch an der bevorstehenden Hochzeit zweifeln? Das Gerücht davon lief in der ganzen Stadt um und Fräulein Rosa ließ es laufen, ja sie that noch dazu, was sie konnte, so daß René sich genöthigt sah, ihm kurz und fast brutal entgegen zu treten. Die ironischen Glückwünsche, die man ihm übermittelte, wies er trocken zurück, und von da an mied er die herausfordernde Reise des armen Mädchens wie die Pest.

Er merkte sich diese Lektion und war fortan noch zurückhaltender als zuvor. Hin und wieder begegneten ihm wohl junge und hübsche Mädchen, die seinen unbestimmten Wünschen für Augenblicke Gestalt gaben, aber er bewunderte sie nur aus der Ferne. Er lebte zurückgezogen, so daß er den meisten Familien der Gegend fremd blieb. Seine Mutter, die wie alle Mütter, die ihren einzigen Sohn nie-

Zur Diskussion über den Frankfurter Parteitag.

Unter dem Titel: „Das Erfurter Programm und die Vandagitation“ ist in der „Neuen Zeit“ der von Kautsky im „Vorwärts“ veröffentlichte Artikel erschienen. Leider nötigt mich die Form desselben abermals zu einer persönlichen Bemerkung. Der Verfasser eröffnet seine Auseinandersetzungen mit den Worten: „Herr Ledebour...“ und zitiert auf diese Weise meinen Namen noch einige Mal. Da er sich früher mir gegenüber der sonst beim Meinungsaustrausch unter Parteigenossen üblichen Anredeform bedient hat, will er offenbar nummehr männlich kundschaften, daß ich wegen meiner Kritik seiner Schrift verdien, exkommuniziert zu werden. Womit denn wieder einmal sich jactant das alte Sprichwort bewahrheitet: „Es sei ein Pfaffen noch so klein, es steck ein kleiner Papp dorein.“ Nun, ich habe jedenfalls nichts dagegen, mich mit diesem kleinen Pfaffen künftig nur noch auf dem „Herr“-Fuße auseinanderzusetzen.

Seine Polemik gegen mich leitet ferner Herr Kautsky mit dem abermaligen Zitat der kurzen Notiz über meine Ausführungen in der bekanntesten Versammlung des zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreises ein. In einer Fußnote bemerkt er dazu:

Vorliegende Zeilen waren schon gefehlt, als mir Herr Ledebour's Entgegnung auf meine Nichtigstellung im „Vorwärts“ zukam. Ihr wesentlichster Theil erledigt sich durch das Obige. Auf Herrn Ledebour selbst hier einzugehen, habe ich keine Ursache.

Herr Kautsky sieht es natürlich vollkommen frei, „auf Herrn Ledebour selbst einzugehen“ oder nicht. Aber wenn er auf mich „eingeht“, wie er das thatsächlich in der „Neuen Zeit“ zu thun versucht, so ist es eine einfache Anstandsspflicht im Meinungsaustrausch, daß er seiner Polemik nicht den kurzen Zeitungsbericht zu Grunde legt, der, wie das bei einer abfäulenden Berichterstattung so leicht passiren kann, den Sinn meiner Ausführungen nur schief wiedergibt, sondern das, was ich selbst im „Vorwärts“ als meine Auffassung veröffentlicht habe. Da meine Erklärung am 21. November erschienen ist, hatte Herr Kautsky hinreichende Zeit, seine bereits im Sach befindlichen Ausführungen dementsprechend zu berichtigen. So wie sie jetzt gehalten sind, muß jeder Leser, der das vorübergegangene nicht kennt, auf den Gedanken kommen, ich hätte wie „einige andere Freunde einer neuen praktischen Bauernagitation“, Herrn Kautsky als Gewährsmann für die Richtigkeit der von Bollmar empfohlenen Bauernpolitik zitiert, während ich, gerade umgekehrt, als Gegner jener Bauernpolitik auch die ihr Vorstüb leistende Stelle in dem widerspruchsvollen „Kommentar zum Erfurter Programm“ beklämpft habe.

Eine solche „Taktik“ wie sie Herr Kautsky in der Polemik gegen mich befolgt hat, richtet sich selbst. Ich brauche kein Wort weiter darüber zu verlieren.

Die Thatsache, daß eine ganze Anzahl Genossen die nämliche ihm selbst nicht behagende Auffassung von seiner Schrift gewonnen haben, hätte Herr Kautsky füglich den Blick für deren Fortwärt schärfen können. Aber weit entfernt davon! Er kann sich als Erklärung dafür nur einen Mangel an wissenschaftlichem Verständnis bei seinen Kritikern denken. In der „Neuen Zeit“ sagt er:

„Daß einige Genossen übereinstimmend mich missverstehen haben, beruht wohl darauf, daß ihnen die materialistische Auffassung noch nicht geläufig ist, welche ich in der genannten Schrift der juristischen Auffassung, die wir vom Liberalismus ererbt haben, gegenüberstelle. Ich wies darauf hin, daß die Frage des Sozialismus in letzter Linie nicht eine Frage des Eigentums, sondern eine Frage der Produktionsweise sei, daß jeder besonderen Produktionsweise eine bestimmte Eigentumsform entspreche und daß die Umwälzung des Eigentums durch die Umwälzung der Produktion bedingt werde. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel sei also nicht unter allen Umständen möglich und notwendig, sondern nur dort, wo der kapitalistische Großbetrieb bereits eine gewisse Höhe der Entwicklung erreicht habe. Die sozialistische Produktionsweise sei unmöglich dort durchzuführen, wo die kleinbäuerliche Wirtschaft ökonomisch noch nicht überwunden sei.“

Nun trifft meine Ausführungen dieser Einwurf nicht im allergeringsten, denn ich habe die Streitfrage gerade als eine Frage der Produktionsweise behandelt. Meine Erklärung im „Vorwärts“ gipfelte in der Beweisführung, daß in einer sozialistischen Gesellschaft die kleinbäuerliche Produktionsweise neben einem im übrigen sozialistisch organisierten Betrieb nicht fortbestehen kann, während Herr Kautsky das für möglich hält. Ob er dabei an eine längere oder kürzere Reihe von Jahren denkt, ist nebensächlich. Um eine nach Jahren zu bemessende Frist handelt es sich aber dabei jedenfalls, sonst würde er den Kleinbauern nicht die „ungeheure Erleichterung“ einer Umwandlung der Hypothekenzinsen in Naturalleistungen in Aussicht gestellt haben. So etwas kann doch nur bei einem Jahre hindurch währenden Zustande in Betracht kommen. Daß für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel die ökonomischen Vorbedingungen vorhanden sein müssen, ist eine für Sozialdemokraten selbstverständliche Voraussetzung. Aber nicht nur das, es muß auch die überwiegende Mehrheit der proletarischen Volksmassen für

maß verlassen haben, eifersüchtig war, fürchtete eine Theilung seiner Liebe durch eine Heirat, die ihr verfrüht schien. Mühte René nicht erst nach Frankreich zurückzulehren und sich dort eine Stellung schaffen, ehe er daran denken konnte, eine Frau zu nehmen? Fräulein Rosa Kraus und andere ernste junge Damen, welche die Dreißig überschritten hatten, wollte sie gern bei sich aufnehmen, aber sie hütete sich, jene kleinen leichtsinnigen Dinger in ihr Haus zu ziehen, die Rosen auf den Wangen und thörichte Gedanken im Kopfe hatten. So galt René für einen kalten, zugeknöpften, verschlossenen Menschen, und doch litt er, besonders wenn im Lenz der Saft in den Aern der Pflanzen und Menschen kreiste, an stumm extragenen Fieberanfällen, die bald von sehnsüchtigen Träumereien, bald von einem ziellosen Thätigkeitsdrang begleitet waren, um in trüblicher Muthlosigkeit zu enden. Dann empfand er das Verlangen, laut hinaus zu rufen: Ich will lieben. Wer wird mich lieben?

Ach, ein ironisches Geschick schien sein Spiel damit zu treiben, die, welche sich suchten, vor einander zu verbergen. In seiner Unruhe ahnte René nicht, daß er die wahre Liebe mit dem Kermel gestreift hatte, ohne zu wissen, daß dort unten, fern von hier, in einem Pensionat der deutschen Schweiz, ein Mädchen, das zum Weibe herangereift war, jeden Morgen mit dem Gedanken an ihn aufwachte und jeden Abend mit dem Wunsche einschloß, von ihm zu träumen. Man sagt, daß sympathische Seelen selbst in der Trennung vereint sein können. Warum muß dieses Wunder so selten sein? René fühlte keine liebende Seele sein Haupt umschweben und litt. Geistesförmigkeit! Herzensförmigkeit! Und sein ganzer Trost war, dem zitternden Scheine eines kleinen, vom Nebel halbverschleierten Sternes vergleichbar, die ferne ungewisse Hoffnung auf den gesegneten Tag, der ihm morgen, immer morgen, die Pforten des Vaterlandes öffnen und für ihn der Anfang eines neuen Lebens sein sollte.

Fortsetzung folgt.

die Durchführung des Sozialismus gewonnen sein, und zu diesen proletarischen Volksmassen gehören die Kleinbauern. Ich gebe deshalb bei allen diesen Betrachtungen von der Voraussetzung aus, daß auch die kleinbäuerliche Wirtschaft bereits überwunden sein muß, ehe überhaupt die Gesamtzustände die bewusste Durchführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung zulassen. Natürlich ist die ökonomische Ueberwindung der kleinbäuerlichen Wirtschaft nicht so zu verstehen, als ob dann ein jeder Kleinbauer bankrott sein müßte, sondern so, daß die Kleinbauern als Klasse hinreichend aufgepowert sind, um sie in ihrer Mehrheit dem Verständnis ihrer Klassenlage und der Erkenntnis, daß sie sich bei der sozialistischen Produktionsweise erheblich besser stellen werden, zugänglich zu machen.

Doch was brauche ich noch lange für diese Anschauung zu argumentiren! Ist mir doch Herr Kautsky selbst beihilflich, die gänzliche Berechtigung seiner auf S. 150 u. f. des „Kommentars“ vorgebrachten agrarpolitischen Spekulation nachzuweisen. Zudem er in der „Neuen Zeit“ noch einen großen Haufen von Zitaten zusammenträgt, um ganz überflüssiger Weise zu beweisen, daß er an anderen Stellen seiner Schrift etwas mit jener von mir zitierten Stelle Unvereinbares behauptet hat, gelangt er zu folgendem Satz:

„Die kleinbäuerliche Wirtschaft, sage ich, ist ökonomisch bereits überwunden. Sie behauptet sich nur noch durch Ueberarbeit und Hungerkonkurrenz.“

Ja, merkt denn Herr Kautsky gar nicht, daß er damit den Akt abfägt, auf den er sich eben zuvor noch mühsam zu retten versucht hat?

Welch neuen, schlimmeren Widerspruch fördert er da zu Tage! Man vergleiche mit jenem Satz nur einmal den Schluß des vorher von mir zitierten. Zuerst verküht er sich zur Vertheidigung seiner unglücklichen agrarpolitischen Spekulation darauf, die sozialistische Produktionsweise sei unmöglich dort durchzuführen, wo die kleinbäuerliche Wirtschaft noch nicht überwunden sei, und etwa 50 Zeilen weiter erklärt er fröhlich und frank: „Die kleinbäuerliche Wirtschaft ist bereits überwunden.“

Wenn sie jetzt bereits überwunden ist, wenn jetzt also die ökonomischen Voraussetzungen für den Uebergang der kleinbäuerlichen Wirtschaften in den sozialistischen Großbetrieb bereits gegeben sind, weshalb Verheißungen ausstellen, daß die kleinbäuerliche Wirtschaft neben dem sonst überall durchgeführten sozialistischen Großbetriebe unter Erleichterung ihrer Hypothekenzinsen eine Zeit lang fortbestehen könne?

Es ließen sich aus dem Artikel der „Neuen Zeit“ noch andere Widersprüche nachweisen; doch genug damit!

Wiß nicht nur undurchführbar, wie ich in meiner Erklärung vom 21. November nachzuweisen versuchte, sondern auch überflüssig würde nach den untreulichen Zueinandersetzungen des Herrn Kautsky das Nebeneinander sein. Es bleibt mir noch übrig, kurz zu begründen, weshalb jene verunglückte agrarpolitische Spekulation des Herrn Kautsky der Bollmar'schen Bauernpolitik Vorstüb leisten kann und wohl auch Vorstüb geleistet hat, was Herr Kautsky „unersichtlich“ gelassen ist.

Wenn es wirklich möglich wäre, die sozialistische Produktionsweise zunächst nur theilweise, in der Industrie und dem landwirtschaftlichen Kleinbetrieb, durchzuführen; wenn man den landwirtschaftlichen Kleinbetrieb dagegen unangetastet fortbestehen lassen könnte, weil dessen Aufhebung dann allmählich von selbst „durch die Anziehungskraft des vortheilhafteren Betriebes“ bewirkt werden würde, dann wäre es doch unmöglich, vorher, unter der Herrschaft der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Kleinbauern, die individuellen Träger jenes schonungsunwürdigen landwirtschaftlichen Kleinbetriebes, für die Sozialdemokratie zu gewinnen, dann würde es völlig genügen, sie, wie Schoenlant das ausgedrückt hat, „zu passiviren und neutralisiren“, indem man an ihr demokratisches Gefühl appellirt, ihnen allerhand mit den Parteigrundlagen verträgliche Vortheile in der Gegenwart verschafft, ihnen für den Fall der Einrichtung der sozialistischen Gesellschaft es vollständig anheimgibt, wie lange sie beim Kleinbetrieb verbleiben wollen, und ihnen ebendenn nach dem Recepte des Herrn Kautsky eine „ungeheure Erleichterung“ bei Zahlung der Hypothekenzinsen, ja deren theilweisen Erlaß in Aussicht stellt.

Aus der Ueberzeugung dagegen, daß ein solches Nebeneinander des sozialistischen und des kleinbäuerlichen Betriebes undurchführbar ist, ergibt sich die Nothwendigkeit, auch die proletarischen Kleinbauern als Klasse, also in ihrer überwiegenden Mehrheit, jetzt schon für die Endziele des Sozialismus zu gewinnen, sie zu zielbewussten Sozialdemokraten zu machen. Ich halte das durchaus für möglich, obgleich dieser Weg zweifellos schwerer ist als der der Passivirung und Neutralisirung, dessen Vertreter ich für verhängnisvoll halte, da er in eine Sackgasse führt. Herr Kautsky indes, der bei jeder Theorie des vorläufigen Nebeneinander beharrt, steht es über an, diejenigen Genossen, die, logischer als er, daraus die praktischen Konsequenzen ziehen, wegen ihrer „Verwässerungspolitik“ herunterzulassen.

Ueber die zweckmäßigste sozialdemokratische Agrarpolitik zur Klarheit zu gelangen, ist eine unserer wichtigsten Aufgaben in der nächsten Zeit. Vor Allem kommt es darauf an, die Vorfrage zu erledigen, ob in einer Uebergangszeit zur reinen sozialistischen Produktionsweise ein gemischtes System (kleinbäuerliche neben sozialistischer Produktion) erforderlich ist. Auch darüber wird noch ein reger Meinungsaustrausch stattfinden müssen. Schwerlich sind aber dazu nutzbringende Beiträge von Herrn Kautsky zu erwarten, der die Tragweite seiner eigenen Worte so wenig zu erkennen vermag, daß er in dem kampfhaften Bemühen Unvereinbares zu vertheidigen, aus einem Widerspruch in den anderen gerät.

Erklärung.

Der Parteigenosse August Bebel macht in der vierten Fortsetzung seiner Entgegnung wider die „Münchener Post“ bezw. wider den Genossen Bollmar einen Angriff gegen die Münchener Parteigenossenschaft im allgemeinen.

Bebel meint, Bollmar habe offenbar „ein lebhaftes Bedürfnis“ empfunden, sich von einer Parteiverammlung ein Vertrauensvotum ausstellen zu lassen, welches ihm ja auch „mit Begeisterung“ ertheilt worden sei. Bebel fügt dem hinzu, daß er selbst, „um seinen Rath zu fählen“, eines Vertrauensvotums nicht bedürfe, daß er sich „ja auch bestellen konnte“, doch halte er es seiner unwürdig, die Hilfe dritter anzunehmen. „Und nun“ — schließt Bebel den Satz — „genug über die Komödie.“

Außerdem wirft Bebel Bollmar persönlich vor, derselbe habe, indem er seine (Bebel's) Einladung nach München für unzulässig hielt, dem Spruche zuwider gehandelt, daß man alle Beede hören müsse.

Bebel vergißt dabei vollkommen, daß er ja bereits gesprochen hat und daß die Versammlung lediglich zu dem Zwecke einberufen war, auf das bereits von ihm Gesagte eine Antwort zu geben. Doch dies nur nebenbei.

Der springende Punkt ist, daß Bebel die zur Entscheidung wichtiger Fragen berufenen Parteiverfassungen zum Gaudium der Segner als abgekartete Komödie darstellt, deren Beschlüsse und Vertrauensvoten beliebig bestellt werden können!

Wenn Bebel seinerseits wirklich irgend eine Parteigenossenschaft kennen sollte, der gegenüber er mit einem solchen Diktatoren-Bewußtsein auftreten könnte, so würde das der prinzipiellen Durchbildung der Betreffenden ein höchstes Zeugnis ausstellen. Was aber die Münchener Parteigenossen betrifft, welche die von Bebel so beschimpfte Versammlung und alle mit ihr zusammenhängenden Schritte aus eigenem Drange, ohne jede Mitwirkung Bollmar's — der auf Verlangen zahlreicher Genossen zu der betreffenden Versammlung eingeladen und zum Referat aufgefordert wurde —, unternommen

haben, so müssen dieselben die unwürdige Unterstellung Bebel's und die Anwendung des Tones, in welchem er zu ihnen und damit zugleich zur Partei überhaupt zu sprechen wagt, auf das entschiedenste zurückweisen.

München, den 2. Dezember 1894.

Eduard Schmid, Vertrauensmann.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 3. Dezember.

Der Reichstag wird übermorgen eröffnet. Bis heute weiß man jedoch nicht, welche Gegenstände der Reichstag zuerst berathen wird. Ob zuerst der sogenannte Etat (der Vorschlag für die nächstjährigen Einnahmen und Ausgaben) oder zuerst die schon jetzt berückichtigte Umsturzvorlage. Jedenfalls werden die neuen Regierungsmänner nicht umhin können, ob nun ein oder das andere Thema zuerst zur Berathung kommt, ihre prinzipielle Farbe zu bezeichnen. Aber während in parlamentarisch verwalteten Staaten die Minister wieder zu gehen gezwungen sind, wenn die Mehrheit der Abgeordneten nicht ihrer Meinung ist, werden bei uns die Abgeordneten nach Hause geschickt, und zwar durch eine Reichstagsauflösung, wenn sie mit dem jeweiligen Regierungsprogramm nicht übereinstimmen. Andere Länder, andere Sitten! — Nun, jedenfalls ist das deutsche Volk jetzt ja schon so weit, nach jeder neuen Reichstagsauflösung immer mehr Sozialdemokraten ins Parlament zu wählen, und das ist ja am Ende auch eine ganz schätzenswerthe Eigenschaft des deutschen Volkes, wenn sie auch nicht überall geschätzt wird. —

Der Ausschuss des Bundes der Landwirthe hielt heute im Abgeordnetenhaus eine Sitzung ab. Der Vorstand wurde beauftragt, weitere Schritte bezw. Erlangung einer Audienz beim Kaiser einzuleiten. Der Antrag Kautsky wurde gestern in einer Vorbesprechung an eine Kommission verwiesen. Heute wurde zunächst die Stellungnahme des Bundes zu dem Kampfe gegen die Umsturzparteien und für Religion, Sitte und Ordnung erörtert. Die Herren, welche durch ihre „unentwegte“ Agitation für die Erhöhung der Getreidepreise, zur Züchtung von Verbrechern, zur Fällung der Gefängnisse und Zuchthäuser das menschenmögliche beitragen, sind die geeigneten Kämpfer für Religion, Sitte und Ordnung. Interessant ist es auch, daß diese Herren nun so plötzlich ihre Stellung zur Krone geändert haben. Auch hier haben lediglich ökonomische Interessen und nicht das Wiedererlangen „altpreussischer Loyalität“ den Umschwung hervorgerufen. —

Die „Königliche Volks-Zeitung“ schreibt über die Umsturzvorlage:

„Man wird dieselbe auch unter dem Gesichtspunkte zu prüfen haben, ob sie nicht die sozialdemokratische Agitation eher zu fördern geeignet erscheint, indem sie die gegenwärtig in Fluss befindliche Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie stört und das, was auseinander strebt, wieder gewissermaßen mit Gewalt zusammenbringt und zusammenhält. Alles das will ruhig und besonnen geprüft sein. Die Drohungen der unbesetzten und unbesetzten Anhänger des alten verfehlten Sozialistengesetzes werden dabei gewiß am wenigsten Eindruck auf den Reichstag machen.“

Jedenfalls scheint das Zentrum, wie aus den Neuforderungen ihres bedeutendsten Organs hervorgeht, nicht bereit zu sein, die Kautsky-Paragrafen unbedingt abzulehnen.

Verböserung unserer Arbeiterschutzes-Gesetzgebung. Der Bundesrath beschäftigt sich gegenwärtig mit einer Vorlage, welche auf eine Abänderung der Bekanntmachung betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Walz- und Hammerwerken vom 29. April 1892 hinzielt. Als bald nach dem Erlaß dieser Bekanntmachung von den Unternehmern der verschiedensten Walz- und Hammerwerke Klagen darüber laut wurden, daß es bei Aufrechterhaltung der betreffenden Bestimmungen unmöglich sein würde, überhaupt noch jugendliche Arbeiter zu beschäftigen, wurden seitens des preussischen Handelsministeriums über die Bezeichnung dieser Klagen Erhebungen angestellt.

Die „Berl. Pol. Nachr.“, die charakteristischerweise als offizielles Organ den Reichsverwaltung und des preussischen Ministeriums gleichzeitig dienen, bemerken hierzu:

Dieselben ergaben, daß man thatsächlich (!) mit den Vorschriften über die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter zu weit gegangen war. Namentlich wurden die Anordnungen, daß die Pausen nach einer bestimmt wiederkehrenden Zeit gewährt werden müssen und daß über die Gewährung der Pausen eine Liste zu führen ist, als fehlerhaft anerkannt. Es liegt darin sowohl eine ernste Gesährdung des Betriebes, als auch eine Ueberlastung derjenigen Vorarbeiter, welche mit der Kontrolle der jugendlichen Arbeiter betraut sind. Man dürfte in der Annahme nicht fehlergehen, daß diese Ergebnisse der damaligen Erhebungen in der dem Bundesrath nunmehr unterbreiteten Abänderungsvorlage enthalten sind.

Was die Unternehmer mit dieser freilich bloß auf den ersten Blick harmlos erscheinenden Abänderung bezwecken, ist klar, sie wollen nämlich, daß die Pausen überhaupt abgeschafft werden. Wo keine Kontrolle ist, fällt für sie auch die Nothwendigkeit der Einhaltung der Gesetzesbestimmungen weg. Die Unternehmer hätten auch gegen den sechsstündentag nichts einzuwenden, würde jede Aufsicht über die Durchführung der Bestimmungen wegfallen. Daß die Regierung aber zu solchen Praktiken die Hand bieten soll, spricht nicht für den Ernst, den man ihr bei der Durchführung unseres kläglichen Arbeiterschutzes-Gesetzes zutraut. —

Die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung wird angeblich von der Reichsregierung nun ernstlich geplant. So richtig dies auch im Prinzip ist, so sehr ist auch dieser Plan in der Praxis zu fürchten, weil bei dem lobenswerthen Zwecke sicherlich auch die Absicht mitunterläuft, der Selbstverwaltung der Krankenkassen den Todesstoß zu geben. —

Der Entwurf eines neuen Tabaksteuergesetzes ist nunmehr festgesetzt und wird dem Bundesrath in diesen Tagen zugehen. Wie nach der „Post“ verlautet, ist für Zigarren und Zigaretten eine Steuer von 25 pCt., für Rau- und Schnupftabak eine solche von 40 pCt. und für Rauchtabak eine solche von 50 pCt. in diesem Entwurf in Aussicht genommen. Die Steuer soll erhoben werden, sowie die in den bestimmten Räumen hergestellten Waaren diese verlassen: zur Zahlung der Steuer soll jeder Fabrikant verpflichtet sein. Nach dem vorjährigen Entwurf sollte die Steuer für Zigarren und Zigaretten 88 2/3 pCt., für Rau- und Schnupftabak 50 pCt. und für Rauchtabak 66 2/3 pCt. betragen. Es würde danach die neue Vorlage die Sätze

um 20 bis 25 pCt. gegen die frühere Vorlage ermäßigen. An dem Uthil über die Fabriksteuer mit ihrer Verlastung der Industrie und mit ihrer Schädigung der in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter würde durch diese belanglose Ermäßigung nichts geändert werden.

Ueber die Wirkungen der Sonntagsruhe auf das kirchliche Leben äußert sich ein Aechenschaftsbericht des Vereins der inneren Mission. Er meint, daß die erwartete für die Kirche günstigere Wendung nicht eingetreten sei. Sonntagsruhe habe man bekommen, aber keine bessere Sonntagsheiligung. Das Wirthshaus habe an Frequenz gewonnen, das Gotteshaus nicht.

Nun, um die Frequenz der Gotteshäuser zu heben, dazu haben wir die Sonntagsruhe jedenfalls nicht befürwortet. Wir verstehen freilich unter „Sonntagsheiligung“ etwas anderes, wie die Muder, die da glauben, bei der Einführung der Sonntagsruhe würde für sie etwas abfallen. Wir verstehen darunter die Möglichkeit für jedermann, auch für den ärmsten Proletarier, wenigstens einmal in der Woche aus der Irrenhölle der für den Kapitalisten geleisteten Arbeit herauszukommen und an sich selbst, seine Familie, seine Bildung, seine politische Aufklärung denken zu können, wenigstens einmal die Woche in der Freiheit einen Schimmer von Natur- oder Kunstgenuss zu erhaschen. Die Muder verstehen unter Sonntagsheiligung das systematische Niederdrücken jedes freien Geistesfunken durch die „Diener des Herrn“, das Einfangen der Massen und deren Tausch auf Religion, Eitelkeit und Ordnung, auf Demuth und Furcht. — Wenn die Muder bei dieser Spekulation auf die Sonntagsruhe nun schlechtere Geschäfte gemacht haben als wir — ja, du lieber Gott, dann werden wir wohl die Bedürfnisse der Zeit richtiger beurtheilt haben, als die Muder, die um einige Jahrhunderte hinter ihrer Zeit hermarschiren. —

Staatliche Unterstützung der Bauingen. Laut Verordnung des Ministers der öffentlichen Arbeiten darf im Bereich der allgemeinen Bauverwaltung neuerdings bei Vergabe von Leistungen und Lieferungen (Submissionen), wenn der überschlägliche Werth den Betrag von 5000 M. nicht übersteigt, die Vergabe unter Ausschluß der Öffentlichkeit d. h. in engerer Bewerbung erfolgen, sofern besondere Gründe für die Ausschreibung zu engerer Bewerbung vorhanden sind. In diesem Falle sind jedoch mindestens drei Bewerber zur Abgabe von Angeboten auszufordern. — Mit dieser Verordnung tritt das Uebel der Submissionen in eine freiere Bahn. Der Bauinspektor wählt sich bei diesen sogenannten engeren Submissionen immer die besten d. h. meistens die wohlhabendsten Gewerksmeister. In kleinen Städten sind das ohnehin naturgemäß nur wenige, die oft beschränkt sind schon durch ihre Interessen als Stadtverordnete! Es liegt also nichts näher, als daß diese Herren sich oft zusammenschließen werden bei solchen Arbeiten für 5000 M., um sich nicht gegenseitig zu unterbieten.

Der Arbeiter bekommt zwar recht niedrigen Lohn, aber die Unternehmer haben sehr bequemes Arbeiten, Einer macht die ganze Arbeit — das geht die Reihe herum — und die Andern theilen mit ihm den Verdienst brüderlich! — — praktisches Christenthum oder Christenthum?

Ordnungssünden. In Pirna, nahe bei Dresden, im Lande des Blumenschäfers und des Rothkollers, bestand seit Jahren als Bollwerk gegen die Sozialdemokratie und als Schutz und Schirm des biederben, staaterhaltenden Mittelstands eine Volks- und Sparbank. Ihr papierner Zweck war: den „kleinen Leuten“ zu helfen, ihr wirklicher: die „kleinen Leute“ von ihren lästigen Sparspennigen zu befreien und diese in die Taschen der nach dem Grundgesetz des Kapitalismus allein zum Eigenthumsbesitz berechtigten Großkapitalisten gelangen zu lassen. Einer der letzteren gründete eine Fabrik: die Sparspennige der Bank wurden in die Fabrik gesteckt. Der Fabrikbesitzer vermöbelte die Sparspennige und vor einigen Tagen, als nichts mehr zu vermöbeln war, schob er sich eine Kugel vor den Kopf. Das gleiche that der Bankdirektor, der ihn die Sparspennige der „kleinen Leute“ in die Tasche gesteckt hatte. Die zwei Revolverkassette erschreckten die kleinen Leute. Die Bücher der Bank wurden untersucht. Und siehe da: es stellte sich heraus, daß nahezu eine Million Mark! (über 900 000) durch Abwesenheit glänzten. Die „kleinen Leute“ in Pirna und Umgegend sind sämmtlich zu Grunde gerichtet, haben dafür aber zwei sehr werthvolle Erfahrungen gemacht: sie wissen jetzt, was es heißt, wenn die Fische des Kapitalismus den Mittelstands-Hühnern erzählen, daß sie ihre Interessen wahren und fördern wollen. Und ferner wissen sie jetzt, was es heißt, wenn besagte Fische in die Welt hinaus-schreien: wir kämpfen für Ordnung, Sitte und Religion. —

Auch ein Ehrenmann. Man schreibt uns: Am 11. September 1892 brachte der „Vorwärts“ eine Ehren-erklärung für Adolf Schiff aus Gießh. Unterzeichnet war dieselbe von 70 Musterbürgern Gießh's. Unterzeichnet war die selbe von 70 Musterbürgern Gießh's. Von Schiff's Gemoffen war die Reihenfolge der Unterzeichneten geändert und so zusammengestellt, daß es den Anschein gewann, als wenn der Magistrat und Stadtrath als solche in corpore unterzeichneten. Dies war nicht der Fall.

Unter den ferneren Unterzeichneten befindet sich auch ein Kapitän J. C. Viet. Dieser Mann ist derselbe, der sich an der Mißhandlung des von dem Steuermann Spree zu Tode gemarterten Matrosen Petersen an Bord des Bremer Schiffes „Paul Jfenberg“ beteiligte. Spree ist ja bekanntlich zu 5 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Viet, dessen Anknst nächstens in Honolulu zu erwarten ist, sieht seiner verdienten Strafe noch entgegen.

Dieser Viet ist einer der Ehrenmänner Gießh's, die den Adolf Schiff reinwaschen wollten.

Die Magyaren haben nun wieder einmal den Einbruch westeuropäischer Kultur in den ungarischen Globus verhindert. Ein Telegramm aus Budapest meldet:

In der heutigen dritten Lesung der Vorlage betreffend ein unergänztliches Darlehen für ein neues Lustspiel-Theater, in dem jährlich 50 nichtungarische Vorstellungen aufgeführt werden sollten, blieb die Regierung mit zwei Stimmen in der Minderheit. Die Opposition war auf Verdröbung vollzählig erschienen und hatte die bei Beginn der Sitzung schwach vertretene liberale Partei überzogen. Der Abstimmung selbst gingen sehr stürmische Szenen voraus. In der zweiten Lesung hatte das Haus die Vorlage mit einer Mehrheit von 25 Stimmen angenommen. —

Das schweizer Parlament ist heute auch zusammengetreten. —

Das Ministerium Dupuy sucht seinen Ruhm darin, reaktionärer als alle seine Vorgänger zu sein. Während es sonst in Frankreich sich nach Kandidaten zum Parlament, die wegen eines politischen Vergehens inhaftiert sind, für die Zeit des Wahlkampfes aus der Haft zu entlassen, hat Dupuy das Gesicht Pariser Wähler, ihren Kandidaten,

Gerault Richard, den Veleibiger. Seiner Majestät Casimir Perier, aus der Haft zu entlassen, einfach abgewiesen. —

Misserand, der in den schmutzigen Erpressungshandel verwickelt ist, darf mit unserem Genossen gleichen Namens nicht verwechselt werden. Es ist eine ähnliche Namensgleichheit, wie in den Fällen Baillant und Lafargue, in wels letzterem Fall sich die Namensgleichheit sogar auf den Vornamen (Paul) erstreckt. Es ist ein eigenthümliches Zusammenfallen, daß drei der tüchtigsten französischen Sozialisten bedrückliche Doppelläger haben. Der kompromittirte Misserand ist Redakteur des „Matin“; der sozialistischeres Telegraph hat ihn durch die Bezeichnung der „Abgeordnete Misserand“ der Sozialdemokratie an die Modische zu hängen gesucht, da niemand in Deutschland einen anderen „Abgeordneten“ dieses Namens kennt, als unseren Misserand, den sozialistischen Redakteur der „Petite Republique“. —

Wahlfälschungen in Frankreich. Wahlfälschungen sind natürlich keine ausschließlich deutsche Eigenthümlichkeit. Auch anderwärts kommen solche gelegentlich vor. Nur, daß sie dort energischer verfolgt zu werden pflegen. — In Toulouse in Frankreich begannen am Montag vor dem Schwurgericht die Verhandlungen des Prozesses wegen der bei den 1889er Parlamentswahlen vorgekommenen Wahlfälschungen. Einzelne der Fälschungen, wie die Beibehaltung verstorbenen oder ihrer Rechte verlustig gewordener Wähler auf den Listen, sind nicht strafbar, andere, die nur als Uebertretungen angesehen werden können, sind bereits verurtheilt, sodas nur noch die Anklage wegen Einschmuggelns von Stimmzetteln in die Urnen, wegen Ausstrahens von Stimmen, mehrfachen Abstimmungen u. s. w. aufrecht erhalten werden kann. In einem Falle wurden 300 Stimmzettel auf einmal in die Urne gelegt. Aus den Ausfögen zahlreicher Zeugen ergibt sich, daß die Wahlfälschungen einflußreicher Leute als den gegenwärtigen Angeklagten zur Last fallen, welche in der Mairie und besonders in der Präfektur beschäftigt sind. Die kleinen Diebe hängt man auch in Frankreich und läßt die großen laufen. Da sich diese Thatsache diesmal nicht verbergen ließ, so hat sich das Ministerium gezwungen gesehen, den Wunsch zu äußern, daß die Angelegenheit erst in einer späteren Schwurgerichts-Session zur Verhandlung käme, damit inzwischen die Untersuchung ausgedehnt werden könnte. Der Gerichtshof beschloß, die Angelegenheit in einer späteren Schwurgerichtssitzung zu verhandeln. — Öffentlich befestigt man inzwischen die Spuren, die auch die großen Diebe an den Galgen liefern könnten.

Französische Polizeiwirtschaft. Gelegentlich der Debatte über die systematischen Erpressungen, die ein Theil der Pariser bürgerlichen Presse seit vielen Jahren an einer Reihe bekannter Persönlichkeiten der hohen Politik und der hohen Finanz vorgenommen hat, wird jetzt auch häufiger und durch die Pariser Polizei geführten Personalakten (dossiers) gedacht. Die Polizeipräfektur besitzt „dossiers“ über 400 000 Personen. Jeder, der irgendwie in die Öffentlichkeit tritt, eine politische oder gesellschaftliche Rolle spielt, aus irgend einem Grunde von sich reden macht, wird sofort, so erzählt der Pariser Korrespondent der „Post-Zeitung“, von der Polizei ins Auge gefaßt. Sie legt unverzüglich ein „dossier“ für ihn an. „Gedächtnis“ wird dieses „dossier“ mit Allem, was die Polizei über den Gegenstand des Notenhändels auf irgend einem Wege erfahren kann. Die Hauptquelle, aus der sie die Dossiers speist, sind die Zeitungen. Die Präfektur erhält alle Blätter, die in Paris erscheinen, und ein ganzer Stab von Beamten hat nichts zu thun, als alle Personalnachrichten, Streit-aussätze, Interviews u. s. w. herauszuschneiden, auf weiße Blätter zu kleben, mit der Angabe des Blattes und des Tages zu versehen und in die Notenhände einzureihen. Neben den Zeitungsschnitzeln kommen die Berichte der Geheimpolizei in Betracht. Wie diese Berichte entstehen, ist bekannt. Ein Nichtgentleman erscheint beim Bizewirth und erkundigt sich nach dem Miether, über den die Polizei etwas erfahren will. Ist der Miether stets seiner Pflicht gegen den Bizewirth eingedenk gewesen, hat er ihn in nicht allzu langen Zwischenräumen mit angemessenen Trinkgeldern bedacht u. s., so lautet die Auskunft des Bizewirths günstig, und der Geheimpolizist, dem damit nicht gedient ist, muß seinen Bericht ganz und gar freierfinden. Hat der Miether dagegen auch nur eine seiner Pflichten verümt, so erzählt der Bizewirth die haarsträubendsten Geschichten über ihn, die der Nichtgentleman dann seinerseits noch etwas ausschmückt. Die Berichte, die auf diese Weise zu Stande kommen, werden dem Notenhändler einverleibt und bilden dessen werthvollste Bestandtheile. Diese Personalakten der Polizei-Präfektur sind das große Ziel, wo aller bössaste Muth, alle tückische Nachrede zusammenfließt, und wo die Ergebnisse der Arbeit einer Geheimpolizei ohne Gewissen und Verantwortlichkeit hineingelegt werden. Die Frage drängt sich auf: welchen Zweck hat es, alle blödsinnigen Stroh-gespinnste weggejagter Diensthöten, neidischer oder verlogener Nachbarn, rachsüchtiger Bizewirthe oder hunger-leiberlicher Spittel sorgfältig zu sammeln und aufzubewahren? Welchen Werth hat der mit solchen Methoden gewonnene papierne Urath? Jeder weiß, daß die Dossiers ein Schand-spiel in einer anständigen Verwaltung sind, aber niemand wagt die Art an diese Schmarohersplanze zu legen. Und dann: die Dossiers geben einem halben hundert Beamten aller Rangstufen Arbeit und Befriederichtigung, und diesen fünfzig Männern kann man doch nicht das Brot nehmen. — In diesen „Dossiers“ ist natürlich nur der Name französisch! Auf die durch Nicht-Gentlemen's zusammengespitzte Personalakten wird auch am Berliner Alexanderplatz liebevolle Sorgfalt verwendet. —

Eine neue belgische Militärvorlage soll demnächst den belgischen Kammern vorgelegt werden. Ueber die Hauptpunkte dieser Vorlage erklärt die „Independence Belge“, das größte liberale Blatt des Landes, folgende Mittheilungen machen zu können: 1. Herabsetzung der Dienstzeit von 18 auf 12 Jahre. 2. Belgische der aktiven Dienstzeit unter der Fahne auf sechs Monate für die Infanterie, auf 13 Monate für die Feldungs-Artillerie, das Genie-Korps, die Feuerwerker, die Pioniere und das Verwaltungs-Bataillon, auf 12 Monate für die reitende Artillerie und die Kavallerie, auf 18 Monate für die Feld-artillerie. Die im Militäralter von 18 Jahren stehenden Freiwilligen würden auf das Kontingent in Abzug gebracht werden. 3. Das Kontingent zerfällt in zwei Theile: aktives Heer und Reserve. Die Reservisten bleiben nur 6 Monate unter der Fahne (3 im ersten, 2 im zweiten und 1 Monat im dritten Jahre). 4. Den Freiwilligen wird als Vortheil gewährt Wahl der Garnison und Wohnung in der Familie, jedoch mit der Verpflichtung, sich auf eigene Kosten zu belieiden und zu bekleiden. 5. Persönliche Dienstpflicht mit Bewilligung des Auswärtigen unter Angehörigen des aktiven Kontingents und der Reserve. 6. Den Milizen ist es gestattet, im Interesse ihrer Studien oder Lehrzeit vor oder nach ihrem pflichtmäßigen Alter in Dienst zu treten. 7. Als freiwillig-Freiwillige werden diejenigen zugelassen, die eine genügende Bildung aufweisen, um später die Stellung eines Offiziers der aktiven Armee oder der Reserve auszufüllen. 8. Den Bedürftigen und Stützen der Familie wird die Befreiung von der Dienstpflicht oder die Verzögerung ihres Dienst-eintritts mehr als bisher erleichtert. Ebenso wird erhöhte Rücksicht auf die Schwächlichen und mit einem körperlichen Fehler Behafteten genommen. 9. Erleichterung der Verbeirathung der Milizen nach Beendigung ihrer Dienstzeit. 10. Entschädigung der Frauen und Kinder der Einberufenen. 11. Einrichtung

einer anderen Art von Freiwilligen-Dienst von derselben Dauer wie der Dienst der Milizen. 12. Zuhilfenahme dieser Freiwilligen nach taubstumm beendeter Dienstzeit. 13. Die Auslösung wird beibehalten, findet aber erst nach der Milizen-Einstellung statt. Die niedrigen Nummern werden dem aktiven Heere, die hohen der Reserve, die mittleren dem ersten Aufgebot der reorganisirten Bürgerwehr einverleibt. Die durch das Loos ganz vom Dienst Befreiten zahlen eine Abgabe zur Verbesserung der Lage der Soldaten. 14. Die Elementarlehrer und Lehrantwärtigen sowie die Diener aller Kulte sind in Friedenszeit von der Dienstpflicht entbunden. 15. Alle auf die Rekrutierung und Verbesserung der Offiziere, der Intendantenbeamten und der Angehörigen des Gesundheitsdienstes bezüglichen Gesetze werden revidirt. 16. Die Bürgerwehr wird in eine Art Landwehr umgewandelt.

Das Jahreskontingent wird von 18 300 auf 18 000 Mann erhöht.

Aus dieser Vorlage erseht man, daß es wohl möglich ist, die schwere Last des Militärdienstes ganz erheblich zu mindern.

Mosch-Militarismus im Frieden. Aus Brüssel wird telegraphirt:

Die Gaultische Foreitfabrik bei dem Militärlager von Beverloo ist in die Luft geschoßen und vollständig zerstört. Bisher wurden drei Tode und etwa zwanzig Verwundete aufgefunden.

Die Vorbereitungen zum Kriege, so die Herstellung des furchtbaren Sprengmittels Foreit fordern in der ungetrübtesten Friedenszeit nicht bloß die schwersten Opfer an Geld, sondern auch zahlreiche Menschenleben. —

Tessendorf in Holland. Aus dem Haag wird telegraphirt:

Eine Verfügung des Kassationshofes entschied heute dahin, daß die sozialdemokratische niederländische Vereinigung, nachdem sie die auf dem Kongress von Zwolle im Jahre 1892 gefaßten Beschlüsse durch die Zustimmung zu dem Referendum zu den ihrigen gemacht hat, eine der gesellschaftlichen Ordnung zuwiderlaufende und deshalb gesetzlich untersagt ist. —

Die holländischen Tessendorfs werden ebensowenig Erfolg haben, wie es der und die deutschen hatten. —

Das italienische Parlament ist am 3. d. Mts. eröffnet worden. Die Thronrede enthält die bekannten Nebenarten, wie in allen Thronreden. Sie spricht „mit warmem Interesse“ von der italienischen sozialen und Verwaltungsreform, erwähnt der Maßregeln zur Verbesserung der italienischen Finanzverhältnisse (wodurch der Fehlbetrag von 20 Millionen Lire aus der Welt geschafft werden soll), und enthält die spazige Mittheilung, daß alles in Europa auf einen Friedenszustand hindeutet. Davon können wir bei uns zu Lande wirklich nichts bemerken! Die in unserer letzten Nummer erwähnten neuen deutschen Marine-Forderungen z. B. scheinen uns nicht gerade auf den sagenhaften „Friedenszustand“ hinzudeuten. Zum Schluß wird in der Thronrede noch von den „freien Einrichtungen Italiens“ gesprochen und damit jedenfalls die neueste niederträchtige Anbelung unserer italienischen Bruderpartei gemeint. — Wie frei die Einrichtungen Italiens jetzt sind, zeigt sich auch darin, daß die Militärreform, deren wir in der Sonntagsnummer erwähnten, durchgeführt worden ist, ohne das Parlament irgendwie zu fragen. Bisher wurden in Italien wenigstens die parlamentarischen „Formen“ innegehalten. Jetzt hält man auch diese nicht mehr für nöthig, wie es — anderwärts auch geschieht. Man sieht: Italien ist Mitglied des „Dreibundes.“

Die neue russische Anleihe wurde auch von den deutschen Großbanken mitunterzeichnet; dieselben werden bemüht sein, möglichst viele Antheile dieser recht unsicheren Papiere den deutschen Kapitalisten anzuhängen. Es war bezeichnend des Grafen Caprioli's letzte That in seiner Eigenschaft als Reichskanzler, daß er die deutschen Börsen den russischen Anleihen eröffnete. Wir betonten damals, daß sich nächst den Russen vor allem die Franzosen über diesen Liebesdienst des Reichskanzlers freuen werden. Wie recht wir hatten, beweist der Umstand, daß mit einem Theile des Erlöses der Anleihe ältere Anleihen, die fast ausschließlich in französischen Händen sind, gedeckt werden sollen. Die Franzosen werden erfreut sein, ihre russischen Schuldmittel los zu sein und die deutschen Kapitalisten werden bald voller Sorge sein wegen ihrer schwer anbringbaren neuen Anleihepapiere. —

Ueber die russischen Ausnahme-gesetze, welche angeblich jetzt gemildert werden sollen, werden der „Rdn. Ztg.“ aus Petersburg folgende Angaben gemacht:

Die Aushebung des Zustandes des verstärkten Schutzes, wie man hier den kleinen Belagerungszustand nennt, dürfte zwar noch nicht unmittelbar bevorstehen, scheint aber in den maßgebenden Kreisen erwogen zu werden. Der verstärkte Schutz ist durch die Verordnung vom 14. August 1881 angeordnet und wurde durch den Ulas vom 4. September über zehn Gouvernements, verschiedene Kreise und Städte verhängt. Im wesentlichen besteht er darin, daß die General-Gouverneure, Gouverneure und Stadthauptleute das Recht haben, Verordnungen zum Schutze der staatlichen Ordnung zu erlassen und Zuwiderhandlungen auf dem Verwaltungsweg abzuurtheilen, öffentliche und Privatversammlungen zu verbieten, Fabriken und Handels-häuser zu schließen, einzelnen Personen den Aufenthalt zu versagen, politische wie gemeine Verbrechen den Kriegsgerichten zu weisen, den Ausschluß der Öffentlichkeit zu verfügen. Ferner sind die Vorsteher der Ortspolizei und Gendarmereverwaltungen nebst ihren Gehilfen befugt, Verfügungen über einstweilige Festnahme politisch verdächtiger Personen auf die Dauer von zwei Wochen zu erlassen, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen jederzeit vorzunehmen. Noch weiter geben die Befugnisse der Vollzugs-behörden in denjenigen Reichstheilen, die sich im Zustande des außerordentlichen Schutzes befinden. Sie entsprechen in der Hauptsache den Befugnissen, die in den weltlichen Staaten die Verkündung des Kriegszustandes den Befehlshabern der Militärmacht überträgt. Was die Verhaftung von Personen auf dem Verwaltungsweg betrifft, so überträgt die Verordnung vom 14. August 1881 die Entscheidung über Gesuche der Behörden um administrative Verweisung von Privatpersonen nach einem Orte des asiatischen oder europäischen Auslands einem bei dem Ministerium des Innern bestehenden viergliedrigen Ausschuss; der Beschluß, der auf Verweisung lautet, wird dem Minister zur Befestigung unterbreitet. Mit der Verweisung ist regelmäßig die polizeiliche Aufsicht über politisch Unzuverlässige verbunden, die durch Verordnung vom 12. März 1882 geregelt ist und die Verbannten der Willkür der vielfach gänzlich ungebildeten und asiatisch rohen Polizeibeamten preisgibt. Es genügt, zu erwähnen, daß ein Arzt, der ohne Erlaubnis des Ministers dem Sterbenden an dem Orte, wohin ihn die Regierung verweisen hat, Hilfe leistet, von dem Vorsteher der Ortspolizei mit dreitägiger Arreststrafe belegt wird. Da und dort mögen durch wenigentlich gekannte Beamte diese Bestimmungen gemildert werden, aber in der Hauptsache gelangen sie in ihrer furchtbaren Härte zur Verwendung. —

Die protestantischen Pastoren, welche in Russland wegen ihrer Amtshätigkeit verurteilt wurden, sollen, wie es scheint, vom Zaren begnadigt werden.

Die Ausweisungen Deutscher aus Russland sind nach der „Köln. Ztg.“ durch die bei der Hochzeit des Zaren verkündete Amnestie aufgehoben worden.

Kriegsereignisse. Die „Times“ melden aus Hiroshima vom 1. d. M., die Japaner hätten nach der Eroberung Port Arthur's fast sämtliche männlichen Bewohner getötet. Viele chinesischen Kriegsgefangenen wurden von ihnen erdrosselt, erschossen, zerstückelt oder denselben der Bauch aufgeschlitten. Die Japaner behaupten, die Zivilbevölkerung von Port Arthur habe sich am Kampfe beteiligt und aus den Häusern geschossen. Deshalb habe man sie vernichten müssen. Der Minister des Auswärtigen hat seinem Erstaunen und seinem Schmerz über die Mordtaten von einer solchen, dem japanischen Geiste völlig entgegengesetzten Grausamkeit Ausdruck gegeben und konstatiert, daß die japanische Regierung entschlossen sei, die Grundsätze der Menschlichkeit und Zivilisation hoch zu halten.

Diese Phrasen helfen darüber nicht hinweg, daß die Japaner mindestens so gute Barbaren sind wie andere kriegsführende Völker.

Die Friedensverhandlungen zwischen China und Japan werden wohl nicht so bald abgeschlossen werden. Das Reuter'sche Bureau meldet aus Tokio:

Der japanische Minister des Auswärtigen hat die Gegenforderungen Japans dem amerikanischen Gesandten mitgeteilt, welcher sie dem amerikanischen Gesandten in China, Denby, übermitteln wird. Ueber die Verhandlungen wird das größte Geheimnis bewahrt, doch wird angenommen, daß die japanischen Vorschläge von denen Chinas hauptsächlich in dem Betrage der verlangten Entschädigung, sowie in der Forderung einer Reihe drückender Garantien abweichen, unter denen sich die Befestigung von Port Arthur bis zur Erfüllung des Friedensvertrages befindet.

Parlamentarisches.

Fraktionskämpfe. Sämtliche Fraktionen des Reichstages haben bereits für den Abend vor der Eröffnung der Session ihre Mitglieder zu Sitzungen in den alten Reichstag berufen; sie werden sich darin u. A. auch über die Initiativanträge schlüssig machen, die der Priorität halber am ersten Tage der Session eingebracht werden.

Dr. Westermayer. Der frühere ultramontane Reichstags-Abgeordnete Prälat Dr. Westermayer ist gestorben. In der 2., 3. und 4. Legislaturperiode vertrat er den Wahlkreis München II, der seiner Partei von den Sozialdemokraten im Jahre 1884 entzogen und seitdem, von den Wahlen beim Septennatsumsturz abgesehen, von ihm behauptet wurde.

Parteinachrichten.

Zur Beachtung!

Die Frauen-Agitationskommission macht bekannt, daß für sie bestimmte Briefe und sonstige Sammlungen an die Genossin Ottilie Baader, Berlin NO., Weberstr. 24, Duergebäude 1 Tr., zu adressieren sind.

Ueber den „Konflikt in der deutschen Sozialdemokratie“ bringt die Wiener „Arb.-Ztg.“ folgenden bemerkenswerten Artikel des Genossen Karl Kautsky:

Bebel's Rede hat in der deutschen Parteipresse eine sehr getheilte Aufnahme gefunden. Daß die von ihm angegriffene Richtung an seiner Rede kein gutes Haar lassen wird, war selbstverständlich. Aber auch Blätter, die seinen Standpunkt theilen oder ihm wenigstens neutral gegenüberstehen, haben die Rede getadelt, weil Bebel kein Recht gehabt habe, die Beschlüsse des Parteitag's anzugreifen oder weil es höchst unangemessen sei, einen Streit im jetzigen Moment zu beginnen, wo eine Verschärfung der politischen Machtmittel gegen uns in Aussicht stehe. Aber diese Bedenken sind höchst kleinlicher Natur, wenn man sie der Hauptfrage gegenüberstellt, die den Kern seiner Rede bildet: Besteht wirklich ein tiefer Gegensatz in der deutschen Sozialdemokratie oder nicht? Besteht ein solcher, dann verschwinden ihm gegenüber alle anderen Fragen, die mit der Rede in Verbindung stehen. Es wird dann wirklich sehr gleichgültig, ob Bebel bei seiner Kritik in der Hitze des Gefechtes über die Schnur des formalen Rechtes gehauen hat — was wir übrigens keineswegs zugeben.

Besteht ein solcher Gegensatz, dann giebt es nur einen Weg, um zur alten Einigkeit und Geschlossenheit der Partei zu gelangen, ihn zu überwinden, nicht zu verkleinern; dann hat Bebel gerade im Interesse der Einigkeit und Geschlossenheit gehandelt, wenn er den Gegensatz enthüllte; und gerade, weil uns stärkere Verfolgungen drohen, war es höchste Zeit, dies zu thun, denn wer weiß, ob wir später zu den notwendigen Auseinandersetzungen Zeit und Gelegenheit finden.

Wenn der Gegensatz besteht, dann erweist niemand der Partei einen schlechteren Dienst, als die Beschwichtigung-Politik, die alles ausbietet, „Friede und Versöhnung“ zu stiften, und das Ausbleiben des offenen Konflikts — nicht überflüssig zu machen, sondern zu verschleiern, den latenten Konflikt zu verlängern und ihn dadurch zu verschärfen, bis er schließlich doch zum Austrag kommen muß, vielleicht zu einer Zeit, die weniger geeignet ist, als die jetzige.

Wenn man an die Beantwortung der Kernfrage der heutigen Diskussion in der deutschen Sozialdemokratie geht, darf man sich nicht durch den Blick auf die Gegner hypnotisiren lassen und sich nicht verpflichtet fühlen, deswegen, weil sie über eine Spaltung jubeln würden, überall die schönste Einigkeit zu sehen. Illusionen sind notwendig, um untergehenden Klassen noch eine Zeit lang aufrecht zu halten. Eine aufstrebende Klasse kann die Wahrheit vertragen, sie gedeiht nur durch sie.

So wird auch die deutsche Sozialdemokratie nicht zu Grunde gehen, wenn durch ihre Reihen ein tiefer Gegensatz sich zieht. Ein solcher ist aber unseres Erachtens thatsächlich vorhanden.

Worin besteht derselbe?

Seit 1890 ist unsere Partei in Deutschland enorm gewachsen, sie ist eine Macht geworden, von der die Bedrückten und Unterdrückten immer mehr, nicht nur in der Zukunft, sondern auch in der Gegenwart Abhilfe für ihre Leiden erwarten.

Gleichzeitig sind die alten bürgerlichen Oppositionsparteien theils schon zusammengebrochen, wie die bürgerliche Demokratie in Norddeutschland, theils im Zusammenbrechen begriffen, wie der demokratische Theil des Centrums. Die untergehenden Mittelstände wenden sich von den alten Götzen ab, die ihnen nichts mehr zu bieten haben und suchen nach neuen Fettsäcken, die ihnen Wunderkuren in Aussicht stellen. Antisemitismus und Panerbenblinderlei blähen auf, aber weder an Macht, noch an Geschlossenheit und Konsequenz können diese stets sich wandelnden Fraktionen mit der Sozialdemokratie messen.

Nur zu gern möchten die erwähnten Klassen sich dieser anschließen, wenn sie nur, bei aller Geschlossenheit und Kon-

sequenz, aufhören wollten, die Partei des Proletariats zu sein, die Jeden bekämpft, der auf Kosten der Armen sich emporzuschwingen will, und sei es als Hungerleider durch Lehrlingsausbeutung oder Verkürzung der Schulpflicht; und wenn sie aufhören wollten, die Partei der Revolution zu sein, welche den Bauern und Handwerkern zwar als Konsumenten in jeder Weise hilft, aber keineswegs zur künstlichen Verlängerung des Todeskampfes von Bauernwirtschaft und Handwerk die Hand bieten will.

Je mehr es gelänge, den proletarischen, revolutionären Charakter unserer Partei zu verschleiern, desto größer gerade jetzt ihre Anziehungskraft auf die „kleinen Leute“, welche ihre alten Stützen verloren haben und verzweifelt nach neuen taften.

Aus dieser Situation entstand der Wunsch nach einer neuen Taktik, einem „neuen Kurs“, dessen Erstarren zu dem jetzigen Konflikt geführt hat.

Besonders verführerisch mußte der „neue Kurs“ in Bayern erscheinen, namentlich in Südbayern, das, ökonomisch noch sehr rückständig, außerhalb Münchens wenig Großindustrie, dagegen noch eine sehr harte und selbstbewusste Bauernschaft hat, die beginnt, sich vom päpstlichen Einfluß zu emanzipiren.

Dazu kam noch der bayerische Partikularismus. Wer seinen Blick auf Bayern beschränkt und den Rückhalt verliert, den das Proletariat Bayerns in dem Deutschlands besitzt, dem werden die Bauern mehr als notwendig imponiren, und der wird leicht dazu kommen, die Zukunft unserer Partei in den düstersten Farben zu sehen, wenn es ihr nicht gelingt, die Großbauern zu gewinnen.

Wir geben gerne zu, daß in Bayern die soziale Revolution ihren Anfang nicht nehmen wird, daß sie vielleicht von den „Preußen“ wird hingebacht und gegen die Bayern verteidigt werden müssen. Daß das gerade ein Grund sein soll, mit den Bayern vereint auf die Preußen zu schimpfen und die bayerischen Eigenheiten zu pfeifen, also gerade das zu fördern, was dem Sozialismus hinderlich ist, vermag ich allerdings nicht zu begreifen.

Vielleicht bin ich auch schon zu sehr verpreußt.

Den neuen Anhängern, die der deutschen Sozialdemokratie in den letzten Jahren zugeströmt sind und die keine Gelegenheit hatten, die Erfahrungen und die Theorien unserer Partei genügend kennen zu lernen, erscheint dieser „neue Kurs“ vielleicht sehr plausibel. Auch mancher der alten Genossen hat Vorliebe für ihn gefaßt.

Die Taktik des Verwischens unseres proletarischen, revolutionären Standpunktes hat seit jeher Anhänger in unserer Partei gehabt, aber deren Gegensatz zu der Mehrheit kam, so lange die Sozialdemokratie klein war und später unter dem Sozialistengesetz nur wenig zum Vorschein. Jetzt dagegen hat er eine Stärke und Klarheit erreicht, daß er nicht länger ignorirt werden darf. Heute sind es nicht mehr einige wenige, die gelegentlich diese Taktik verfolgen; die Verhandlungen des Frankfurter Parteitages haben gezeigt, daß sie eine zahlreiche Anhängerenschaft und Führer hat, die genau wissen, wozu sie dienen.

Daß die von Schoenlant und Vollmar vorgelegte Agrarrevolution angemessen wurde, welche die Forderung der Bergesellschaftung von Grund und Boden fallen ließ, können wir allerdings nur als Versehen betrachten, der Eile entsprungen, mit der diese Angelegenheit erledigt werden mußte. Denn die Abstimmung über die bayerische Angelegenheit zeigte, daß die Anhänger des „neuen Kurses“ noch weit davon entfernt waren, die Majorität unter den Delegirten für sich zu haben.

Tarin sehe ich überhaupt das Unberedigende des Frankfurter Parteitages, daß er wohl den Gegensatz enthüllte, der in der Partei besteht, daß es aber durch eine Reihe von Zusätzen unmöglich wurde, zu erkennen, wie stark jede der beiden Richtungen ist. Er hat nicht die Entscheidung gebracht, welche Taktik fernesthin in der Partei die herrschende sein soll.

Und darum ist Bebel's „Sühnerhebung“ notwendig geworden. Heute giebt es zwei Arten von Taktik, ja von prinzipieller Anschauung in der deutschen Sozialdemokratie, die einander ausschließen. Heute kann ein Agitator im Namen der Partei zum Bauer gehen und ihm thätkräftiges Eintreten zur Verhütung seiner Wirtschaft versprechen, und morgen kann ein anderer Agitator im Namen derselben Partei zu demselben Bauer gehen und ihm erklären, daß ein solches Versprechen Humbug sei.

Nicht demselben Bauer, aber verschiedenen Bauern verschiedener Gegenden gegenüber ist dergleichen bereits vorgekommen.

In diesen Gegensätzen erblicken wir allerdings eine ernstliche Schwierigkeit für die deutsche Sozialdemokratie, nicht aber in der Konstatirung dessen, was ist, durch Bebel. Diese Konstatirung war vielmehr das einzige Mittel, die Ueberwindung der Schwierigkeit anzubahnen. Auch wir glauben nicht, daß eine Spaltung der deutschen Sozialdemokratie bevorsteht. Nicht, weil wir die Gegensätze leugneten, die sie in ihrem S. o. k. birgt, sondern weil wir die Ueberzeugung haben, daß der alte proletarische, revolutionäre Geist noch immer sie beherrscht, und daß der „neue Kurs“ nur deshalb härteren Anhang finden konnte, weil sein Gegensatz zu diesem Geist den betreffenden Schichten noch nicht zum Bewußtsein gekommen war. Zeigt man ihnen, wohin der „neue Kurs“ führt, dann werden, davon sind wir überzeugt, diejenigen, die ihn bewußt anstreben, bald allein gelassen werden und dann sich der großen Mehrheit fügen.

Aber ausgefochten muß der Konflikt werden. Den Gegensatz muß man, wie schon gesagt, überwinden, nicht überkleinern.

Offentlich können wir bald berichten, daß die deutsche Parteipresse sich ausschließlich der Erörterung des Kernpunktes der Frage zuwendet, und die Diskutirung der Nebenfragen denen überläßt, welche bei einer Diskutirung der Hauptfrage nichts zu gewinnen haben.

Zur Diskussion über die Streitfrage Bebel-Vollmar schreibt das „Volksblatt für Posen“, dessen Redaktion in einer Volksversammlung der Vorwurf gemacht worden war, sie nehme eine „tendenzlose Haltung“ namentlich dem hannoverschen „Volkswille“ gegenüber ein:

„Sowohl Genosse Bebel, wie auch Vollmar und Grillenberger sind weit über den Ton hinausgegangen, der unter Parteigenossen herrschen sollte. Wir hätten dies schon längst getadelt, wenn wir nicht als Entschuldigungsgrund eine gewisse Verbitterung gelten ließen, die bei den direkt Beteiligten naturgemäß herrscht. Dem hannoverschen „Volkswille“ steht als unbedeutendstem Dritten oder Vierten ein solcher Entschuldigungsgrund nicht zur Seite; er hatte gar keine Veranlassung, seinerseits noch Oel in das Feuer zu gießen.“

Ueber die Fortsetzung der am Mittwoch abgebrochenen und am Sonntag fortgeführten Debatte über die „bayerische Angelegenheit“ in der Münchener Volksversammlung wird der „Frankf. Zeitung“ gemeldet:

Die Versammlung nahm mitunter einen stürmischen Charakter an und brachte eine Erwidrerung Grillenberger's gegen Bebel und dessen häufige Opposition. In einer Resolution wurde Bebel's Auftreten getadelt und Grillenberger volles Vertrauen ausgesprochen.

Aus Baden schreibt man uns: Die Angelegenheit des nachgerade auch im „Nadderadarisch“ zu einer Berühmtheit gewordenen Herrn Philipp Stegmüller in Lörrach entwickelt sich immer mehr nach der komischen Seite, sie wirkt possiblich. Der Verein „Vorwärts“ in Lörrach, der — im Gegensatz zum „Sozialdemokratischen Wahlverein“ — den familiären Kreis der Stegmüller'schen Parteispieldar bildet, hat kürzlich auch über die Kandidatenniederlegung St.'s verhandelt. Herr Stegmüller erklärte, er halte fest an seinem

Mandat und trete aber aus der „Fraktion“ aus. Man legte die Entscheidung in die Hände der Landtags-Wahlmänner, die am Sonntag zusammentreten und ihren Herrn Philipp Stegmüller wiederum als Abgeordneten wählen d. h. bestätigen werden. In der sicheren Erwartung dieses unzweifelhaften Resultates wählte inzwischen die Versammlung der Herrn Landtags-Abgeordneten Stegmüller wieder zum Vorsitzenden des „Vorwärts“. Es gewinnt den Anschein, daß es diesmal der Genosse August Dreßbach ist, der von seinem Freunde Stegmüller dupirt wird.

Postskriptum. Daß die Prophezeiung verfehlt, ist eingetroffen. Die Wahlmänner, die zum größten Theil die gleichen Begriffe von der Sozialdemokratie haben wie Herr Stegmüller, segneten ihn auf neue und werden beim Parteivorstand in Berlin durch eine Erklärung versuchen, das „harte, ungerechte“ Urtheil des Frankfurter Parteitages über Stegmüller zu annulliren. Genosse Bebel kann sich machen, daß er bei seinem nächsten Aufenthalt zu Ruppach von einer Deputation Lörracher Wahlmänner aufgesucht und zur Revolution genöthigt wird.

Die Parteizustände in Braunschweig sind auch nach der Meinung unseres Braunschweiger Bruderorgans endlich als erledigt zu betrachten. Das Blatt schreibt: Die letzte Parteiversammlung, von mehr als 3000 Personen besucht, hat ihren Zweck vollkommen erreicht. Richteten sich die Genossen nach den taktischen Grundfragen der Partei, wie sie auf dem Frankfurter Parteitag beschlossen wurden und die wir im „Vollstrecker“ eben erst veröffentlichten, sehen namentlich die Vorsitzenden von Versammlungen streng darauf, daß dieselben beachtet werden, indem sie von ihrer Besugniss, den Redner auf das sachliche Gebiet zu zwingen, ausgiebig Gebrauch machen, wofür ihnen von den Parteigenossen nur Dank gesagt werden wird, so dürften Vorgänge, wie die der letzten Woche nicht mehr vorkommen. Namentlich aber wird der Abschluß dieser kleinen Differenzen dem Genossen Legien zeigen, daß er hier unrichtig vorgegangen ist und daß wir keine anderen Führer zu wählen, kein neues Blatt zu gründen haben. Noch theilen wir hier mit, daß die beiden Mitglieder der Boykottkommission, die Genossen Kießling und Müller, aus derselben ausgeschlossen sind.

In einer Volksversammlung in Kellinghusen (Schleswig-Holstein) erhaltete der Genosse Martille aus Hamburg Bericht vom Frankfurter Parteitag. Die nachfolgende Abrechnung des Vertrauensmannes ergab eine Einnahme von 813,23 M. und eine Ausgabe von 807,82 M., bleibt ein Restbestand von 5,41 M. Genosse Schmidt berichtet ferner, daß im verwichenen Jahre 9 Volksversammlungen, davon 7 in Kellinghusen und 2 in Breitenberg, die sämtlich gut besucht gewesen, stattgefunden haben. Als Vertrauensmann wurde der Genosse Schmidt einstimmig wiedergewählt.

Die Parteigenossen von S i a s f u r t haben den F ü r s t e n h o f gesperzt, da ihnen der Saal zu Versammlungen verweigert wurde.

Einen Sieg bei den Gemeinderaths-Wahlen erfochten unsere Genossen in Kreilcha (Sachsen). Mit 60—47 Stimmen brachten sie drei unausfällige Gemeinderatsherren gegen 23 bis 8 Stimmen der Gegner in den Gemeinderath; auch zwei Erzhämmer erhielten die Majorität.

Die nächsten Bürgerausschuss-Wahlen in Stuttgart werden voraussichtlich einen harten Kampf bringen zwischen den Sozialdemokraten und den übrigen Parteien. Bis jetzt sind, der „Schwäb. Tagwacht“ zufolge, bereits 6 verschiedene Vorschlagslisten bekannt geworden, welche zusammen 42 Namen enthalten; zu wählen sind nur 18 Personen. Eine ganz selbständige Liste bietet nur die Sozialdemokratie, die übrigen haben alle Kompromisse abgeschlossen.

Bei den Gemeinderaths-Wahlen in Friedrichsgrün siegten die sozialdemokratischen Kandidaten der Unausfälligen mit 79 und 73 Stimmen. Die besiegten gegnerischen Kandidaten, beides bisher im Gemeinderath, erhielten nur 14 und 6 Stimmen.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Chemnitz siegten die Arbeiterkandidaten der sozialdemokratischen Liste. Der Sieg ist ein vollständiger; während die Gegner mit der größten Agitation es auf ganze 99 Stimmen brachten, erhielt die sozialdemokratische Liste 3679 Stimmen. Für die Unternehmung ging die Liste der vereinigten Arbeiter aus allen Berufsweigen durch.

Der Genosse von Vollmar ist, wie der Telegraph meldet, sehr schwer erkrankt.

Der belgische Genosse Van der Velde hielt am letzten Sonntag im lateinischen Viertel in Paris seinen angekündigten Vortrag über den Sozialismus in Belgien und errang großen Beifall. Vorsitzender der Versammlung war Genosse Jaurès.

Todtenliste der Partei. Freiwillig in den Tod gegangen ist einer unserer älteren Parteigenossen in Brandenburg. Der 52 Jahre alte Zigarrenfabrikant G. Koll, ein braver Genosse, der in guten geordneten Verhältnissen lebte, hat, wie man uns von Brandenburg mittheilt, in einem plötzlichen Anfall von Geistesstörung sich selbst entleibt. Die Partei verliert in ihm einen der besten Genossen. Am Sonntag fand seine Beerdigung statt. Eine nach vielen Hunderten zählende Menschenmenge gab ihm das letzte Geleit.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Genossin P a l m ist, nachdem das Reichsgericht das freisprechende Urtheil bezüglich der Beleidigung des evangelischen Geistlichen bestätigt hat, bezüglich der Ausweisung aber aufgehoben hat, von den Magdeburger Richtern wegen Ausweisung zu einem Monat Gefängnis verurtheilt worden.

— In Plümenau (Kreis Waldenburg) löste ein Genosse die Monatsversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins auf, weil ein Vortrag gehalten werden sollte und das seiner Meinung nach nur in einer öffentlichen Versammlung geschehen dürfe. Die Vorstandsmitglieder, sowie der Referent und der Gastwirth wurden angeklagt und vom Schöffengericht zu je 15 Mark verurtheilt, allerdings nicht aus dem vom Genosse angelegenen Grunde, sondern, weil sich bei der Verhandlung herausstellte, daß dem Kandidaten die Zeit des Beginns der Versammlung nicht angegeben worden war.

— Als weitere Nachwehen vom Westfälischen Sängerefest registriert die Burghäuder „Volksstimme“ noch folgende Strafen: Ein Theilnehmer erhielt 10 Tage Haft, ein anderer 6, zwei je 5 Tage und einer 3 Tage Haft.

Depeschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Frankfurt a. M., 8. Dezember. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus London: Aus Harmouth ist die Nachricht eingetroffen, daß der Dampfer „Albertine“ gestern Morgen während eines dichten Nebels in der Nähe von Harmouth mit einem großen Personendampfer so unglücklich zusammengestoßen ist, daß letzterer sofort, wie man glaubt, mit allen Personen gesunken ist. Der Name des verunglückten Schiffes ist nicht bekannt. Die „Albertine“ ließ sofort Rettungsboote hinan, es wurde aber keine Spur von Dampfer oder Menschen entdeckt. Die „Albertine“ selbst war stark beschädigt und ist heute Morgen in Harmouth eingelaufen.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Tokales.

Die Sprechstunde des Rechtsanwalts wird heute Mittags von 12 bis 1 Uhr abgehalten.

Sehr zu denken giebt der Geschäftsbericht, der am Sonntag in der Generalversammlung der Berliner Bockbrauerei vom Vorsitzenden Herrn Bankier Philipp Rosenbaum erstattet worden ist. Der Herr äußerte sich u. a. wie folgt:

Das Resultat von 4 Pct. Dividende sei zwar kein glänzendes, aber es sei bekannt, welche Umstände im abgelaufenen Jahre mitgewirkt hatten, die es verhinderten, ein besseres Resultat zu erzielen. Die Dividende wäre recht verdient und unter Berücksichtigung der dadurch vortheilhaft von den in früheren Jahren gezahlten Dividenden.

Um . . . so . . . so!

Und weiter:
„Auf Anfrage theilte Herr Direktor Abdrig mit, daß im Monat Oktober der Minderabsatz ca. 600 Tonnen, im November dagegen nur 82 Tonnen betragen habe. Doch hoffe die Verwaltung den Minderverkauf im Laufe des Jahres doppelt einzuholen. Jedenfalls liefern diese Ziffern den Beweis, daß die Bockbrauerei nicht, wie behauptet wurde, vom Boykott am wenigsten betroffen werde.“
Was unsrerseits nicht bestritten werden soll.

Das nasse Jahr. Recht drastisch spiegelt sich die Wirkung des Boykotts in dem Geschäftsbericht der Aktienbrauerei Friedrichshain wieder, welcher die von uns bereits vor einigen Tagen festgenagelte Mittheilung, daß das Betriebsjahr 1893/94 mit einem Fehlbetrag von einigen siebenzigtausend Mark abschließt, bestätigt. Die überaus ungünstige Witterung im vergangenen Sommer und die Verurtheilung über unsere Brauerei, schreibt die Direktion, sind auf den diesjährigen Abfall von nicht geringem Einfluß gewesen. Im Geschäftsjahre 1892/93 wurden verkauft 50 190 Tonnen gegen 42 842 Tonnen in 1893/94, mithin ist in diesem Jahre ein Anfall von 7848 Tonnen gegen das Vorjahr zu verzeichnen. Der Brutto-Gewinn des Brauerei-Bedarfs und Ertrag-Kontos, welcher im vergangenen Jahre 319 497 M. betrug, stellt sich in diesem Jahre nur auf 207 091 M., also um 112 406 M. niedriger.

Nachdem auf die höheren Rohmaterialien-Preise hingewiesen worden, heißt es ferner:

Ein weiterer Grund des verminderten Bruttogewinnes liegt in dem geringen Bierabsatz unserer Ausschanklokale, namentlich des eigenen Ausschankes am Friedrichshain. Die großen Vereine, welche sonst ihre Feste abhielten, zogen sich zum Theil aus dem im Eingange bezeichneten Grunde zurück, oder diese Feste hatten unter der Unbill der Witterung (I) so stark zu leiden, daß deren Erträge weit hinter denen des Vorjahres zurückblieben. Einen Anfall von ca. 15 000 M. brachte ferner das Flaschenbier-Geschäft, da ca. 600 000 Flaschen weniger als im Vorjahre verkauft wurden. Die geringeren Einnahmen hatten eine Erhöhung der Passiven zur Folge. Die Kreditoren betragen in diesjährigen Abschluß 170 855 M. (dies ist ganz besonders bemerkenswerth. Das Kreditorenkonto bezifferte sich im Vorjahr auf nur 1363 M.! Die Red.), dagegen besserten sich unsere Bestände auf 888 989 M., sie sind in diesem Jahre um 78 896 M. höher als im Vorjahre. Die Schwere der Abfälle haben sich in diesem Jahre außerordentlich vermehrt. Die teuere geliebten Abnehmer, welche durch die wirtschaftliche Lage und die Ungunst der Verhältnisse in einen schweren Kampf gedrängt (I) wurden, haben nur mit groben Anstrengungen ihre Existenz behaupten können. Wir sind ihnen dabei nach Möglichkeit entgegen gekommen, theils durch Herabsetzung des Preises, theils durch Kreditgewährung, da es uns vortheilhafter erschien, lieber Opfer zu bringen, als eine noch größere Einbuße am Absatz zu erleiden. . . .

Die Wahrheit des Sprichworts: Wer sich mulhwillig in Gefahr begiebt, kommt darin um, dürfte sich nach solchen Lamenten an der Aktienbrauerei-Gesellschaft Friedrichshain wohl am allerehesten bekunden.

Wozu das Boykottbier gut sein soll. Das Boykottbier und Witterung in einer deutlich erkennbaren Wechselwirkung zu einander stehen, ist ja aus den Geschäftsberichten der Ringbrauereien zur Genüge bekannt geworden. Der Zusammenhang von Ringbier und Regen erweckt aber bei denen, die es anecht, wenig Freude, und es ist daher erklärlich, daß in der geängstigten Phantasie der boykottirten Wirthe neben dem Parapluie auch die Vorstellung von einem Schuttdach mit weiterer Spannweite Platz greift.

Der Restaurateur Sommerfeld, Skalitzerstr. 35, Ecke der Mantuffelstraße, hatte sich darum bemüht, für sein Lokal einige der bekanntesten Plakate der Boykottkommission zu erhalten und war natürlich die Verpflichtung eingegangen, kein boykottirtes Bier auszuschenken. Bei der hatigefundenen Kontrolle war alles in Ordnung, sobald der Wunsch des Herrn erfüllt und er in die Liste derjenigen Gastwirthe, die ringfreies Bier führen, aufgenommen werden konnte. Schon am Dienstag Mittag wurde jedoch bei ihm ein Viertel Vereinsbier abgeladen. Dieserhalb zur Rede gestellt, entschuldigte sich der Wirthe damit, daß er garnicht daran dachte, das boykottirte Bier einzuführen. Er wolle aber für seinen Ausschank erst die Konzession erhalten und könne diese nur bekommen, wenn er Ringbier führe. Sowie die Konzession heraus sei, nehme er wieder ringfreies Bier. Leider fand der Herr mit seiner schönen Ausrede keine besondere Gegenliebe. Er wurde höflich gebeten, die Plakate, mit deren Hilfe er den Arbeitern Boykottbier verzapfen wollte, wieder herauszugeben.

Zur Lokalliste. Der Gastwirth Schulz, Köpcke-straße 161, schämt nicht, wie irthümlich berichtet, Boykottbier, sondern solches aus der Brauerei Müggelschloßchen.

Die hiesige Vertretung des Bürgerlichen Brauhauses München sendet die folgende „preßgesetzliche“ Berichtigung: In Nr. 279 des „Vorwärts“ behaupten Sie, daß das Münchener Bürgerbräu aus der Bürgerlichen Brauerei Berlin, früher Nationalbrauerei, stamme. Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuche ich Sie, nachstehende Erklärungen in der nächsten Nummer Ihrer Zeitung zu veröffentlichen:

1. Die von mir vertretene Brauerei „Bürgerliches Brauhaus München (Münchener Bürgerbräu) in München“, sowie ich selbst stehen dem Bierboykott in jeder Beziehung völlig fern.
2. Die Behauptung, das Münchener Bürgerbräu stamme aus der Bürgerlichen Brauerei Berlin, früher Nationalbrauerei, ist

unwahr, da weder meine Brauerei, noch ich selbst irgendwelche Beziehungen zu derselben je gehabt haben.

Achtungsvoll

Münchener Bürgerbräu-Vertretung.

Carl Ziegler.

Wenn die hiesige Vertretung des Bürgerlichen Brauhauses München sich unsere Notiz in Nr. 279 ein wenig genauer angesehen hätte, so würde sie gefunden haben, daß wir gar nicht daran dachten, ihr echtes Bier, das selbstverständlich ringfrei ist, zu boykottiren. Es ist aus der betr. Warnung klar ersichtlich, daß wir ausschließlich das Fabrikat der hiesigen Bürgerlichen Brauerei, der früheren Nationalbrauerei, ins Auge gefaßt hatten. Die Aufregung des Herrn Ziegler war also deplacirt.

Die Lokalkommission theilt folgendes mit: Wie uns erst jetzt bekannt wurde, hat Herr Winkler, der Besitzer des „Alfazar“ in der City-Passage, Dresdenerstraße, am 1. August d. J. auch die Säle des City-Hotels übernommen und offerirt sie an Vereine u. zu Vergnügen jeder Art. Da Herr Winkler seinerzeit sich den Saalverweigerern angeschlossen hat, so bedarf es bei unseren Genossen wohl nur dieses Hinweises, damit sie wissen, wie sie ihr Verhalten gegenüber Herrn Winkler einzurichten haben. Die Lokalkommission. J. A.: Karl Scholz, Brangelstr. 32.

Wie ist der Lusttag im königlichen Schloß begangen worden? Unter am Freitag gebrachten Mittheilungen können wir noch hinzufügen, daß auch die Vergolder an dem hohen preußisch-protestantischen Feiertag bei den Renovationsarbeiten im Schloß tapfer darauf los geschunden haben. Der Herr Hofvergolder Noack in der Ritterstraße hat die Ehre, die Vergoldungsarbeiten im Weißen Saal und den Nebenräumen auszuführen oder vielmehr ausführen zu lassen. Denn bescheiden, wie Unternehmer im christlichen Kaiserstaat Preußen einmal sind, begnügt Herr Noack sich mit der Ehre und dem Profit und läßt die Arbeiten von etlichen dreißig Vergoldern im Schloß ausführen. Der Herr Hofvergolder thut auch wohl daran, daß er nicht selber Hand mit anlegt. Denn selten hat es wohl in diesem Fach eine anstrengendere Arbeit gegeben als die, welche hoch oben an den Decken der Prachträume von Morgens 7 Uhr oft bis Abends 10 Uhr bei künstlichem Licht zu verrichten ist. Und wenn für diese, bis zu zwölf vollen Arbeitsstunden dauernde Leistung im königlichen Schloß noch ein einigermaßen entsprechender Lohn gezahlt worden wäre! Während bei den Vergoldungsarbeiten am Reichstags-Bau, die dem Vergoldermeister Köhlig übertragen waren, ein Lohn gezahlt wurde, der sich wenigstens auf 50 Pf. pro Stunde belief, giebt es für die am königlichen Schloß zu verrichtenden Arbeiten nur den lächerlichen Stundenlohn von etwa 45 Pf., so daß der Arbeiter, wenn er sich zwölf Stunden abgekümmert hat, Abends ganze 5.40 M. mit nach Hause bringt. Man begreift daher, daß unter solchen und ähnlichen Lohnverhältnissen die Arbeiter ihren Körper, das einzige Kapital, das sie und ihre Familie aufrecht erhalten soll, in unverantwortlicher Weise ausnützen und ruiniren. Bei Löhnen von ca. 40 bis 65 Pfennigen ist es erklärlich, wenn auch unverzeihlich, daß Arbeiter, wie es am Donnerstag und Freitag voriger Woche im königlichen Schloß von Seiten der Stuckateure geschah, Morgens um 7 Uhr zu arbeiten anfangen, und nicht allein den Tag und die Nacht, sondern auch den folgenden Tag bis Abends 10 Uhr hindurch schaffen und so in zwei Tagen volle neununddreißig Arbeitsstunden machen!

Sehr bezeichnend sind auch die Verhältnisse, unter denen die Vergolder im königlichen Schloß der kurzen Erholung theilhaftig werden, die sie wohl oder übel während der langen Arbeitszeit sich gönnen müssen. Als Frühstück- und Vesperraum ist eine Art Verschlag bestimmt, der nahe einer Bedürfnis-Anstalt liegt, so daß die Arbeiter während des Essens und der sonstigen Erholungsstunden die ekelhaften Dünste einzatmen gezwungen sind. Wir empfehlen hiermit dringend dem Fabrikinspektor in der königlichen Haupt- und Residenzstadt Berlin, sich einmal diesen Raum im königlichen Schloß anzusehen und entsprechende Remedur anzuordnen. Ein Zug, der für die Arbeitsverhältnisse im Schloß recht charakteristisch ist, sei noch erwähnt. Es ist sonst im Handwerkerkreise bekanntlich Gebrauch, an Festtagen, gleichwie an Sonntagen etwas früher wie sonst Feierabend zu machen und ferner werden Sonntags- und Feiertagsarbeiten, wenn sie einmal verrichtet werden müssen, wenigstens etwas höher, als Werktagsarbeiten im Lohn berechnet. Anders im königlichen Schloß. Nicht nur, daß die Vergolder dort am heiligen Lusttag für denselben lächerlichen Stundenlohn von ca. 45 Pfennigen arbeiten mußten, als sonst, nein, sie erhielten auch noch einen entsprechenden Anspanner, als sie sich an dem hohen Feiertage unterstanden, fünf oder zehn Minuten vor halb sieben Uhr Abends, dem für sie festgesetzten Schluß der Arbeitszeit, Feierabend zu machen.

Es erübrigt noch die Frage: Wie haben die Mittheilungen, die wir pflichtgemäß über die charakteristische Lusttagfeier im kgl. Schloß gemacht haben, auf die beteiligten Faktoren gewirkt?

Die Arbeiter im Schloß, die in der Frühstückspause bei boykottirtem Bier ihren „Vorwärts“ lasen, waren natürlich vergnügt, daß wieder einmal ein ganz besonders in die Augen springender Fall aus der Methode, wie man im Staat der Sozialreform seine sozialen Aufgaben vollführt, nach Gebühr an den Vorrang gestellt war. Die Polizei und Meister im Schloß schwiegen — wenigstens den Anklägern, den Arbeitern gegenüber. Und über die Stellung, die nimmer höhere Instanzen etwa einnehmen, ist nur zu berichten, daß, wie von den Arbeitern geglaubt wird, von Seiten des Hofmarschallantes, am letzten Sonntag die Weisung ergangen ist, fürderhin an Sonn- und Festtagen nicht mehr zu arbeiten. Doch wurde den Arbeitern nahe gelegt, die Nacht zum Sonntag hindurch fortzuarbeiten. Die Vergolder lehnten es jedoch ab, sich noch die Nacht hindurch ausnützen zu lassen, weil sie meinten, daß nach sechsstündiger, übermenschlicher Schusterei der Lohnflamme auch im königlichen Schloß, wenn auch kein formelles, so doch ein gewisses moralisches Anrecht darauf habe, sich am Sonntag auf einige Stunden der Familie, der von der Sozialdemokratie arg bedrängten, zu widmen. Dies sei nicht gut möglich, wenn man sich Sonntags Morgens zur selben Zeit übermüdet ins Bett legen müsse, wo die Frau erhaltenen Elemente in der königlichen Haupt- und Residenzstadt sich zum Kirchgang rüsteten, damit ihnen die nöthige geistige Stärkung werde im Kampf für Ordnung, Religion und Sitte gegen die Parteien des Umsturzes. In der Nacht zum Sonntag wurde mithin aus der Initiative der Arbeiter heraus im königlichen Schloß nicht gearbeitet. Ob diese Ablehnung für die betreffenden Arbeiter am

Schloßbau irgend welche nachtheiligen Folgen haben wird, bleibt abzuwarten.

Abzuwarten bleibt auch, welche Einwirkung das Beispiel von den Arbeitsverhältnissen am Schloßbau bei der im Reichstag bevorstehenden Verhandlung der Umsturzworlage und der gleichzeitig wohl beliebten Streifung des Themas von der Religion, die dem Volke nach dem bekannten Heuchelwort erhalten werden soll, insgemein haben wird.

Wir haben fast Mitleid mit den armen Tölpeln, die ein grausames Geschick berufen hat, der Erhaltung des christlichen Staates und der Bekämpfung des Umsturzes das Wort zu reden. Arme, elende Schächer, die ihr seid!

Kommende Ereignisse pflegen ihre Schatten voranzuworfen. Einen derartigen Schatten für das Unternehmertum bildet die Berliner Schneiderei- und giebt diese dem „Konfektionär“ Veranlassung zu ernstlichen Betrachtungen. Nicht etwa, daß dies Kapitalistenblatt irgend welche Besorgnis hegte für seine Schutzbefohlenen, die Fabrikanten, nein, nur die immer wachende Besorgnis für die Arbeiter ist es, welche es bestimmt, einen Warnungsruf an die Schneider und Schneiderinnen zu erlassen, sich nicht von umstürzlerischen Elementen verblenden und auf falsche Wege leiten zu lassen, welche für sie nur die schlimmsten Folgen haben müßten. Und was haben denn die Schneider und Schneiderinnen auch für einen Grund zur Unzufriedenheit? Leben sie nicht herrlich und in Freuden? Können sie sich nicht sättigen an der Gnadenform der Unternehmung, die ihnen kultivoll leuchtet immerdar? Wer an dieser Thatsache zweifelt, der wird eines besseren belehrt durch den „Konfektionär“, welcher am Schluß eines Artikels, betitelt: „Kommen wir in Berlin einen Mäntelarbeiten-Streik?“ also sich vernehmen läßt: Wir wünschen, daß es bei uns in Berlin nicht eben so weit kommen möchte (wie in New-York) und daß die besonneneren Elemente den Sieg davontragen, die überzeugt sind und sein können, daß die Inhaber der Konfektionsgeschäfte, die ja auch den Meistern und Werkstätten-Inhabern gute Löhne zahlen, in allererster Reihe darauf bedacht sind, für das Wohl der Arbeiter zu sorgen. Sie sind deren beste Freunde und haben schon oft gezeigt, daß sie Herz und Hand für die Arbeiter haben und soweit es im Bereich der Möglichkeit liegt, gern ankömmliche Löhne bewilligen. Das wird auch in Zukunft geschehen.“ Dieser Honigseim, der den Arbeitern da um den Mund gestrichen wird, dürfte denn doch wohl seinen Zweck verfehlen. Die trostlose Lage der Mäntelarbeiter und Arbeiterinnen ist zu bekannt, als daß sie durch solche Redensarten hinweggeläuscht werden könnte. Die Mäntelarbeiter werden sich gewiß verwundert an den Kopf fassen, wenn sie hören, daß die Unternehmer ihre besten Freunde und nur darauf bedacht sind, in allererster Reihe für das Wohl der Arbeiter zu sorgen. Daß die Fabrikanten Herz und Hand für junge, hübsche Arbeiterinnen haben, derartige Fälle mögen ja vorgekommen sein, sonst aber werden die Arbeiter und Arbeiterinnen von der vielgerühmten Fabrikantenliebe bisher wohl herzlich wenig gespürt haben. Wie sollte dies auch möglich sein? Sagt doch der „Konfektionär“ selbst, daß die Inhaber der Konfektions-Geschäfte nur mit Meistern und Werkstätten-Inhabern zu thun haben, denen sie gute Löhne zahlen. Vorausgesetzt, daß dies Letztere der Fall ist, so haben die Arbeiter davon doch nichts, wenn sie von den Meistern und Werkstätten-Inhabern ausgebeutet werden. Aber mit den guten Löhnen ist es auch nicht zu weit her. Durch einen Streik der Mäntelarbeiter würden die Unternehmer, wenn sie auch nicht direkt mit den Arbeitern zu thun haben, doch in vielfacher Beziehung geschädigt werden. Der „Konfektionär“ hält es daher für seine Pflicht, zur Befähigung der hochgehenden Wogen der Schneiderei- und Arbeiterbewegung auf dieselben zu gehen. Möge er sich versehen, daß er nicht Oel in's Feuer gießt.

Verlegung des Gewerbegerichts. Wie vor einiger Zeit durch verschiedene Zeitungen berichtet wurde, bestand in „unabhängenden Kreisen“ die Absicht, das Gewerbegericht aus dem königlichen Rathhause, Breitenstr. 20a, nach dem alten „Ostbahnhofs“ zu verlegen. Diese Absicht ist, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, definitiv aufgegeben worden. Es ist das nur anzuerkennen, da allen, oder vielmehr den meisten Interessenten mit der Verlegung des Gerichts aus der Mitte der Stadt nach deren äußerster Distanz das Gegentheil von einem dankenswerthen Gesallen gethan worden wäre.

Der Berliner Magistrat als Sittenzwänger. Wie eine letzte in der Tagespresse erschienene Notiz besagt, steht dem Berliner Magistrat bereits seit mehreren Jahren ein Kapital von 3 Millionen Mark zum Zwecke der Errichtung eines Findelhauses zur Verfügung. Zur Ausführung dieses Projektes hat man sich indessen bis dato noch nicht zu entschließen vermocht. Warum nicht? Es werden hierfür zweierlei Gründe angegeben. Einmal soll nach den Erfahrungen, die bisher in anderen Städten mit den Findelhäusern gemacht worden sind, in denselben die Sterblichkeit der Kinder zu hoch sein. Sodann aber wird der Umstand ins Feld geführt, daß die „Laxe Moral“ nach Kanzler Leiß nicht lediglich eine Kammerener Eigenthümlichkeit ist, sondern daß eine „Laxe Moral“ auch in Berlin heimisch ist, und daß die Findelhäuser zu sehr geeignet sind, der „Lazen Moral“ Vorschub zu leisten, was man in Berlin auf jeden Fall vermeiden sehen will. Beide angeführten Gründe erscheinen keineswegs stichhaltig, um die Nichterrichtung eines Findelhauses zu rechtfertigen. Denn es ist wohl nicht anzunehmen, daß ein Findelhaus die Sterblichkeit der Kinder ungünstig zu beeinflussen vermöge. Es ist wohl wahr-scheinlich, daß jetzt viel mehr Kinder in trostlosen Verhältnissen und im Glende verderben und sterben, künstlich oder gewaltsam um ihr junges Leben gebracht werden, als Kinder in geordneten Verhältnissen eines Findelhauses zu sterben vermöchten. Und was nun gar die „Laxe Moral“ betrifft, welcher durch ein Findelhaus Vorschub zu leisten man befürchtet, so ist dieser Einwand erst recht hinfällig. Kinder der Liebe werden jetzt, wo Berlin ohne Findelhaus ist, wohl schwerlich weniger geboren als in dem Falle, daß ein Findelhaus eingerichtet würde. Von so kleinlichen Gesichtspunkten sollte die Berliner Stadtbehörde sich denn doch nicht leiten lassen. Sittenzwänger haben wir gerade im Ueberflusse, sodas es unnöthig erscheint, daß auch der Berliner Magistrat sich in dieser fragwürdigen Rolle versucht. Wenn auch in höheren Regionen ein pietistischer Wind weht, so sollte dies den Berliner Magistrat doch nicht abhalten, seiner Aufgabe als Stadtverwaltung gerecht zu werden und das vorhandene Kapital von 3 Millionen Mark dem ihm bestimmten Zwecke zuzuführen. An einem Findelhaus braucht wirklich auch die fatte Moral keinen Anstoß zu nehmen, denn es ist ein Werk der Barmherzigkeit an den schuldlosesten Geschöpfen von der Welt. Der Gedanke, daß durch ein Findelhaus der „Lazen Moral“ Vorschub geleistet werden würde, erscheint wirklich etwas kleinmüthig. Wie es heißt, hat sich die

Leitung des „Berliner Kinderhülfs-Vereins“ mit großem Eifer der Sache angenommen in der bestimmten Absicht, den Plan in möglichst kurzer Zeit seiner Verwirklichung entgegenzuführen.

Der Weihnachtsmarkt nimmt in diesem Jahre am 11. d. M. seinen Anfang und wird bis zum 27. Dezember einschließlich dauern mit der Maßgabe, daß am 28. Dezember, früh 8 Uhr, sämtliche Buden und Verkaufsvorrichtungen von den Straßen und Plätzen fortgeschafft sein müssen. Die für den 18., 23., 25. und 30. Dezember d. J. durch Bekanntmachungen vom 24. d. M. getroffenen Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe finden auch auf den Weihnachtsmarkt Anwendung.

Gegen die Rauchröhren erläßt das Polizeipräsidium folgende Warnung: „Das Einführen der Rauchröhren eiserner Oesen in Kachelöfen widerspricht nicht nur den Vorschriften des § 17 der Bau-Polizeiverordnung für Berlin vom 15. Jan. 1887, nach welchem der Rauch von Feuerstätten durch dichte, feuerfeste Röhren innerhalb des betreffenden Geschosses seitlich in Schornsteine zu leiten ist, sondern ist auch geeignet, Explosionen der betreffenden Kachelöfen herbeizuführen, wodurch Personen und Sachen beschädigt werden können. Das Polizeipräsidium hat daher seine Exekutivbeamten angewiesen, auf die eisernen Oesen in den Wohnungen, Komptoirs, Läden, Fabriken, Werkstätten u. ihr Augenmerk zu richten und vorschriftswidrige Rauchableitungen anzuzeigen.“ Wenn nur in den Wohnungen brauchbare Kachelöfen vorhanden wären, würde der arme Mann auch nicht zu der gefährlichen, aber verhältnismäßig billigen Heizung mittels eiserner Oesen greifen.

Das Eisenbahnbetriebsamt „Berlin-Magdeburg“ erneuert die Aussetzung einer Belohnung von 100 Mark für die Ermittlung der Personen, welche in letzter Zeit wiederholt nach den auf der Bahnstrecke „Berlin-Wildpark“ verkehrenden Personenzügen mit Steinen geworfen, beziehungsweise geschossen haben. Durch einen solchen Steinwurf ist in den letzten Tagen ein Lokomotivführer verletzt worden.

Dieberräuber. Ueber die sensationelle Verhaftung des Verfassers der Broschüre „Der Wucher und seine Geldleute“, die wir in unserer letzten Nummer meldeten, werden nunmehr Einzelheiten bekannt, die diesen Herrn in einem seltsamen Lichte erscheinen lassen. Nach unseren Informationen ist Krause, der sich für einen Ober-Antmann ausgegeben hatte, im vergangenen Jahre von seinem Vetter, einem Herrn von St., beauftragt gewesen, Geld auf Wechsel zu suchen. Daher rührte seine Bekanntschaft mit den Geldmännern. Im Dezember vorigen Jahres hatte nun ein Wucherprozeß geschwebt, bei dem Krause als Zeuge vorgeladen gewesen ist. Mit der Vorladung in der Hand hat er mehrere Geldleute aufgesucht, um zu zeigen, daß er in dem Prozesse eine Rolle spiele. Später hat ein Kaufmann Hr. ein Schreiben von Krause erhalten, dem eine Anzeige wegen Wuchers gegen einen Herrn M. beigelegt gewesen ist. In dem Briefe ist die Mitteilung enthalten gewesen, daß die Angabe der in der Anzeige enthaltenen Punkte verfehlt worden sei und jetzt nachgeholt werden solle. Hr. veranlaßte M., einige hundert Mark an Krause als Schweigegelde gegen Anklage zu zahlen. (Diese Anklage befindet sich jetzt in den Akten.) Darauf sind an den bekanntesten Geldverleiher Berlins schriftliche Mitteilungen gelangt, daß bei einem hiesigen Rechtsanwalt eine Broschüre zur Ansicht ausliege, die den Titel „Der Wucher und seine Geldleute“ führe. Da dieser Titel nichts genügt hat, ist das Erscheinen der Broschüre öffentlich angekündigt worden und Ausschnitte aus den Bekanntmachungen rathumkränzt den Geldleuten zugesandt worden. Als auch dieses Mittel nicht gewirkt, ist ihnen die noch nicht öffentlich erschienene Broschüre unter Kreuzband durch die Post zugegangen. Man haben mehrere der in Frage kommenden Geldmänner eine Mittelsperson gewählt, von der Krause für das Nichterscheinen des Buches 50 000 M. verlangt habe. Eine Entigung ist nicht zu Stande gekommen, die Broschüre ist daher erschienen. Bevor nun die zweite unter der Bezeichnung: „Der Wucher und seine Hintermänner“ herausgegeben ist, haben gleiche Versuche stattgefunden, um Geld zu erlangen. Drei oder vier Geldgeber haben sich nun mit je 1000 M. losgelassen. Darauf bezügliche schriftliche Abmachungen sind bei einem hiesigen Rechtsanwalt aufgesetzt worden. Außer Krause sind noch mehrere Personen vorhanden, die das Wuchergesetz dazu auszunutzen suchten, bei den Geldverleihern Erpressungen durchzuführen.

Wer ist dem Juchthaus näher, die dieberräuberischen Erpresser oder die von ihm gewickelten Wucherer? Hoffentlich hören beide Parteien bei allem Unglück nicht auf, tapfere, treue Gesellschaftsstützen im Kampfe gegen den Ansturz zu sein.

Keine siebzehn Bedientenseelen? Die „Magdeburger Zeitung“ bezeugt die Nachricht, daß im vorigen Monat nicht weniger als siebzehn Knaben in Berlin auf den Standesämtern mit dem Vornamen Regir zur Eintragung gelangt seien, als vollständig unrichtig. Das Blatt fügt hinzu, daß das Hofmarschallamt bei sämtlichen hiesigen Standesämtern bezügliche Nachfragen gehalten und den Bescheid bekommen habe, daß auf keinem derselben eine derartige Eintragung bewirkt worden sei. — Dem gegenüber kann das „Berl. Tagbl.“ auf Grund eingezogener Erkundigungen mit aller Bestimmtheit erklären, daß das Hofmarschallamt derartige Nachforschungen nicht angestellt und daher auch den erwähnten Bescheid nicht erhalten hat. In der heutigen Zeit wäre es wirklich ein Wunder, wenn sich die betreffende Mitteilung nicht bestätigen sollte.

Die im Berliner Aquarium eingetroffenen Transporthiere aus der Nordsee, Ostsee und den südlichen Meeren brachten wiederum manche neue und seltene Art aus der Bewohnerheit der Tiefen und Küstengegend jener ozeanischen Gebiete. Einige Bakons voll der verwandten Altinien schickte die Janghation Novigou an der Adria. Ueber diesen in den jartellen und herrlichsten Farben prangenden Blumenthieren, die im allgemeinen als Scrotes bezeichnet und von den Baien gern und oft als pflanzliche Gebilde angesehen werden, begegnen wir ebenfalls einigen Exemplaren und Speise, welche in solcher Vollkommenheit oder überhaupt noch nicht hier vertreten waren. Ein ebenso merkwürdiges und anmuthig gefärbtes Wesen oder vielmehr eine Zusammensetzung von Einzelwesen ist ein Korpolyptenrod, dessen breiter, kork- oder lederartiger zerwürfelter Stock im Sande steckt und oben die weißen, kleinen, zurückziehbaren Einzelthiere trägt. Als gar absonderliche Fische erscheinen die in mehreren Arten angekommenen Meergrundeln. Denn nicht nur, daß sie ein dünnenförmiges, frei bewegliches, durch Verwachsen der weit vorn stehenden Bauchfloßen geschaffenes Saugorgan besitzen, mittels dessen der Fisch an Felswänden, Pfannen und im Aquarium an den Glaswänden sich anzuheften vermag, es ist ihnen auch als ein Schutzmittel gegen Gefahr die raumverwertende Fähigkeit verliehen, ihre Farben an die Umgebung anzupassen, und endlich zeichnen sie sich durch Bewachung und Vertheidigung der Brut, ja einige Arten selbst durch einen Nestbau aus. Hier im Aquarium sind sie in verschiedenen Becken untergebracht.

Automaten für Postwerthzeichen. Die Gesellschaft für Postwerthzeichen-Automaten Nassau u. Co. hat sich mit der Bitte an den Magistrat gewendet, ihr zu gestatten, Automaten in den öffentlichen Trinkhallen aufstellen zu dürfen. Die Gesellschaft hat ihre Bitte damit begründet, daß das königliche Eisenbahn-Betriebsamt der Stadt und Ringbahn auf sämtlichen Bahnhöfen die Aufstellung dieser Automaten bereits zugelassen habe und diese Einrichtung einem allgemeinen Bedürfnisse entspreche und zweifellos eine nützliche und praktische sei.

Gegen die gefehliche Einführung des einheitlichen Schlusses aller Ladengeschäfte um 8 Uhr Abends an allen Wochentagen protestirte gestern eine Versammlung von Tabak-interessierten Bakulis und Umgebung durch die Annahme einer

Resolution, wonach sie in dem Vorschlage der Reichskommission ein schwebes Unheil für die Tabakbranche erblickt und ihn mit allen gesetzlichen Mitteln zu bekämpfen beschließt. Als ob das bisherige Sonntagsruhe nicht schon durchlächert genug wäre!

„Zotter-Wilhelm“, welcher dieser Tage die Gelegenheit seiner Vorführung vor eine Abtheilung des hiesigen Amtsgerichts dazu benutzte, zu entfliehen, hat sich seiner Freiheit nicht lange erfreuen können. Er ist, nachdem ein Steckbrief hinter ihm erlassen worden, von der Polizei bereits ergriffen worden und befindet sich schon wieder in Plöhsener.

Ein Lustmord ist am Sonntag Abend im Norden Berlins, und zwar in der unmittelbaren Nähe der Nazarethkirche verübt worden. Die That erscheint um so scheußlicher, weil das Opfer ein Kind ist. In der Antonstr. 2 wohnt der Schlosser Kannenberg, dem seine Ehefrau aus ihrer ersten Ehe zwei Kinder mitgebracht hat, den achtjährigen Max Mosler und die am 20. April 1888 zu Neuborf geborene Anna Mosler. Sonntag Abend gegen 9 Uhr erbat sich die letztere die Erlaubnis, nach dem Hofe gehen zu dürfen. Aus Vorsicht gab Kannenberg dem Bruder mit. Im Hausflur sahen beide den neunjährigen Knaben Schubert aus der Antonstraße im Gespräch mit einem Mann, der schwarzgelocktes Haar, einen blassen Schnurrbart hatte und einen schwarzen Hut trug. Als er Anna Mosler sah, fing er ein zärtliches Gespräch mit ihr an und veranlaßte die beiden Knaben, denen er Geld gab, aus der benachbarten Destillations-Schnaps zu holen. Davon gab er allen drei Kindern zu trinken. Die Flasche ließ er fünfmal für 10 bezw. 5 Pf mit Schnaps füllen. Schubert hat von dem Inhalt der Flasche fünfmal, Mosler dreimal getrunken. Als der Mann sah, daß der Brantwein seine Wirkung auf die Knaben übte, gab er Max Mosler 5 Pf. mit dem Hinzufügen, die Knaben möchten sich dafür aus einem Väterladen Schokolade holen. Als die Kinder fortgingen, sahen sie noch, wie der Mann mit Anna Mosler nach der unbeliebenen Nazarethkirche zu ging. Als Max Mosler trunken in die elterliche Wohnung ohne seine Schwester zurückkehrte, theilte er das Geschehene kurz mit. Frau Kannenberg wurde von Angst befallen und veranlaßte ihren Mann, mit ihr zusammen das Kind zu suchen. Als das Ehepaar die Gebäulichkeiten an der Nazarethkirche betrat und hier einen Mann nach ihrem Töchterchen fragte, gab dieser zur Antwort, daß er die Kleine in Begleitung eines Unbekannten eben erst gesehen habe. Frau Kannenberg rief nun: „Anna wo bist du“, worauf eine Stimme antwortete: „Anna ist hier.“ Wie sich später herausstellte, hat der Mörder die Antwort nicht gegeben, vielmehr ein anderer Mann, der mit einer Frauensperson auf einer Bank saß. Mittlerweile, es war halb 11 Uhr geworden, wandte sich die geängstigte Mutter an den Nachtwächter des Reviers in der Antonstraße mit der Bitte, bei dem Suchen nach ihrer Tochter behilflich zu sein. Der Wächter suchte das Gebüsch ab, während Frau Kannenberg in der Nähe der Sakristei der Nazarethkirche die Gegend durchsuchte. Als man nichts fand, und alle Personen im Park den Vorfall besprachen, erfolgte plötzlich ein Schrei, der eben so lang, als wenn ein kleiner Hund einen Schmerzschrei ausstieß. Als nun der Schrei sich wiederholte, gingen die Eltern und der Wächter dem Laut nach und bemerkten dicht vor der Sakristei nach der Schußstraße zu, und zwar unmittelbar an der Stelle, wo Frau Kannenberg nach ihrem Kind gesucht hatte, einen Mann, der sich über die Kleine gebeugt hatte. Er war über und über mit Blut besetzt: das Kind war entleert und todt. Die durch das zuständige 57. Polizeirevier erfolgte Besichtigung der Leiche ergab folgendes: Der Unterleib des Kindes war bis zum After aufgerissen; das Rückenbein war anscheinend durch einen Druck zertrümmert; in dem Munde der Kinderleiche fanden sich Kieselsteine bis zur Größe eines Taubeneies vor; die Brust war mit Fingerringen zerkratzt; der übrige Körper zeigte überall blutunterlaufene Stellen. Der nach dem Polizeirevier gebrachte Mörder, dessen sich der Wächter sofort versichert hatte, gab an, daß er am 16. Septbr. 1870 zu Großhain in Sachsen geborene Schuhmacher Ernst Bischoff sei. Er habe weder Wohnung noch Arbeit. Bei der Vernehmung erschien er als ein stupider Mensch. Bericht wird noch, daß er sich vor etwa acht Tagen in der Liebenwaderstraße umhergetrieben und auch damals versucht hat, kleine Mädchen an sich zu locken. Ein Schuhmann trat ihm hindernd in den Weg. Diefem Beantworte gegenüber äußerte Bischoff damals: „Ich bin ein harmloser Mensch, der keinem etwas zu Leide thut, bin seit langer Zeit ohne Arbeit und Nahrung.“ Durch das scheinbar aufrichtige Wesen des Mannes ließ sich der Schuhmann rühren und gab ihm zu essen. Erklärlich ist es, daß das unglückliche Kannenberg'sche Ehepaar sich auf den Mörder warf, als es ihn auf dem Kinde ertappte, und ihn züchtigte. Die Leiche des in so scheußlicher Weise um das Leben gebrachten Kindes wurde zwecks gerichtsarztlicher Deffnung nach dem Schauhause gebracht. Die Morgestelle war am Montag Morgen polizeilich besetzt, da man ihre Besichtigung durch eine Reichskommission erwartete. Der Mörder, der noch in der Nacht nach dem Polizeipräsidium gebracht wurde, ist dort am Montag Morgen photographirt worden.

Zu dem Morde wird noch berichtet, daß nach dem Gutachten eines Arztes der Tod durch Erstickten herbeigeführt ist, was auf die im Munde der Kleinen befindlichen Kieselsteine zurückgeführt wird. Bischoff will seit sechs Wochen in Berlin aufhalsam sein, in Dresden wegen Diebstahls und Landstreichens und hier wegen groben Anstands Strafen erlitten haben. Bei seiner ersten Vernehmung leugnete er zwar nicht, dem Kinde Gewalt angethan zu haben, behauptete aber, daß er es nackt im Gebüsch habe liegen sehen. Auch bestritt er, die Steine in den Mund des Mädchens gesteckt zu haben. Das zweite Verhör hatte das Ergebnis, daß Bischoff auslegte, er habe die Anna Mosler mit zwei noch nicht ermittelten Knaben vor dem Hause Antonstraße 2 stehen sehen, die Knaben nach Brantwein geschickt, davon allen drei Kindern zu trinken gegeben und dann nach Entfernung der Knaben die Kleine in unlauterer Absicht fortgeführt, in dem Gehäup an der Kirche entleert, zu Boden geworfen und geschändet, nachdem er ihr Schreien dadurch verhindert, daß er ihre Steine in den Mund gesteckt habe. Bischoff wird sich wegen Verbrechen gegen § 78 des Strafgesetzbuches, der lebenslängliche Zuchthausstrafe oder Zuchthaus nicht unter 10 Jahren androht, zu verantworten haben. — Ob ein Mord als vorhanden anzunehmen ist, erscheint zweifelhaft.

Als eines schwereren Verbrechens dringend verdächtig wurde am Sonnabend der Handelsmann Albrecht aus Glasow (Kreis Teltow) in das Untersuchungsgefängnis des Landgerichts II hier selbst eingeliefert. A. unterhielt ein intimes Liebesverhältnis mit der in Selchow bei Dorf Mahlow wohnenden Wittve Giesmann, das nicht ohne Folgen zu bleiben schien. Vor etwa drei Wochen entdeckte die Wittve dies ihrem Liebhaber und dieser brachte der Frau bald darauf eine Flasche Medizin mit, welches die Folgen beseitigen sollte. Acht Tage später gab A. der Wittve einen zweiten derartigen Trank und von der Stunde an wurde die G. bettlägerig. Ihr Zustand verschlimmerte sich derartig, daß ein Arzt geholt werden mußte, der der Schwerverleidenden keine Hilfe mehr bringen konnte. Aus dem Sterbebette besann die Frau, daß sie von ihrem Liebhaber Medizin erhalten habe und die Oदनisierung der Leiche ergab so schwere Verdachtsgründe gegen den Handelsmann, daß dieser Ende voriger Woche verhaftet wurde.

Schon wieder ein Soldatenelbstmord! Am Freitag Morgen um 9 Uhr, als der Nachtposten des zweiten Garde-Regiments z. F. auf den Schießständen der Hasenheide abgelöst wurde, fand man auf dem zweiten Stand die Leiche eines Soldaten an einem Baum hängend vor. In ihr ist der Dragoner Jadow von der fünften Schwadron des ersten Garde-Regiments (Königin von Großbritannien und Irland)

festgestellt worden. Als Grund des Selbstmordes wird „Schwermuth“ angegeben. Ob der Grund der Schwermuth in militärischen oder außer militärischen Verhältnissen zu suchen ist, ist nicht bekannt.

Keine Beleidigung des Helbengkreises. Der „Vorwärts“ brachte kürzlich die Notiz, daß nach einer Mitteilung der „Niederrheinischen Zeitung“ gegen den Kuratus Klosen in Nixdorf ein Verfahren wegen Beleidigung Wilhelm I. eingeleitet worden sei. Das genannte Blatt berichtet jetzt, daß die Regierung zu Potsdam dem Denunzianten — Malermeister Benz, Grfr. 8 in Nixdorf — jetzt folgenden Bescheid gegeben hat:

In der Angelegenheit wider den königlichen Orts-Schulinspektor Kuratus Klosen dajelbst theilen wir Euer Wohlgebornen auf die Eingaben vom 6. und 22. November dieses Jahres mit, daß wir trotz eingehendster Beweisaufnahme die Ueberzeugung nicht haben gewinnen können, daß der Kuratus Klosen wirklich die ihm zur Last gelegte unehrerbietige Aeußerung über des verstorbenen Kaisers Wilhelm I. Majestät in der I. Klasse der dortigen katholischen Schule gethan hat. Durch die Vernehmung einer großen Anzahl von Kindern, welche gleichfalls dem Religionsunterricht bei Klosen damals beigegeben haben, ist es wahrscheinlich gemacht, daß die in Ihrer Anzeige als Beleidigungszugenannten früheren Schulkinder eine von Klosen während des Religionsunterrichts im Sommer 1898 über den deutsch-französischen Krieg und Kaiser Wilhelm I. gelegentlich gemachten Aeußerung, welche aber anders und durchaus nicht irgendwie beleidigend für des verstorbenen Kaisers Majestät gelaute hat, mißverständlich aufgefaßt haben. Es ist daher von einem Einschreiten gegen Kuratus Klosen Abstand genommen. Königl. Regierung zu Potsdam. Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

In der Affäre des Gendarmen Höppner in Nixdorf haben bereits zahlreiche eidliche Vernehmungen stattgefunden, durch welche der schlagfertige Beamte schwer belastet worden sein soll. Es geht dies auch daraus hervor, daß die Behörde jetzt dem Höppner auch die Waffen entzogen hat, die ihm bis vor kurzem noch beilassen waren.

Der Ehescheidungs-Prozeß zwischen Dr. Prager und seiner bisherigen Gattin ist am Freitag vor dem königlichen Kammergericht zum Abschluß gelangt. Dieses Gericht hat als Berufungsinstanz auf Trennung der Ehe erkannt, indem als erwiesen angenommen wurde, daß Frau Dr. Prager ihrem Gatten nach dem Leben getrachtet habe, auf der anderen Seite aber ein einmaliges Vergehen gegen die eheliche Treue vorliege. Auf Grund dieser Feststellung wurde keiner der bisherigen Galten als überwiegend schuldiger Theil erklärt.

Ein Revolveranschlag gegen einen Offizier soll am Donnerstag in Spandau verübt worden sein. Als der Major z. D. Enderlin vom Belledungsamt des dritten Armeekorps, das in ziemlich einsamer Gegend am Ende der Draniensburger Vorstadt belegen ist, nach Besichtigung des Dienstes das Amtsgebäude verlassen wollte, trat ihm im Dunkel des Hausflurs ein Mensch entgegen, der einen Schuß auf ihn abfeuerte und dann die Flucht ergriff. Die Kugel war, wie festgestellt wurde, dicht über den Kopf des Majors hinweg an die Wand geflogen. Man hatte bisher noch keine Spur vom Thäter gefunden.

Vom Decken eines Omnibusses der Linie Hallesches Thor-Landsberger Thor herabgestürzt ist am Sonnabend Abend der Hausdiener Moritz Lewin. Der junge Mann wollte gerade den Decken verlassen und die schmale Treppe des Gefährts heruntersteigen, als der Wagen, um einem entgegenkommenden Pferdebahn-Waggon auszuweichen, an der Ecke der Spanbauer- und Königstraße stark zu schleudern begann. Der junge Mann verlor dabei das Gleichgewicht, stürzte aus der beträchtlichen Höhe auf das Holzpflaster herab und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er bewußtlos nach dem städtischen Krankenhaus am Friedrichsbain mittels Krankenwagens geschafft werden mußte. — Beim Abfragen von der Pferdebahn wurde um die gleiche Zeit ein Mann in der Rheinsbergerstraße überfahren und schwer verletzt.

Polizeibericht. Am 1. d. M. Nachmittags fiel von dem Hause An der Spandauerbrücke 1 ein etwa vier Meter langes Stück Stuch herab, traf ein Mädchen an der Schulter und fügte ihr einen Bruch des linken Schlüsselbeins zu. — Im Laufe des Abends wurden eine Frau in der Weberstraße durch einen Geschäftswagen und ein Hausdiener in der Friedrichstraße durch eine Droschke überfahren und Beide schwer verletzt. Außerdem lief in der Georgenkirchstraße ein Mann in der Trunkenheit gegen einen Geschäftswagen und wurde durch Ueberfahren innerlich, anscheinend ebenfalls schwer, verletzt. — In der Brannenstraße geriet ein Arbeiter beim Abfragen von der linken Seite eines Pferdebahnwagens unter die Pferde eines entgegenkommenden Pferdebahnwagens, wurde von dem letzteren überfahren und am rechten Bein schwer verletzt. — In der Nacht sprang ein obdachloser Mann von der Inselbrücke ins Wasser, wurde aber von einem Schiffer noch lebend wieder herausgehoben und der Charitee zugeführt. — In einem Schanklokal in der Mariannenstraße entstand in der Nacht eine Schlägerei, die sich auf der Straße fortsetzte und das Einschreiten mehrerer Schuhmänner notwendig machte. Ein Arbeiter erlitt bei der Schlägerei von einem anderen mehrere Verletzungen am Kopfe. — Bei einem in der Nacht zum 2. d. M. in der Tapezierwerkstätte Neu-Sölln an Wasser 18 ausgebrochenen Brande wurde ein Mann so stark betäubt vorgefunden, daß er trotz der von der Feuerwehr eingeleiteten Wiederbelebungsbemühungen bald darauf starb. — Außerdem fanden im Laufe des 1. und 2. d. M. sieben kleine Brände statt.

Witterungsübersicht vom 3. Dezember 1894.

| Stationen. | Barometer (hoh in mm, reduziert auf b. Meeressp.) | Windrichtung | Windstärke (Staf 1-12) | Wetter | Temperatur (nach Celsius) (0-40 R.) |
|----------------------|---|--------------|------------------------|-----------|-------------------------------------|
| Ewinemünde . . . | 773 | W | 2 | bedeckt | 4 |
| Hamburg | 771 | SW | 3 | bedeckt | 4 |
| Berlin | 772 | SO | 1 | Nebel | 1 |
| Biesbaden | 763 | Stil | — | wolkenlos | 4 |
| München | 763 | O | 6 | beiter | -4 |
| Wien | 774 | Stil | — | Nebel | -4 |
| Hararanda | 758 | Stil | — | bedeckt | -7 |
| Petersburg | 759 | W | 1 | bedeckt | 2 |
| Cork | 762 | SO | 2 | wolfig | 10 |
| Aberdeen | 766 | E | 5 | bedeckt | 6 |
| Paris | 763 | NO | 3 | wolkenlos | -2 |

Wetter-Prognose für Dienstag, den 4. Dezember 1894.
Ziemlich heiteres Wetter mit mäßigen bis frischen südöstlichen Winden, etwas kälterer Nacht und steigender Tagestemperatur; keine oder unbedeutende Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Theater.
Schauspielhaus. Von allen Shafespeare'schen Komödien berührt „die Zähmung der Widerspenstigen“ moderne Empfindungen am taupheften. Pundredressur mit Weisheit und Schelten als Erziehungsmitel geunden, ist gar zu rüchändig; und starke barbarische Ueberreste finden sich in der Auffassung des Verhältnisses von Mann und Weib. Für die lieben Lustspielmacher unserer Tage ist das Grund genug, das Motiv von der geäußerten Widerspenstigen immer wieder aufzunehmen. Sie wissen, daß man Baroaten vorurtheilen in den Theatern von heute schmeicheln muß, will man gewinnen. Und vollends im Schauspielhaus mit dem rüchändigsten Publikum Berlins. Auch Richard Stowronet nimmt das alte Thema in seinem neuen Stück „Galati“ fort. Ob das

zum 100., ob zum 200. Male auf deutscher Bühne passiert, ob die Variation geschickter, ob minder geschickt „gemacht“ ist, wen könnte das ernstlich bekümmern? Der Jäger in dem Stücke ist ein junger Gutsherr und er „erlegt“ zum Schluss mit dem Wald- ruf Salati das Wild, die trotzig Gutsnachbarin Großschweintainen in Offpreußen, deren Haß er in Liebe verwandelt. — Die besten Kräfte hatte das Schauspielhaus an die Kleinigkeit gewandt, und ein frommes Publikum rief einen vergnügten Autor.

Gerichts-Beitrag.

Gegen unseren Kollegen Böhsch war der Wirth von der „Neuen Welt“, Herr Bau a lagbar geworden wegen einer Notiz im „Vorwärts“, die sich auf das betreffende Lokal bezog. Es war in derselben gesagt worden, daß das Geschäft infolge des Bierbojotts „heruntergekommen“ sei, daß die Bierplättchen den Eindruck machten, als ob sie im Sande lägen. Genosse Böhsch gab in der heutigen Verhandlung vor dem Schöffengericht die Erklärung ab, daß er den Privatkläger nicht habe beleidigen wollen, daß er durch die Notiz nur die Wirkung des Bierbojotts habe nachweisen wollen. Er nehme deshalb keinen Anstand, die Meuburgen, insofern sie als beleidigend für die Person des Klägers angesehen werden könnten, hiermit zurückzugeben. Mit dieser Erklärung gab sich Herr Bau a zufrieden und zog die Klage zurück. — Die Mittheilung bürgerlicher Blätter, daß Böhsch vorgeführt worden sei, weil er im früheren Termin nicht erschienen war, ist in seinem ersten Theile falsch, Böhsch hatte sich selbst gestellt; der mit der Vorführung beauftragte Beamte hatte ihn in der Wohnung nicht mehr angetroffen.

Zum Antonienhüter Arbeiterfrauwahl. Als ein Nachtrag zu dem großen Prozesse, welcher Anfang Oktober d. J. in Beuthen vor dem Schwurgerichte stattfand, qualifizierte sich die am 28. November stattgefundene Verhandlung vor dem Schwurgericht zu Beuthen gegen den Maurer Ludwig Kucjera aus Bielschowitz. Kucjera befand sich schon unter den 57 Angeklagten des letzten Termins; gegen ihn hatte die Staatsanwaltschaft Anklage wegen einfachen Landfriedensbruchs erhoben, doch wurde bezüglich seiner die Verurteilung beschloffen, da die Beweisaufnahme genügenden Anlaß zu der Annahme bot, daß Kucjera sich des Auftrags schuldig gemacht habe. Heute nun fand die neue Verhandlung statt. Aus der Feststellung der Personalien des Angeklagten ergab sich, daß Kucjera schon 8 Mal, darunter mit einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus verurtheilt ist. Dem Angeklagten wurde, wie die „Oberschlesische Gerichts-Beitrag“ berichtet, zur Last gelegt, daß er sich nicht nur gleichfalls an dem Steinwerfen betheiligt, sondern sogar eine Anzahl Knaben mit den Worten: „Jungens, nehmt Steine und werft sie auf die D...!“ Guss, zwei, drei!“ angefeuert habe. Kucjera bestritt dies. Nach Eintritt in die Beweisaufnahme wurde mit dem Zeugenverhör begonnen, und als erster Zeuge trat der Gendarm Vodinka auf, welcher in längerer Ausführung ein Bild von der Entwicklung der Vorgänge vom 5. August gab; er selbst hat K. nicht mit Steinen werfen sehen. Vom Vorsitzenden befragt, wie die Vorrichtung über den Gebrauch der Schußwaffe laute, erklärte der Gendarm: „Schreckschüsse abzugeben, ist verboten. Wir müssen wirksam“ schießen, und wird derjenige, der Schreckschüsse abgibt, bestraft!“ Der Gendarm Kordyke, der als zweiter Zeuge gehört wurde, erklärte, er habe den Angeklagten genau erkannt, als er ohne Noth und Kopfbedeckung Steine nach dem Hause geworfen habe. Nach Vernehmung mehrerer Zeugen folgten die Plaidoyers des Staatsanwalts und des Verteidigers. Die Geschworenen sprachen Kucjera des Auftrags und des Landfriedensbruchs schuldig, verurtheilten auch die Frage nach mildernden Umständen. Der Gerichtshof verurtheilte Kucjera zu zwei Jahren Zuchthaus, drei Jahren Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Entscheid des Reichs-Versicherungsamts. Ueber die Vornahme von Operationen hat das Reichs-Versicherungsamt in ständiger Rechtsprechung, von der abzugehen kein Anlaß vorliegt, an der Auffassung festgehalten, daß jede Operation die Einwilligung des Versicherten unbedingt erfordert. Die Ertheilung dieser Einwilligung ist sein freies Recht, auf das die Gesetze niemanden eine Einwirkung einzuräumen. Dies gilt nicht nur für Unfallverletzte, sondern auch für die nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz versicherten Personen. Kann beispielsweise bei einer von Erblichkeit bedrohten, völlig arbeitsunfähigen Person die Schraube durch eine Operation theilweise erhalten und damit die Erwerbsfähigkeit theilweise wiederhergestellt werden, so gefährdet die verweigerte Einwilligung zu der Operation weder den Rentenanspruch überhaupt noch den Anspruch auf die Rente für völlige Arbeitsunfähigkeit. Das Reichs-Versicherungsamt hat hierzu in einer Invalidenrentensache weiter zu Gunsten der Versicherten neuerdings sogar entschieden, daß die Erwerbsunfähigkeit als dauernd gilt vom Tage ihres Eintritts ab, nicht etwa erst von dem Tage ab, an welchem die Vornahme der Operation verweigert worden ist.

Parteinachrichten.

Was keine Kritik vertragen kann, ist unter aller Kritik. Zu Ruh und Frommen aller jener Parteigenossen, welche, gleichviel ob sie den oder jenen Standpunkt einnehmen, am liebsten die gegenwärtige Diskussion über die Abtönnungsangelegenheit eingestellt sehen möchten, nur um „Ruhe“ zu haben, bringen wir nachstehende Ausführungen, die wir im „Wächter'schen Sonntagblatt“ finden, zum Abdruck. Genosse v. Wächter schreibt:

Dies Wort eines Berliner Arbeiters möchte man allen denen zurufen, die sich weis nicht wie besonnen zu müssen glauben über Bebel's Kritik vom letzten Frankfurter Parteitag. Auch wer mit Genosse Bebel's Ausführungen nicht einverstanden sein kann, sie aus Mißverständnissen Bebel's zurückzuführen zu müssen glaubt, sollte sich doch freuen ob solch' offenen freimüthigen Auftritts, das dem Vertrauen entspringt, daß unsere Partei etwas „verkraftet“ kann. Es ist der ganze Idealismus des Ueberzeugungsfähigen, des Eifers um die Wahrheit, die man erkannt zu haben glaubt, wie wir uns stets derselben an unserem Genossen Bebel gefreut haben, die uns hier wieder entgegentritt.

Und wie gut ist solch' offener scharfer Meinungsstreit zwischen den Führern unserer Partei für die Partei selbst! Aller Autoritätsglaube wird dadurch gründlich untergraben und jeder einzelne Genosse wird gezwungen zu selbständigem Nachdenken!

Der Inhalt unserer Parteiblätter ist nie so anregend, als wenn solche Streitfragen, wie früher über Staatssozialismus, dann über die Gewerkschaften, jetzt über die Budget- und Agrarfrage, über den Unterschied von Prinzip und Taktik darin zum

Austrag kommen. Darum danken wir Genosse Bebel für seinen freich-freien Angriff und wünschen, daß die Gegner gegenseitig nicht ruben, sondern in möglichst scharfem Geisteskampf unter Hervordringen aller in Betracht kommenden Gesichtspunkte die Fragen und beleuchten.

Ganz sonderbar ist der Vorwurf, daß Bebel als Demokrat die Mehrheitsbeschlüsse des Frankfurter Parteitags nicht so hätte angreifen dürfen.

Zum demokratischen Prinzip gehört allerdings, daß die jeweilige Minderheit den Beschlüssen der Mehrheit Folge leistet, aber dabei das Recht behält, durch Kritik und freie Agitation allmählich für ihre Meinung die Mehrheit zu gewinnen, der sich dann die Minderheit fügen muß, bis sie wieder die Mehrheit gewinnen kann. Dagegen dieses freie Agitationsrecht nicht der Minderheit garantirt, dann wäre mit einem bestimmten einmaligen Mehrheitsbeschlusse ja alle freie Weiterentwicklung abgeschnitten. Bebel hat mit seiner freien Kritik der Mehrheitsbeschlüsse nur dies demokratische Recht der Minderheit gewahrt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Zu 5 Monaten Gefängniß wurde der Genosse Hülle, Redakteur der „Häringener Tribune“, verurtheilt, weil er die Frankfurter Garnison beleidigt haben sollte. Hülle hatte eine Mittheilung der „Allg. Steinfeger-Ztg.“ abgedruckt, in welcher einem Steinfegermeister zum Vorwurf gemacht wurde, er habe Beamte der Garnisonverwaltung zu einem Schmaufe geladen, um sich deren Wohlwollen bei Vergebung von Arbeiten zu sichern. Es wurde durch die Aussage des betreffenden Steinfegermeisters selbst erwiesen, daß er die Beamten zu einem Schmaufe eingeladen, daß diese auch der Einladung gefolgt, aber ihre Feste selbst bezahlt, daß aber der Gastgeber dem Wirth Vorwürfe darüber gemacht, daß er von den Beamten Zahlung angenommen. Was die letzteren anbelangt, so wird in dem inkriminirten Artikel auch mit keinem Wort angedeutet, daß die Beamten sich hätten traktiren lassen oder auch nur Kenntniß von der Absicht gehabt, welche den Steinfegermeister bei seiner Veranstaltung geleitet. Der letztere hatte auch wohlweislich keinen Strafantrag gestellt. Trotzdem verurtheilte das Gericht Hülle wegen Beleidigung der Beamten der Garnisonverwaltung zu 5 Monaten Gefängniß, weil es aus der Tendenz des von dem Angeklagten redigirten Blattes, sowie aus seinen vielen Vorwürfen die Ueberzeugung schöpfte, Angeklagter habe behaupten wollen, die Beamten der Garnisonverwaltung hätten sich „schämlich“ lassen. Der Staatsanwalt hatte 4 Wochen Gefängniß beantragt. Gegen das Urtheil ist Revision eingelegt.

— Deutsche Freiheit. Vier Genossen von Warrick (Provinz Hannover) begaben sich am letzten Sonntag mit einem Paket Schriften, die sie zum Theil an ihre Besteller abzuliefern gedachten, zum Theil gratis vertheilen wollten, nach dem benachbarten Otterndorf. Kaum waren die vier Genossen und die Frau Zwinger's in dem hiesigen Gasthaus in Otterndorf eingelehrt, wo sie selbst auch einige Genossen von Otterndorf sich zur Begrüßung eingefunden hatten, als zwei Gendarmen auf der Wilschstraße erschienen und von den vier Warrickern Genossen die Angabe ihrer Namen verlangten. Das Paket des Genossen Zwinger wurde konfisziert und einem Kunden Zwinger's zog man die empfangenen Schriften sogar wieder aus der Tasche. Zwinger's Protest gegen dieses Vorgehen war vergeblich. Er wurde mit einem der drei anderen Warrickern Genossen für verhaftet erklärt. Frau Zwinger wurde nach Aufnahme ihrer Personalien freigelassen. Bevor die Güter der Gesetze mit den Verhafteten zum Gefängniß abmarschirten, erklärte einer der Gendarmen noch die Versammlung für aufgelöst, was natürlich allgemeine Heiterkeit erweckte, zumal bei den anwesenden Gästen in der Wilschstraße, welche später Frau Zwinger, die allein heimkehrte, mußte zum Bahnhof geleiteten. Die Verhafteten wurden erst am Montag Abend entlassen. Auch wurden die beschlagnahmten Schriften zurückgeliefert.

Soziale Uebersicht.

Eine Gewerkschafts-Versammlung für Berlin und Umgegend, in welcher Dr. Max Firsch über: „Die Revision der Reichs-Arbeiterversicherung, insbesondere der Unfallversicherung-Gesetze“ referirte, stimmte folgender, vom Referenten vorgeschlagener Resolution zu: 1. Die gesammte Arbeiter-Versicherung-Gesetzgebung des Deutschen Reichs bedarf einer gründlichen Umgestaltung im Sinne einer möglichst einheitlichen, einfachen und sparsamen Organisation, welche auf berufliche Selbstverwaltung unter gleichberechtigter Mitwirkung der Arbeiter zu begründen ist und der freien Versicherung Raum zur vollen Entfaltung zu gewähren hat. 2. Unbeschadet dieses prinzipiellen Standpunktes erkennen wir in den veröffentlichten Entwürfen zur Unfallversicherung eine Reihe mehr oder weniger erheblicher Verbesserungen, namentlich betreffend die Erweiterung der Versicherung und den Bezug der Renten, andererseits aber einen alle diese Fortschritte überlagernden Rückschritt durch die Beseitigung des vollen Rückrechts an das Reichs-Landes-Versicherungsamt, wodurch die Versicherten auf schwerste gefährdet werden würden. 3. Als wesentliche und notwendige Verbesserungen, welche in die Entwürfe aufzunehmen sind, bezeichnen wir: a) Beseitigung oder mindestens äußerliche Beschränkung der die Krankenlassen ungerührt drückenden 13 wöchentlichen Karenzzeit. b) Beschleunigung der erdgiltigen Rentenfeststellung und ausreichender Schutz der Verletzten gegen willkürliche Maßnahmen der Berufsgenossenschafts-Organe, insbesondere bezüglich des Heilverfahrens und der Rürzung beim Entlassung der Renten. c) Wirksame Bestimmungen zum Zweck der Unfallverhütung. d) Wesentlich verstärkte Mitwirkung der Arbeitervertretungen und Wahl dieser letzteren auch seitens der freien Hilfsklassen.

Eine Klage in der Gefesgebung ist es jedenfalls, daß zwischen fabrik- und handwerkemäßigem Betrieb bei der Behandlung der Arbeiterinnen ein so großer Unterschied gemacht wird. Namentlich tritt das hervor bei dem § 187 der Gewerbeordnung, welcher bestimmt, daß Arbeiterinnen nach 5 1/2 Uhr an den Tagen vor Sonn- und Feiertagen im Fabrikbetriebe nicht mehr beschäftigt werden dürfen. Die Entscheidungen der Gerichte geben in dieser Frage weit auseinander, so daß es schon vorgekommen ist, daß ein Betriebsinhaber, der 180 Arbeiterinnen beschäftigte und wegen Uebertretung des obigen Paragraphen angeklagt war, freigesprochen wurde, weil sein Betrieb als ein „handwerkemäßig“ angesehen wurde.

Arbeitslosenstatistik durch Innungen. Zu sozialpolitischen Unternehmungen, die von dieser Seite bisher Niemand erwartete, hat sich der Danziger Innungsausschuß auf Beschluß seiner Gesellenvertretung vom 8. November dieses Jahres entschieden. Die Gewerkschaftsvorstände sollen „über etwa bevor-

stehende Arbeitslosigkeit Erhebungen anstellen, damit durch thätige, Abhilfe geschaffen werden kann.“ Die methodische Seite des Unternehmens, so bemerkt hierzu das „Sozialpolitische Zentralblatt“ scheint zwar nicht die Stärkste zu sein; vielmehr kommt das Ganze auf eine gutachtliche Befragung der Meister, darüber hinaus, ob ihrer Meinung nach im Winter ein Mangel an Beschäftigung vorhanden sein würde. Trotzdem muß dieses Vorgehen die Staatsbehörden auf Kosten der Arbeiter, die sich zu keiner Art von Arbeitslosenstatistik entschließen können, obgleich ihnen die vollkommensten Befehle dafür zur Verfügung stehen und obgleich die Nothwendigkeit einer solchen Zählung von Jedermann zugegeben wird.

Nothleidende Aktionäre. Die Gardinenfabriken, vorm. T. J. Birkin, Aktiengesellschaft in Oelsnitz, haben im letzten Geschäftsjahre einer Gewinn von 190 000 M. erzielt. Dieser erlaubt die Gewährung von 48 395 M. an den Vorstand und Aufsichtsrath, die Zurückstellung von 23 823 M. für Reserven, die Vertheilung von 100 000 M. gleich 17 1/2 pCt. Dividende und die Uebertragung von 28 163 M. auf neue Rechnung.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Tischler! Die Kollegen der Küchenmöbel-Werkstatt von Springer, Weissensee, Generalstr. 8, legten am Montag die Arbeit wegen der ihnen zutheil gewordenen Behandlung nieder. Der Unternehmer ist für eine gütliche Verständigung nicht zu haben. Wir erwarten daher, daß die Kollegen diesen Umstand berücksichtigen werden, und sich mit den Streikenden solidarisch erklären. Die Werkstatt-Kontrollkommission des deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Zahlstelle Weissensee.

Die Mitglieder der Ortskrankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen werden hiermit auf die Bekanntmachung in heutiger Nummer ganz besonders aufmerksam gemacht.

An die Mitglieder der Ortskrankenkasse der Uhrmacher. Heute, Dienstag, Abends 8 1/2 Uhr, findet die Generalversammlung der Krankenkasse im Lokal von Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a, statt. Es ist nöthig, daß die Kollegen Mann für Mann erscheinen, damit diesmal nur Kollegen in den Vorstand gelangen, welche die Interessen der Kollegen in energischer Weise wahrnehmen. Vergesse niemand, sein Quittungsbuch mitzubringen. Pünktliches Erscheinen ist notwendig, da die Wahlen zu Beginn der Versammlung erfolgen. Der Vertrauensmann der Berliner Uhrmacher. Otto Rätzer, N., Anklamerstr. 44.

Die Textilarbeiter Sachsens halten am Sonntag, den 30. Dezember in Grlimitzsch eine Konferenz ab. Ueber die Verhandlungen werden wir seinerzeit berichten.

Der Streik der Dielesfelder Weber und Weberinnen ist in einer Versammlung am 30. November als beendet erklärt worden. Die Arbeiter sind durch die Machination der Gegner, die sie durch Drohungen in der Presse einschüchterten und durch die Indifferentismus eines Theiles der Ausständigen unterlegen. Als Opfer aus diesem Lohnkampf sind 74 Weber und Weberinnen geblieben, welche auf der Straße liegen. Diese müssen noch unterstellt werden. Das Komitee richtet deshalb an die Arbeiterchaft die freundliche Bitte, dafür zu sorgen, daß die Opfer dieses Lohnkampfes nicht Noth zu leiden brauchen. Ihnen ist als Verbrechen anzurechnen worden, daß sie es wagten, sich gegen Lohnabzüge zu wehren.

Zuzug ist fernzuhalten: Von Tischlern nach Bultke bei Gelsenkirchen (Baumann's Werkh.), Jhehoe (Westphal'sche Möbelfabrik) und Trowof, Kreis Glesing (Werkh. von Baummeister Busch); von Tischlern und Metallarbeitern nach Galkrow in Mecklenburg (Medienburgische Waggonfabrik); von Tischlern und Drechselern nach Goslar (Weil'sche Möbelfabrik); von Drechselern nach Lauterberg (Fabrik Hägeleit) und Garzburg (Saulze's Holzbearbeitungsabrik); von Bürstenmachern nach Braunschweig (Werkh. von Ede, Wendenstraße); von Korbmachern nach Oelsbshausen bei Bremen (Barre's Werkh.).

Der Gewerbeverein christlicher Bergleute hat seine erste „Zahl“ gethan. In der Zentralvorstands-Sitzung vom Montag hat man, wie unser Dortmunds-Parteiorgan mittheilt, die Herren Kaplan Dr. Oberdörffer (Köln), Fabrikbesitzer Math. Biese (Werden), Harrer Lic. Weber (M. Gladbach), Kaufmann Legewitt (Essen) wegen ihrer Verdienste um die Gründung des Vereins zu Ehrenmitgliedern ernannt. Außerdem wurde noch einer Reihe anderer, um die Bergarbeitersache verdienter Herren die Ehrenmitgliedschaft verliehen. — Der Verein sängt vielversprechend an. Wenn dereinst infolge der segensreichen Vereinsthätigkeit die Mitglieder fehlen werden, so kann man sich doch noch mit den Ehrenmitgliedern trösten.

Vermischtes.

Eine journalistische Diebstahls. Aus New-York wird berichtet: Einen wohlverdienten „Reinfall“ erlebte die „United Press“, eine Vereinigung von Zeitungen, die wie die größere, die „Associerte Presse“, ein eigenes Central-Depeschenbureau unterhält. Schon längere Zeit hatte die „Associerte Presse“ ihre Konkurrentin, die „United Press“, in dem Verdacht, daß sie die Depeschen jener widerrechtlich benutze. Man stellte ihr eine Falle, in der sie sich fing. Die „Associerte Presse“ brachte eine Depesche aus Indien des Inhalts: „Die tributpflichtigen Eingeborenen der Provinz Chulha haben sich gegen ihren Veberrscher Rajah „Sih El Ots-Pu Eht“ empört.“ Diese Nachricht erschien denn auch in den Zeitungen der „United Press“. Nun machte die „Associerte Presse“ bekannt, daß die „United Press“ selbst öffentlich ihr Thun mit dem rechten Namen bezeichnet habe. Der Name des unglücklichen Rajahs ist rückwärts gelesen: Tho U. P. (= United Press) stole this, d. h.: „Die United Press“ hat dieses gestohlen.“

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Hülle (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

F. W. Wertheim. Sie wissen doch, daß anonyme Mittheilungen nicht beachtet werden. Im übrigen ist Ihr Fall schon erwähnt worden.

F. G. Hier haben Sie die gewünschte Milliarde 1 000 000 000. Dieffenbachstr. 30. Regir ist (in der Mythologie) der Herrscher der Götter, der Gott des Meeres.

Die Redaktion hat mit den Druckfesseln des Blattes nichts zu thun. Das ist Sache der Korrektur.

E. W. 31. Fordern Sie den Wirth auf, innerhalb einer bestimmten Frist die Wohnung in bewohnbaren Zustand zu setzen und klagen Sie dann event. auf Instandsetzung. Den Umbau vornehmen zu lassen, können Sie ablehnen.

Achtung!
Heute, Dienstag, den 4. Dezember, Abends 8 Uhr, bei
Henke, Rannynstraße Nr. 27:
Große öffentl. Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Georg Wagner** über: „Die Frau im Kampf gegen den Umsturz.“ 2. Diskussion. 3. Revolutionsbericht. 4. Verschiedenes.
Teilnahme ist freigegeben.
Um zahlreichen Besuch, besonders der Frauen, bittet
Die Frauen-Agitationskommission.
120/10

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes für Berlin und Umgegend.
Mittwoch, den 5. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Schmiedel,
Alte Jakobstraße 32:
Vereins-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **E. Vogtherr** über: „Denkfreiheit und Zensurfreiheit.“ 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder.
Frauen und Männer als Gäste haben Zutritt.
Der Vorstand,
120/10

Arbeitsmarkt.
Tüchtiger **Barockurgolder** b. hohem Lohn verlangt Kottbuser Ufer 32.
Ein Versilberer auf Listen verl. Rigdorf, Berlinestr. 71. 1419b
Umlöser verl. **Pflock**, Königsbergerstr. 29. 1418b
Barbigmacher werden verlangt 1419b
Waldemarstr. 15.

den Inhalt der Inserate über-
nimmt die Redaktion dem Publikum
gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 4. Dezember.
Spernhaus. Hänsel und Gretel. — Die Puppenfee.
Schauspielhaus. Salati. Militär-
fromm.
Deutsches Theater. Die Weber.
Berliner Theater. Madame Sans-
Gène.
Festung-Theater. Zwei Wappen.
Schiller-Theater. Des Meeres und
der Liebe Wellen.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.
Die Hedermaus.
Residenz-Theater. Der Unter-
präfelt. Vorher: Villa Bielliebchen.
Neues Theater. Komödianten.
Theater Unter den Linden. Sabula.
Weißner Porzellan.
Bellevue-Theater. Königskrause.
Central-Theater. Die Berliner.
Adolph Ernst-Theater. Charley's
Tante. Vorher: Die ewige Braut.
Alexanderplatz-Theater. Ein
Modell. Vorher: Zimmermann's
Leue.
National-Theater. Der Tod als
Pathe.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Saumann's Variété. Spezialitäten-
Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Wallner-Theaterstrasse.
Dienstag, den 4. Dezember, Abends
8 Uhr: Des Meeres und der
Liebe Wellen.
Mittwoch, den 5. Dezember, Abends
8 Uhr: Hans Sachs. Sargruine.

Adolph Ernst-Theater Charley's Tante.

Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die ewige Braut.
Eierspiel mit Tanz in 1 Akt von
W. Mannstädt und J. Kron.
In Scene gesetzt von Ad. Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182.
Sensationelle Novität!
Der Tod als Pathe.
Ausstattungs-Komödie in 5 Akten von
Ernst Blumke mit theilweiser Benutzung
einer Idee von August Blanche.
Decorationen von Müller und Schäfer.
Beleuchtungsbefehle vom Ober-Beleuchter
Collander. Maschinerien vom Theater-
meister Wesse. Lichtbilder von Ludwig
Richter. Tanz- und Flugevolutionen
vom Balletmeister G. Zinner arrangiert.
Die lebenden Götter- und Wasserfiguren
aus dem Aquarium-Institut von Otto
Pronse, Alexanderstr. 28. Garderoben
und Requisiten vom Ober-Garderobier
Paul Hildebrandt.
Musik von Adolph Wiedocke.
Regie: Max Samst.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.
Direktion: Richard Schulz.
Emil Thomas a. G.
Anna Baders. Josefine Dora.
Sonntag, den 2. Dezember 1894:
Zum 96. Male:

O, diese Berliner!

Große Posse mit Gesang und Tanz
in 6 Bildern von Julius Freund.
Musik von Julius Einödhofer.
Am 8. Dezember Jubiläums-Wohl-
thätigkeitsvorstellung zum Besten des
Unterstützungsfonds des Vereins Ber-
liner Presse zum 100. Male:
O, diese Berliner!

Castan's

Panoptikum.
Englische Marionetten.
Illusions-Caroussel.
Astora, die Taktwirte.

Armin-Hallen

Kommandantenstraße Nr. 20.
Säle und Vereinszimmer
von 20-600 Personen.

Passage-Panopticum.



51 wilde Weiber
aus Dahomey.

Die Hexenjantel,
neueste Illusion.

Circus Renz

Carlstrasse.
Dienstag, den 4. Dezember 1894:
Abends 7 1/2 Uhr:
Tjo Ni En.
Neue Musik-Aufführungen
in den sensat. Längen Les grolots vi-
vants und jeu des harpobons.
Außerdem zum 1. Male: Der
Schulreiter Mr. Jules mit seinem Pipi-
aner Hengst Majestoso. Das
Apportierpferd Mohr und Hippol. Pot-
pourri von 40 Pferden, vorgef. vom
Dir. Fr. Renz. Grande Quadrille de
la haute éducation, ger. von 6 Damen
u. 6 Herren. Erster sensationeller
Handequilibrist Mr. Jules Keller. Major
Burk m. seinen amerik. Militär-
Exerzition. Die beliebten Klowns
Gehr. Villand u.
Mittwoch: Zum ersten Male:
Concurrenz-Vorstellung.
Alle Nummern doppelt besetzt.
Fr. Renz, Kommissionsrath.

Circus G. Schumann.

Friedrich Karl-Ufer.
Täglich Abends 7 1/2 Uhr:
**Texas Jack's American
Prairie Life-Show.**
Illustrationen aus dem Amerikan.
Pflanzungen- und Prairieleben.
(Näheres die Tageszettel.)
Morgen, Mittwoch, Nachm. 4 Uhr:
Auf allgemeines Verlangen: Extra-
Kinder- und Familien-Vorstellung.
Ermäßigte Preise.

Volksversammlung

Donnerstag, den 6. d. M., Abends
8 Uhr, im Lokale des Herrn Vort,
Spandau, Staakenstr. 14,
Öffentliche
Volksversammlung
Tagesordnung:
Die in Aussicht stehende Mehr-
belastung des deutschen Volkes, ins-
besondere die drohende Laoststeuer.
Refer. W. Börner.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Einberufer.
Zu dieser Versammlung ist der Reichs-
tags-Abgeordnete Prediger Schall ein-
geladen. 14076

Herrn Schröder

Am 1. d. M., früh 7 1/4 Uhr, verstarb
nach schwerem Leiden mein guter
braver Mann und Vater, der Gastwirth
Herrn Schröder
im 43. Lebensjahre, was ich hiermit
tiefbetruert allen Verwandten und Be-
kaunten anzeige 14106
Die tieftrauernde Wittwe
Bortha Schröder nebst Kindern
Schwedterstr. 5.
Die Beerdigung findet am 4. d. M.
vom Augusta-Hospital nach dem
Marien-Kirchhof, Prenzlauer Allee, statt.

Johanna Platzeck

Am 2. Dezember verschied nach
langem, schwerem Leiden meine liebe
Frau, unsere gute Mutter
Johanna Platzeck
geb. Feder.
Die Beerdigung findet Mittwoch
Nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle
des Hixdorfer Kirchhofes aus statt.
Um stillen Beileid bitten 14086
P. Platzeck nebst Kindern.

Dankfagung.

Allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem, welche bei der Beerdigung
unseres guten Sohnes und Bruders
Carl
am 30. November so zahlreich erschienen,
sowie für die reiche Blumenpende, ins-
besondere dem Verein Italia, sowie
seinen Kollegen, den Arbeitern der
Rothschen Schneidemühle, sagen wir
unsern tiefgefühlten Dank. 14206
Albert Reuter u. Frau Clara
geb. Bethge u. Geschwister.

Dankfagung.

Allen Freunden und Bekannten für
die herzliche Theilnahme bei der Be-
erdigung meines mir unvergeßlichen
Mannes, hauptsächlich den Kollegen der
Firma Carl Schulz, Ostendstraße 3,
sowie dem Verband aller in d. Metall-
industrie beschäftigten Arbeiter meinen
herzlichsten Dank. 14146
Wittwe Tachusck.

Blumenhandlung

P. Abromeit, Blücherstraße 69,
Berlin SW. 55472
Kranze, Bouquets, Topfgewächse,
Gutlanden u. s. w.
Billigste (Markt-) Preise bei ge-
schmackvoller Ausführung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, 4. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr,
in den „Arminhallen“, Kommandanten-
Straße Nr. 20:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Nicolai über: Lohnformen. 2. Diskussion.
3. Vereinsangelegenheiten event. Anträge und Fragen.
Gäste haben Zutritt. Mitglieder werden aufgenommen.
277/11 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

am 4. Dez., Ab. 8 1/2 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33.
Versammlung
Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Sassenbach über: Das Freimaurerthum.
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Um zahlreichen Besuch ersucht
282/8 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

am Dienstag, 4. Dez., Ab. 8 1/2 Uhr, im Kolberger Salon,
Kolbergerstr. 23.
Versammlung
Tages-Ordnung:

1. Der Sozialismus der höheren Stände. Referent Gen. Förgmann.
2. Vereinsangelegenheiten. 3. Fragelasten.
284/10 Der Vorstand.

Gr. Volksversammlung

zum Besten der Arbeiter-Bildungsschule
am Mittwoch, den 5. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im
Lokal des Herrn Gründel, Brunnenstraße 188.
Versammlung
Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Rechtsanwält Dr. Herzfeld über: „Die be-
absichtigte Gefekgebung der Strafgese gegen den Umsturz“.
2. Diskussion.
Zu dieser Versammlung lade alle Reichstags-Abgeordnete ohne
Unterschied der Partei ergebenst ein.
55/11 Der Einberufer.
Frauen und Gäste haben Zutritt.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Teltow - Beeskow - Charlottenburg.

Mittwoch, den 5. Dezember, Abends 8 Uhr,
im gr. Saale von Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39:
Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Sonabend, den 8. Dezember 1894, im Lokale Bismarckshöhe,
Wilmersdorferstraße 39:
Stiftungsfest des Sozialdemokrat. Wahlvereins
für Teltow-Beeskow-Charlottenburg
bestehend in Theater-Vorstellung, humorist. Vorträgen,
Gesang und Tanz.

Fachverein der Klempner.

Freunde und Gönner des Vereins sind hiermit eingeladen. Biletts sind
bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern und in den Zahlstellen zu haben. Die
Zahlstellen befinden sich bei H. Weraloko, Krumme Str. 19; H. Krause, Wilmers-
dorferstraße 39; P. Wolter, Magazinstraße 15; Gimpel, Osnabrückerstraße 28;
Bredlow, Augsburgerstr. 78.
Dienstag, den 4. Dezember, Abends 8 Uhr,
in Hoffmann's Festhällen, Oranien-Straße Nr. 180:
Große Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Jahn. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Achtung! An die Mitglieder der Achtung!

Alle diejenigen, welche in der Versammlung am Sonntag, den 2. Dezember
b. J. in Fiebig's Salon, Gr. Frankfurterstr. 28, anwesend waren und mit dem
Vorgehen des Vorstandes nicht einverstanden sind, werden ersucht,
am Dienstag, den 4. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, bei Köllig,
Neue Friedrichstraße Nr. 44,
zu einer sehr wichtigen Besprechung zu erscheinen. Pflicht der arbeitnehmenden
Delegirten ist es, an dieser Versammlung theilzunehmen. 14216
R. Assmann, Alterstr. 53. H. Steinfeldt, Schulstr. 37.

Achtung! Töpfer. Achtung!

Mittwoch, den 5. Dezember, Abends 5 1/2 Uhr, bei Breuer,
Große Frankfurterstraße Nr. 74:
**Öffentliche Versammlung aller Töpfer und Berufsgenossen
Berlins und Umgegend.**
Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Dr. Joßl über: „Die moderne Natur-
anschauung und ihre Einwirkung auf die Gesellschaft.“ Diskussion.
2. Stellungnahme der Berliner Kollegen zur Konferenz der Töpfer
Deutschlands event. Wahl von Delegirten zu derselben. 3. Unsere jetzige
wirtschaftliche Lage. 4. Verschiedenes.
Wir ersuchen die Kollegen, in dieser Versammlung recht zahlreich und
pünktlich zu erscheinen.
Der Vertrauensmann: Gustav Melzer, Friedrichsfelderstr. 26.

Kunstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerz. Zahnziehen 1 M. Plomben 150 M. Reparatur sodort. Theilzahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. 1078b

Buchhandlung des Vorwärts

Berlin SW., Benthstr. 2.
Soeben ist eingetroffen:
Fuchsmühl
Eine Skizze aus dem Rechtsstaat.
Preis 20 Pf. — Porto 5 Pf.

Das Kapital

von Karl Marx.
Dritter Band (Schluß des Werkes.)
Zwei Theile.
— Preis 10 M., Porto 50 Pf. —
Gebunden in Halbleder (mit
Futteral) M. 14.—.
(Gebundene Exempl. erst in einigen
Tagen lieferbar.)
Ferner vorrätzig:
Band 1 M. 9.—, geb. M. 11.—.
Band 2 M. 8.—, geb. M. 10.—.

In neuer Auflage soeben er- schienen:

Gustav Adolf
Ein Fürstenspiegel
zu Lehr und Nutz der deutschen
Arbeiter.
Von Franz Mehring.
Preis 30 Pf. Porto 5 Pf.

Innerhalb 14 Tagen sind bereits
25 000 Exemplare abgesetzt worden
— wohl der beste Beweis für die
Trefflichkeit dieser höchst zeitgemäßen
Brotschüre.

Am Mittwoch gelangt zur Aus-
gabe:
Zweite Auflage
des Frankf. Kongress-Protokolls.

Warne jeden, meiner Frau etwas zu
borgen, da ich für nichts auskomme.
1417b G. Feld, Markthalle II.

Die gegen Frau Hoffmann, Posener-
straße 5, ausgesprochenen Worte nehme
ich zurück und erkläre dieselbe für eine
ehrenhafte Frau. M. Berndt.

Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen. 5441 L*

Robert Meyer,
Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Irrthum zu ver-
meiden, bitte ich meine Freunde und
Genossen, genau auf meine Adresse zu
achten.

Buchführung, auch Stundenweise, besorgt zuverlässig H. S. 11 n., Saarbrückerstr. 7. 1353b

Kinder- Wagen,

Kranenwagen
Korbwaren,
Holzwaren,
größtes Lager
Berlins,
Theilzahlung
gestattet,
Winterwäcker gratis empfiehlt
A. W. Schulz,
Brunnenstr. 145 (Ecke Rheinbergerstr.),
Hauptgeschäft Brunnenstrasse 95,
vis-à-vis Humboldthain.
Teleph.-N. 3. Nr. 1767.

Alte Mäntel werd. billig zu neuen Fasens und Capes, gut sitzend, un- geändert b. Clara Springer, Holz- marktstraße 48, v. 4 Tr. 1422b

Möbel, gebrauchte, kauft Bartsch, Schützenstr. 2

Gute Kanarienhähne und Weibchen
verf. Oldhof, Am Schleischen Bahnhof 8.
Kanarienhähne, pass. Festgeschenk,
billig. Schulz, Prinz Albrechtstr. 3,
verlängerte Zimmerstraße. 1304b

Destillation mit mehreren Zahlstellen sof. zu verkaufen. Auskunft ertheilt Denner, Rantaustr. 19.

Alte und junge Frettchen,
gut abgerichtet, verkauft H. Lange-
mann, Görlitzerstr. 70.
Möbl. Schlafst. in Wallstr. 33, v. II
bei Siffen. 1411b

Kottbusser Hof 59 ist Umstände
halber eine U. f. d. Wohnung unter'm
Mietpreis sof. od. spät. z. vermieten.
Näh. zu erf. I. E. 3 Tr. r. 1413b

Empfehle allen Freunden u. Genossen mein Vereinszimmer zu Festlichkeiten. Schulz, Prinz Albrechtstraße 3, 1305b verlängerte Zimmerstraße.

C. Boltzmann's Gesellschafts-Säle,

Lichtenbergerstr. 16.
Säle und Vereinszimmer von 20 bis
500 Personen. 820L*

Arbeiter im Centrum! Kollege Karl Hörschlein,

101 Klosterstrasse 101
empfehle sein ringfreies Bier nebst
billigen Frühstücks, Mittags- und
Abendbisch.

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Verhandlungen wegen Beendigung des Bierbojkotts sind abgebrochen worden, weil die Ringbrauereien eine Bedingung stellten, deren Annahme mit der Ehre der Arbeiterchaft unvereinbar ist. Die Vertreter des Brauerings hatten die Stirn zu fordern, daß der Friedensschluß davon abhängig gemacht werde, daß 33 Arbeiter nie mehr in den Betrieben der Ringbrauer beschäftigt werden.

Arbeiter! Parteigenossen! Ohne jeden Anlaß seitens der betreffenden Arbeiter sind am 16. Mai Hunderte aufs Pflaster geworfen worden. Und nun sollen nach monatelanger Aussperrung, nach monatelangen Entbehrungen dreiunddreißig Arbeiter dauernd dem Elend, für immer der Existenzlosigkeit, also dem langsamen Zugrundegehen überliefert werden, dreiunddreißig Mann, von denen keiner Schuld an dem Bojkott trägt. Sie sollen als Opfer des Kapitalistenübermuthes auf der Strecke bleiben. An der barbarischen Doppeldeutigkeit des 16. Mai hatte der Brauering nicht genug — seine Rache verlangt die Vernichtung von weiteren dreiunddreißig Existenzen.

Arbeiter! Genossen! Wir wissen, daß wir in Eurem Sinne gehandelt haben, als wir diesem ungeheuerlichen Ansinne ein empörtes kurzes Nein entgegensetzten und die Verhandlungen abbrachen. Die Arbeiter Berlins konnten und wollten einen ehrlichen Frieden schließen; niemals aber werden wir unsere Hand dazu bieten, niemals werden die Klassenberufenen, in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie organisirten Arbeiter dulden, daß ein

ehroloser Friede

geschlossen wird.

Nun ist die Entscheidung getroffen. Der Bojkott muß mit erneuter und vermehrter Energie fortgeführt werden. Die Parole

Kein Tropfen Ringbier

muß mit unüberstehlicher Macht zur Durchführung gelangen.

Jeder einzelne Arbeiter muß seine ganze Kraft aufwenden, um den Bojkott zur vollen Wirkung zu bringen. Dazu ist nöthig, daß die gesammte Arbeiterchaft mit verdoppelter Kraft Hand ans Werk legt, die zur Organisation, Ueberwachung und Durchführung des Bojkotts erforderlichen Maßregeln energisch zu unterstützen.

Es bedarf aller Kraft, aller Energie, denn die Brauerdirektoren haben offen erklärt, die Unterwerfung der Berliner Arbeiterchaft durch neue Massenmaßregelungen erzwingen zu wollen!

Arbeiter, Parteigenossen! Der Brauering hat zwar Millionen zur Verfügung und wird in diesem Klassenkampfe auch fernerhin Hunderttausende opfern; hinter uns aber stehen die Massen, auf unserer Seite ist das Recht, ist die Begeisterung, ist der Opfermuth. Und an Euren Opfermuth appelliren wir abermals.

Die unschuldigen Opfer kapitalistischen Uebermuthes dürfen nicht dem Hunger preisgegeben werden. Seit Monaten liegen diese Hunderte existenzlos auf der Straße. Wir wenden uns deshalb an die Arbeiter von ganz Deutschland um thätkräftige und schnelle Unterstützung.

Der Kampf ist uns aufgezwungen worden. Die Berliner Arbeiterchaft hat den Handschuh aufgenommen und sie wird den Kampf durchführen bis zum Ende.

Arbeiter! Euer Klassen-Interesse nicht bloß, Eure Klassen-Ehre ist im Spiel. Da giebt es keinen anderen Gedanken als Sieg!

Vorwärts zum Sieg! Kein Tropfen Ringbier! Hoch der Bojkott!

Die Boykott-Kommission.

Bojkottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlsberg, Friedrich Reichentron, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Müggelschloßchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Mathenower Exportbrauerei-Niederlage, Inh. Max Dennhardt, N.W., Hannoverstraße 18a. Tel. III. 8178.
- Schloßbrauerei, Fürstenwalde. Niederlage bei Franz Heiser, N., Liesenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O. Niederlage Greißwalderstr. 228.
- Phönix-Brauerei, C. Rabon, Lichterselde.
- Brauerei Jagdschloßchen, Eberswalde. Niederlage Edm. Kenter, Swinmünderstr. 45.
- Brauerei Tiwoli, Strausberg. Niederlage Stabernack, Mühlenstraße 49a.
- Louisen-Brauerei, Bellermannstr. 71a/72.
- Brauerei Königs-Wusterhausen, Niederlage Reichenbergerstraße 33.
- Brauerei Tanz, Freienwalde a. O. Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
- Bürgerliches Brauhaus, Luckenwalde. Niederlage Gust. Spieckermann, Krautstr. 48, Tel. VII. 1487.
- Export-Brauerei Grabow a. O. bei Stettin. Niederlage Marten, Bellermannstr. 6.
- Brauhaus Hohen-Schönhausen bei Berlin.

Bojkottirt sind die folgenden, dem Ring angehörenden Brauereien:

- Aktien-Brauerei Friedrichshain, Berlin.
- Aktien-Brauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe, vorm. Pagenhofer, Berlin.
- Aktien-Brauerei-Gesellschaft Moabit, Berlin.
- Aktien-Gesellschaft Schloßbrauerei Schöneberg, Schöneberg.
- Bergschloß-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Berliner Hochbrauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Berliner Kronen-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Berliner Unions-Brauerei, Berlin.
- Böhmisches Brauhaus, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, A. Knoblauch, Berlin.
- Brauerei Oswald Berliner, Berlin.
- Brauerei Julius Böhm, Berlin.
- Brauerei Borussia, Aktien-Gesellschaft, Niederschönweide bei Johannisthal.
- Brauerei Gambrius, Aktien-Gesellschaft, Charlottenburg.
- Brauerei Carl Gregory, Berlin.
- Brauerei F. Happoldt, Berlin.
- Brauerei Königshat, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Brauerei Pfeifferberg, vorm. Schneider u. Hillig, Berlin.
- Brauerei A. Werm, Berlin.
- Bürgerliche Brauerei, Berlin.
- Bürgerliches Brauhaus, Otto Müller, Berlin.
- C. Nobel's Brauerei, Berlin.
- Gebrüder Josty, Berlin.
- Norddeutsche Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Schultheiß' Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin, Abth. I Schönhauser Allee.
- besgl. Abth. II Tiwoli.
- Brauerei Schweizergarten, Berlin.
- Spandauerberg-Brauerei, vorm. C. Beckmann, Westend bei Charlottenburg.
- Vereinsbrauerei Nixdorf.
- Versuchs- und Lehrbrauerei, Berlin.
- Viktoria-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Germania-Brauerei, David u. Martin, Berlin.
- Brauerei Stralau.

Von Armenien

haben wir in der letzten Zeit viel gehört und es scheint, daß wir noch viel mehr werden zu hören bekommen. Dieses unglückliche Land gehört zu den Versuchgebieten, in denen die europäische, namentlich die russische Diplomatie ihre vivisektorischen Experimente zu machen pflegt und wo gegenwärtig die russische Raubpolitik um so eifriger arbeitet, als ihr die Balkanhalbinsel so ziemlich versperrt ist. Zu den politischen Intrigen kommt noch hinzu der Nationalitätenwirrwarr und der Religionshader. Die Kurden, die dort häufige Raubzüge veranstalten, sind ungezähmt und erkennen auch die Oberhoheit des Sultans nicht an. Ein Theil der Armenier sind Christen, die anderen Muhamedaner, und ein Theil der Christen hat sich ungewisshast von russischen Sendlingen behörden lassen. Die Gräuelt, von denen wir jetzt hören, sind die Folgen einer unterdrückten Schilderhebung. Gewiß ist, daß die türkischen Berichte nicht ganz wahrheitsgetreu sind, gewiß ist aber auch, daß die von russischer Seite verbreiteten Berichte theils erlogen, theils arg übertrieben sind. Was die Massen-schändungen von Frauen und die Religionsverfolgungen betrifft, so sind jene schwerlich auf Rechnung der Türken zu setzen, denn diesen ist durch den Koran derartige Handeln auf das Strengste untersagt und die Geschichte kennt kein beglaubigtes Beispiel dafür, daß solche Schenlichkeiten von Türken verübt wurden. Dagegen sind die Kurdenländer der schlimmsten Sorte, und allen Schandthaten fähig. Auch in Bezug auf religiöse Duldung kann den Türken kein Vorwurf gemacht werden. Es giebt wenige christliche Staaten, wo Andersgläubende in Glaubenssachen so frei sind wie in der Türkei. Desto intoleranter sind aber die christlichen Sektten und Konfessionen im Orient — und auch anderswo.

Nachstehend bringen wir aus der Feder eines Armeniers einen Artikel über die Dinge in Armenien. Obgleich der Artikel nicht objektiv ist, so theilen wir ihn, unter Hinweis auf unsere einleitenden Worte, doch vollständig mit, weil er sehr interessantes Material enthält. Unser Korrespondent schreibt uns:

Ich will den deutschen Lesern eine „allgemeine Idee“ geben von der kleinen armenischen Nation, deren Lage gegenwärtig fast unerträglich ist und immer schlimmer und verzweifelter wird. Fast jede Woche kommt in Armenien eine Missethat, eine Katastrophe vor, man weiß aber in Europa nichts davon. In den abgelegenen Winkeln des Landes (wo es

keine auswärtigen Konsuln giebt) bringt fast jeder Tag einen furchtbaren Zusammenstoß zwischen den Armeniern und der sultanischen Armee, und es werden jedes Mal zahlreiche Leute getödtet. Die Provinz Sasun war einige Monate lang in Belagerungszustand. Die Provinz Mouche (nicht More) ist gegenwärtig noch ein wahrhafter Kriegsschauplatz, wo Tausende von Leuten massakirt worden sind; aber die schrecklichen Ereignisse hören in Armenien keine Minute auf. In Europa hat man nichts gewußt von dem Belagerungszustand Sasuns und von allen Grausamkeiten, welche dort geschehen sind. Freilich wird die türkische Regierung auch in diesem Falle, wie sie es immer gehalten hat, behaupten, „es handle sich um Armenische Briganten“, es sei alles ruhig in Armenien, alles zufrieden. . .

Der despotische Bürokratismus schiebt überall hin seine treuen Beamten, welche die unterdrückte Bevölkerung zwingen, ein Vertrauensvotum (zum Sultan) zu unterschreiben. Wer darf das verweigern? — Dem, der es wagen sollte, antwortet man mit Kerker, Exil. Dann veröffentlicht die türkische Regierung dieses Votum, und beruhigt die europäischen Mächte (obgleich diese sich nicht viel um das Schicksal des armenischen Volkes kümmern). Der Sultan läßt durch die käuflichen Zeitungen einfach veröffentlichen:

„Es wäre nicht die türkische Armee, die die Armenier massakirt habe, sondern es wären die Armenier, welche die muselmanischen Dörfer zerstört haben.“ Das ist ein bitterer Scherz!

Unser Volk ist eines der ältesten Völker. Schon im Alterthum waren die Armenier als eine der kulturfähigsten Völker in Klein-Asien bekannt. Sie hatten ihre Literatur, meist religiös-philosophischen Charakters, die in den Händen der Geilichkeit konzentriert war. Das fünfte Jahrhundert heißt bei uns „goldenes“; es sind uns viele, reiche Literatur-Denkmäler geblieben.

Im Jahre 1308 verlor Armenien seine politische Selbständigkeit und wurde erobert von den aus den asiatischen Steppen gekommenen barbarischen Osmanen — Türken.

Ein kleiner Theil von Armenien blieb unter der Souveränität Persiens. Später, am Anfang des 19. Jahrhunderts, finden wir Armenien schon im Zustande Polens. Es ist vertheilt unter Türkei, Persien und Rußland (Transkaukasien); der größte Theil der armenischen Bevölkerung blieb unter der türkischen Regierung (etwa 3 Millionen Armenier).

Die Zustände der russischen Armenier sind Ihnen annähernd

Fran Gerlach's Geist.

(Aus dem Geheimbuch der Zeit.)

„Du doch die Keiser zu Fulver.“
(Aus Frau Oberförster Gerlach's Aktionsprogramm.)

Unlängst erhielt unser lazer Moralpantler Geist, der in so anregende Abwechslung den faulen Bestien von Dahomeh bold zwecks — man verzeihe das hier unvermeidliche Jurisprudenzlich! — Liebe, bald zwecks Liebe die der Mode anscheinend wenig unterworfenen Leventlicherin lästete, von einem Publizisten einen wunderschön verfaßten Ruchruf; ist es doch das Gemerbe dieses Nichtsalsindividualitätens zu beweisen, daß man durchaus nicht alles zu verstehen braucht, um vieles zu verzeihen. Der Netter Geist's war nämlich in den Kolonien gewesen, wirklich selbst gewesen, und nun konnte er, mit der genialen Unbefangenheit eines Kolonial-Tissot*, Afrika in Herz und Nieren (namentlich lesteres); er hatte reiche Erfahrungen auf dem Gebiet des Tropenkolonialens gesammelt und wußte nun, daß sie dort alle „so“ seien, und übrigens auch bei uns. Die Tissot's gehen einmal die Friedrichstraße nächstlicher Weile entlang, hocken ein paar Minuten im Wiener Café, durchblättern die „Zukunft“ und urtheilen nun: Der Deutsche ist nur fähig, unter und mit Kontrolle zu lieben, er entscheidet die Weltgeschichte bei einer Schale Haut (die Zunderhäutchen nimmt er für seine Frau nach Hause) und sein Ideentreis erschöpft sich in Haß und Liebe für Minister. Die deutschen Frauen und Mädchen aber thun nichts als den „Sang an Regir“ singen. . . Warum sollten da nicht die Kolonial-Tissot's, gemäß ihren Erfahrungen sich resumiren: In Afrika giebt es Frauen und Männer. Die Frauen beschäftigen sich ausschließlich damit, ihre Gunst zu gewähren und die Männer kultiviren ihre darbdenden Sinne. Wozu also die sittliche Entrüstung! Und überhaupt, was ein richtiger Moderner ist, der verachtet diese Tartuffes der Jugend. Moderne ragende Individualitäten können nur eines sein: Tartuffes des Vaters.

* Tissot, ein französischer Schriftsteller, der durch abenteuerliche und entstellte Darstellungen des deutschen Lebens bekannt wurde.

Ich bin ein wenig umständlich gewesen, um zur eigentlichen Tagesordnung zu kommen. Aber man begreift, daß man einen so köstlichen Originalgedanken, wie ich mir gestattet habe anzudeuten, nicht gleich von vornherein preisgiebt. Man muß doch die Leute erst neugierig machen, ehe man mit einer geradezu abendfüllenden Idee heraus kommt. Ich will, ich plane, ich . . . O, meine Freunde, werdet hart, daß Ihr nicht der Schicksalslast dieses Gedankens erliegt. Ich will etwas weit Größeres, Wunderbareres, als etwa einen kampigen Geist verteidigen, ich will etwas weit Ueberraschenderes, als etwa einen Brausewetter zum Justizminister ernennen oder einen König Stumm zum Minister des Innern entthronen, ich will — bleibt standhaft meine Freunde — Frau Gerlach verteidigen, Frau Oberförster Gerlach, dieses edle, verkannte Rassenweib, die dem verjudeten römischen Recht geopfert worden ist, die für zehn Jahre im Zuchthaus ihrer sozialpädagogischen Wirksamkeit entzogen ist, ich will einen Dymnus singen, oder um reindeutlich zu schwärmen, einen Sang auf diese Vorkämpferin für Ordnung, Religion und Sittlichkeit, diese Heldin der Küche und Kirche, deren edle Absichten vom Gericht so arg verkannt und von den feilen Angestellten der öffentlichen Meinung mit simulirter Entrüstung und unmündiger Einheiligkeit gelästert werden; denn was ist diesen Knechten vom Geiste heilig! Wie betrauern sie heuchlerisch, daß auf dem Felde der Dienstmädchen Ehre gefallene Opfer, als ob man billiger Weise verlangen könnte, daß alle Berufe so gesund seien, wie vuerdings in Preußen-Deutschland das Ministergewerbe, in dem nach der Statistik niemand stirbt!

Als eine abscheuliche Verbrecherin haben sie die Frau Oberförsterin beschimpft, obwohl sie dem reinen, ehrlichen und individuellen Gefühl nicht nur ein Kind, sondern auch (wenn Wippchen mir das gestattet) eine Mutter ihrer Zeit ist.

Frau Gerlach ist geradezu die Infarnation unserer tiefsten germanischen Sehnsucht, sie hat symbolisch vollzogen, wonach unsere besten Geister, die Gottesfürter gegen die subversiven Mächte des Umsturzes, bisher vergebens gerungen haben. Hätte Captivi, vielleicht auf einer Jagd, ein glückliches Angehör zu Frau Oberförster Gerlach geführt, er hätte sofort seine Aufgabe erkannt, er hätte gelernt, wie man mit Energie, Thakraft und

bekannt, die Armenier sind ebenso unterdrückt, wie alle anderen Unterthanen Rußlands, und sind bemüht mit den anderen Völkern, das schwere Joch des Jarenthums zu vernichten. — Wir wollten jedoch von den türkischen Armeniern sprechen, weil deren Schicksal gegenwärtig am interessantesten ist, — von dem türkischen Armenien, dessen größter Teil heute einem Schlachtfeld gleicht. Sechs Jahrhunderte lang schmachtete dieses kleine Volk unter dem Regime des despotischen Sultanismus, — unterdrückt von allen Seiten, in jeder Weiterentwicklung gehemmt. Der Absolutismus sucht sich eben überall durch dieselben Mittel zu erhalten, durch das gewaltsame Unterdrücken neuer Ideen und Verfassungen.

Seit der Zeit, als die Türken unser Land beherrschten, machten sie aus dem armenischen Volke eine Rasse, die lediglich zur Arbeit auf der Welt ist. Armenien ist seitdem die milchgebende Kuh der türkischen Regierung geworden. Um dies voll zu erreichen, bemüht sich die Türkei, den kriegerischen Geist unseres Volkes zu tödnen. Sie entwaffnet uns und liehen uns bloß den Pflug. Sie schloffen uns vom Militärdienst aus, verpflichteten uns aber zur Zahlung ungeheurer Steuern.

Und zum Teil haben sie mit ihren Bestrebungen Erfolg gehabt. Freie geistige Regungen sind in Armenien unterdrückt. Die Presse wird verfolgt; es herrscht Gewissenszwang; fortwährend bedroht sind Leben, Eigentum und persönliche Ehre. Das ist die Signatur. Jeder Tag bringt Ermordungen, Verwüstungen, brutale Vergewaltigungen von Mädchen. Die türkischen Truppen sind ermächtigt, alle Schandthaten in Armenien zu begehen. Die armenische Bevölkerung ist in Verzweiflung! Klagt der Armenier vor Gericht, daß man ihm das Haus geplündert, den Sohn getötet, das Weib entführt habe, so findet er nie Gerechtigkeit. Der Christ hat in der Türkei überhaupt keine Rechte, keinen Schutz! Der Mohammedaner hat dort immer Recht und der Armenier immer Unrecht.

Die türkische Regierung übt in Armenien eine wahre Willkürherrschaft. Wer darf gegen diese protestieren? Die Regierung besitzt unzählige Spione, große Armeen, Geschütze, Kanonen, sie verfügt über Gefängnis und Verbannung. Welche dem Verdächtigen! Im erwarteten Galgen, Exil oder grausame Gefängnisstrafen. Die unheimliche wirtschaftliche Lage, die unerträglichsten Steuern, die Bedrückungen aller Art zwingen nun vielfach die armenische Bevölkerung, ihr Land zu verlassen und auszuwandern, und zwar gehen sie meistens nach Rußland oder nach Amerika. So sehen wir heute ganze Provinzen in Armenien mehr und mehr sich entvölkern. Die Türkei hat nacheinander eine ganze Reihe von Ländern verloren: Bulgarien, Serbien, Montenegro etc. So will sie nun wenigstens, *coûte que coûte*, Armenien festhalten. Darum all diese Schreckmittel in Armenien.

Mein die türkische Regierung hat durch ihre beständige Hehe, durch ihre unerbittlichen Verfolgungen das Gegenteil dessen erreicht, was sie bezweckte. Unsere revolutionäre Wera beginnt von 1878, also von der Zeit des letzten türkisch-russischen Krieges. Damals beschränkte auch Rußland unsere revolutionären Bestrebungen! Alexander III. aber nahm zu unseren Bestrebungen eine feindliche Stellung ein, im Gegensatz zu seinem Vater. Indem er seine eigenen Unterthanen, die Armenier im Kaukasus, unterdrückte, verbot er ihnen, ihren türkischen Brüdern in der revolutionären Thätigkeit zu helfen. Während des großen Aufstandes in Erzerum (im Juni 1890) hat die Regierung Alexanders III. eine Reihe von Regimentern als Macht an der russisch-türkischen Grenze aufstellen lassen, damit die Armenier vom Kaukasus weder Leute, noch andere Hilfsmittel nach der Türkei schicken konnten. Unsere revolutionären Zeitungen waren, wie auch jetzt noch, in Rußland strengstens verboten.

Seit dem Aufstande in und um Erzerum werden die revolutionären Ideen in unserem Vaterlande immer mehr verbreitet. Wir haben jetzt einige revolutionäre Zeitungen, von denen zwei, und zwar die bedeutendsten, auf dem Boden des Marxismus stehen. Es sind schon mehrere Schriften aus der sozialistischen Literatur übersetzt worden, so „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ von Friedrich Engels, „Macht und Recht“ von Bakunin, „Das Recht auf Freiheit“ von Bakunin, „Lohnarbeit und Kapital“ von Marx. In kurzer Zeit wird auch das „Kommunistische Manifest“ veröffentlicht werden, das schon übersetzt ist. Freilich ist das nächste Ziel der armenischen Revolutionäre die Vernichtung der Tyrannei, aber unsere sozialistisch-revolutionären Zeitungen verbreiten gleichzeitig sozialistische Ideen unter den geistig höher stehenden Bevölkerungsschichten im Kaukasus, in der Türkei und in Persien. Der Druck wird auf Keuchersie geneigert; die türkische Regierung richtet aus Furcht eine wahre Verfolgung gegen die

Revolutionäre. Heute sind die Kerker voll von Gefangenen. Der kleinste Verdacht, an der „Umsturzbestrebung“ mit thätig zu sein, genügt, um an den Galgen zu kommen. Man unterwirft die Gefangenen zuerst einem an die Praxis der Inquisition erinnernden Verfahren; man martert sie, mit rothem Eisen brennt man ihnen die Körper, schlägt ihnen Nägel in den Kopf ein, mit einer Zange zieht man ihnen die Zähne aus dem Munde aus, mit derselben Zange zieht man ihnen die Lippen, die Haare einzeln heraus, bis das Opfer ruhig bleibt. Die näheren Umstände dieser schaurigen Exekution übergebe ich.

Die Leser mögen nicht glauben, daß ich sie mit meinen ungläublichen Erzählungen überraschen will. Das sind ja Thatsachen. Ueber dieses abscheuliche Verfahren ließ sich noch sehr viel Furchterregendes berichten, es würde aber zu weit führen. Ich wollte den deutschen Sozialdemokraten mit meinem Briefe nur eine kleine Idee von den verheerlichen Greueln in Armenien beibringen. Der langsame Tod, die schweren Kerkerleiden sind gewöhnliche Sachen. Die Inquisition hat in der Regel den Zweck, den Gefangenen zu zwingen, daß er seine angeblichen Mitschuldigen vererbe. Als Strafen sind üblich der Galgen und Verbannung zu 101 Jahren (gemäß dem türkischen Gesetze, das niemals einen Verbrecher für das ganze Leben, auf ewig verbannt will, so daß die Richter anstatt „auf ewig“ auf 101 Jahre die Strafe aussprechen). Wenn irgend ein Revolutionär als „zu gefährlich“ erkannt wird, so bricht man ihm ein Bein, damit er nicht aus dem Gefängnis entfliehen kann. Es wäre sehr kurios, wenn es nicht traurig wäre. . . .

Versammlungen.

Für die Wanderversammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins hielt am 27. d. M. im Viktoriagarten, Badstr. 12, Genosse Pinn einen Vortrag über: „Die Pharisäer einst und jetzt.“ Anschaulich und humoristisch schilderte er Buchhabenglauben, Scheinmoral und Frömmeln, das Gebahren der Pharisäer zu Christi Zeit und wies auf ihre merkwürdige Ähnlichkeit mit den heutigen Gläubigen der bestehenden Klasse hin. Eine lebhafte Diskussion entspann sich, vom Genossen Kiehnert und den Genossinnen Wilauky, Berrdt, Wünsch und Reimann geführt, welche die Wohlthätigkeitsheuchelei der heutigen Pharisäer in zahlreichen Beispielen illustrierten. Genosse Wenzel machte auf die Mahnung des Referenten, dem Scheingebahren jeder unser konsequent gerechtes Handeln gegenüberzusetzen, aufmerksam und betonte, daß der Arbeiter am leichtesten den sittlichen Halt durch Anschluß an die Organisation finde.

Der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter hielt am 28. November in der Arminhallen eine Branchenversammlung der Metallarbeiter ab, in der Litzin unter großer Aufmerksamkeit seiner Kollegen über die Lage der arbeitenden Klassen und die Sozialreform sprach. Von einer Diskussion über den Vortrag, der in die Mahnung zur Rekrutierung der Organisation ausklang, wurde Abstand genommen. Eine Debatte entspann sich über die Nachschiebende-Arbeit in der Lampenfabrik von Gadel u. Glinnide. Trotz des Beschlusses der dort beschäftigten Arbeiter, keine Ueberstunden zu machen, hatten diese, bis auf zwei räumliche Ausnahmen, nicht den Muth, von der Nachschiebende-Arbeit zu lassen. Die beiden Mitglieder, welche aus der Fabrik entlassen worden sind, wurden von der Versammlung als Gemahrgelgte betrachtet, wogegen mit den übrigen neun Arbeitern scharf ins Gericht gegangen wurde. Zum Schluß ermahnte Kolack zum Anschluß an die Organisation, sowie zum regen Besuch der Versammlungen.

Die Getreidebrüder, Schipper und Speicherarbeiter hielten am 29. November eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Daubert über das Thema „Kapital und Arbeit“ referirte und zum Anschluß an die Gewerkschafts-Organisation aufforderte, die wenigstens einigen Schutz gegen die Ausbeutung der Arbeiter durch den Kapitalismus biete. In der Diskussion machte Sauer auf einige Erscheinungen der kapitalistischen Entwicklung aufmerksam, welche den Konträrgeräten unangenehm fühlbar geworden sind, wie die Einführung einer äußerst kostspieligen Maschine im königlichen Bourgeois-Magazin, welche von Frauen bedient wird und die Arbeit der Getreidebrüder ersetzt. Ferner gehörten hierher die bedeutenden Lohnreduktionen, die auf dem Inselfpeicher vorgenommen worden sind, wodurch die Löhne so erbärmlich wurden, daß die Kollegen energisch dagegen Front machen müßten. Folgende Resolution

wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verspricht mit allen Kräften für die Organisation zu agitieren, da nur durch diese eine Verbesserung unserer Lage eintreten kann.“ — Hierauf referirte über die Thätigkeit der Gewerkschafts-Kommission der stellvertretende Delegirte für dieselbe. Zu Delegirten für die Gewerkschaftskommission wurden Max Kie und Sauer gewählt. Der Vertrauensmann Päh berichtete dann, daß die in der früheren Versammlung gewählte Kommission ein Schreiben an den Rath des königlichen Magazins gerichtet habe mit der Bitte um Abstellung der Uebelstände, die durch das Bergeben der Arbeit an Zwischen-Unternehmer eintreten. Es ist darauf versprochen worden, daß im nächsten Jahre andere Maßregeln ergriffen werden sollen, was hoffentlich bedeutet, daß dann die Arbeiten nicht wieder an einen Zwischen-Unternehmer vergeben werden.

Recht dramatisch gestaltete sich gegen den Schluß hin die allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlung im Kolberger Salon, die am Donnerstag Abend die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei Th. Hildebrandt u. Sohn der Kritik unterzog. In seinem einleitenden Referat stizirte Genosse P. Zahn das Wesen des Kapitalismus von seinen Anfängen bis in die jetzige Zeit und geistelte die den Lesern des „Vorwärts“ aus früheren Berichten schon bekannten Maximen, unter denen die Arbeiterschaft bei Th. Hildebrandt u. Sohn zu leiden hat.

Während die zahlreich erschienenen Arbeiter und Arbeiterinnen dem Vortragenden lebhaften Beifall gaben, reagierte die Schutzgarde des Kapitalismus, diesmal verkörpert im Buchhalter und den sonstigen Angestellten der Firma, dadurch, daß ihre Vorträge geradezu vorläufigliche Anschauungen zu Tage förderten: der erste Sprecher z. B. gab eine Robinsonade über Sparen zur Kapitalbildung zum besten, die durch ihre Eindeutigkeit ziemlich verblüffend wirkte. Herr B. führte die Thronen der Arbeiterinnen höhnend auf Pabuschmergen zurück! Gegen den Vorwurf, daß es in der Fabrik unsauber hergehe, eine Ansicht, die von vielen Diskussionsrednern vertreten wurde, wandte sich der Inspektor Dräsel besonders lebhaft. — Eine Resolution, welche gegen wenige Stimmen zur Annahme gelangte, protestirte entschieden gegen die in der genannten Uogofadenfabrik herrschenden Zustände, und verpflichtete alle noch nicht organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zum Anschluß an ihre Organisation, den Allgemeinen Arbeiter- und Arbeiterinnenverein für Berlin und Umgegend. In später Nachtstunde erreichte die Versammlung ihr Ende.

Die Schmiede hielten am 30. November ein gut besuchte öffentliche Versammlung mit Frauen ab, in der Genosse Wedel über das Thema: „Arbeiterorganisation und soziale Gesetzgebung“ einen interessanten Vortrag hielt. Das letzte Jahrzehnt, so führte Wedel aus, gewährt insofern einen erfreulichen Anblick, als man in allen Kulturländern die Arbeiter sich züchten sieht, um ihre Lage zu verbessern. Dazu organisieren sie sich überall, und wenn auch viele unklar sind über das zu erstrebende letzte Ziel, so ist der Kernpunkt doch, daß das, was man erzeugt hat, man auch selbst eines Tages genießen will. In England als dem Lande, in welchem zuerst die Großindustrie sich entwickelte, die Massen proletarisirte und sie durch ihre Zusammenballung in den Fabriken auch solidarisch fühlten lehrte, erstanden die ersten Arbeiterorganisationen, und mit einer Energie und Zähigkeit, wie sie dem angelsächsischen Charakter eigenbüchlich ist, trozten dort die Arbeiter allen Brutalitäten des Unternehmertums, das als herrschende Klasse auch die Gesetze machte, und namentlich solche gegen die Arbeiter. So erreichten die letzteren schließlich die gesetzliche Anerkennung ihres Koalitionsrechtes und durch ihren Einfluß als Wähler, demnächst auch weitere Rechte für ihre Gewerkschaften. In Deutschland vollzog sich die Sache harmloser, kaum regte sich, seit dem Auftreten Lassalle's im Jahre 1863, hier die Arbeiterbewegung, als die Bourgeoisie Angst bekam und sehr bald die Koalitionsverbote aufhob. Es kam dann zu Anfang der sechziger Jahre die Zeit der großartigen Prosperität, die, zumal damals die Gewerkschaften auf den Plan traten, den Arbeitern sehr gute Löhne brachte. Seitdem kommen die schlechten Zeiten aber immer häufiger und währen immer länger. Die allgemeine Tendenz des Kapitalismus, die Arbeitsbedingungen immer mehr herabzudrücken und zu verschlechtern, wird also immer bedrohlicher, und um so nothwendiger ist es, daß alle Arbeiter sich organisieren. Man sehe nur, wie vorzüglich für die Organisation des gesamten Unternehmertums durch die Unfallversicherungs-Vereinsgenossenschaften ge-

Genie der drohenden Pöbelrevolution begegnet. Geist und Frau Gerlach hätten nicht nur ein prächtiges Paar abgegeben, sie wären eigentlich auch berufen gewesen, mit ihrer Heilmethode diese traurige Zeit zu kurieren. Statt dessen hat man Geist um ein Häuflein seines Gehalts geschmälert und seine Genossin in Genie und Energie gar auf 10 Jahre ins Juchthaus gesperrt, ohne der trauernden Kirche zu gedenken, die jetzt ihr bestes Glied verloren hat.

Befanlich hat Geist einem Interviewer gestanden, daß an allem, so auch an seiner Demunition ein Kerl von Sozialdemokrat schuld sei, Alfred Bell. Ich kann nun aus bester Quelle versichern, daß es sich in dem Fall Gerlach um eine ganz ähnliche Erscheinung handelte. Das Dienstmädchen, das hohlerer Weise, heimlich wie diese Kreaturen alle sind, sich der christlichen Erziehung durch einen ganz unmotivierten Herathätigkeitsstreit entzog — denn natürlich wollen auch die Herzen dieser Kreaturen am liebsten unthätig sein! — war, wie Frau Gerlach wußte, Sozialdemokratin. Das Mädchen leugnete es zwar stets, aber Frau Gerlach's unermüdlicher, opferwilliger Hingabe gelang es feingebühnen, daß der Schwager einer entfernten Kousine des Mädchens eines Sonntag aus der Kirche fortgeblieben sei. Damit war der Schuld-beweis erbracht, weil ja selbstverständlich in diesen Kreisen die ganze Verwandtschaft wie die Ketten zusammenhängen.

Mit dem Augenblick, da Frau Gerlach das erkannte, hatte sie ihre Aufgabe erfüllt und diese führte sie nun mit der dieser seltenen Frau eigenen Thatkraft durch. Sie war nicht von elchastem Humanitätsdusel befallen, sie wußte, daß man mit geistigen Waffen den rothen Dämon nicht bewältigen könne, und da sie voll und ganz die furchtbare Gefahr erkannte, die Thron und Altar sowie den übrigen Erzeugnissen der Kultur von der sozialdemokratischen Bestimmung ihres Dienstmädchens drohte, beschloß sie zu handeln und zu — heilen.

Das Sektionsprotokoll des auf der Strecke dieser Veredelungs-jagd gebliebenen Mädchens hat gezeigt, wie ernst und tief Frau Gerlach ihre Mission verstand. Sie wußte, daß diese Sorte von Anhängern nur durch die eiserne Juchthaus rüchichtslofer Kraft gebessert werden können. Hunger und Liebe halten den Bau der Welt der Ordnung, Religion und Sitte zusammen. Mit Raubmenschenziehung und Hausfischigen einzig und allein kann der heilige Krieg für die ewigen Güter der Nation, für Christenthum, Familie, Monarchie und Eigentum erfolgreich geführt werden.

Frau Gerlach, die auch ihren Gatten für ihre Ideale zu gewinnen verstand, bekämpfte Tag für Tag mit unablässiger Hingebung den in ihrem Dienstmädchen verkörperten Umsturz. Ordnung, Religion und Sitte lehrten allmählich bei der Verfahren wieder; mehr und mehr wurde die große Kulturgeschichte gemindert, die Welt der Bildung und des Geistes durch die geniale, wahrhaft haarschneidende Blat- und Eisenpolitik der Frau Gerlach gestreut — da brach der Skandalaufstand in der türkischen, niedrigen Plebejenatur mit ihren unauströckbaren verderbten Intinkten aus: das Mädchen erdreistete sich zu sterben.

Die am grünen Tisch erlernten Juristen aber ließen sich durch das Geheul der Gasse verleiten und unwornehm, stumpf und undankbar warfen sie Frau Gerlach ins Gefängnis. Wie immer zu allen Zeiten, bei allen Völkern, wurde auch hier die große unveränderte Individualität von den bezahlten Schergen des Pöbels vergewaltigt.

Frau Gerlach sah, gefesselt war, aber nicht gebrochen. Sie spottete der blinden Thoren und selbstlos schuf sie weiter an ihrem heiligen Werk. Ihr Leib sah, ihren Geist aber vermachte sie einem treuen Freunde, der ein Großer ist im Reich der Lebenden. „Ich wollte Ihnen,“ so sprach die seltene Frau, „zu erst meinen Geist als Depot übergeben, damit er nicht in der Kerkerhaft gebrochen, geschwächt und bedubelt werde. Aber ich ahne — hier seufzte sie bitter und doch groß — ich werde mein Leben im Juchthaus beschließen. Was nützt mir da ein Depot? So will ich Ihnen denn meinen Geist vererben, er gehört Ihnen ganz und gar, verwenden Sie ihn in meinem Sinne, sehen Sie mein Werk fort, zum Heil der Menschheit führen Sie den Kampf für Ordnung, Religion und Sitte, unerschrocken und zielbewußt — — doch (hier lächelte sie wehmüthig, doch ungebogen) lassen Sie sich nicht ablassen.“

So sah zwar Frau Gerlach's Leib in dumpfem Verleth, aber ihr lichter und rogender Geist strömte frei und fruchtbar hinaus in die Menschheit. Eine kleine aber tapfere Schar begeisterter Männer nahm den Geist in Verleth, und Wunder wirkend ergoß er sich über die Lande. Und plötzlich ward es lebendig, erst leise, dann immer lauter und lauter kam es über die Menschen, wie eine neue erhabene Religion der Edelen und Besten. Zu Ende war auf einmal die träge Zeit der Pöbelschmeichelei und liberal ward der Kreuzzug gegen den — Umsturz gepredigt. Die Richter belämpften ihn mit den höchsten Geld- und Freiheitsstrafen, die Klagen- und Kouson-Arbeiter schrieben die schwarzen Listen, die Wehne des Militarismus arbeitete still und gediegen, und Ripperdpeische und Gummischland wurden Kreuz und Rosenkranz in dem heiligen Krieg. Jetzt begannen auch die Journalisten und Schriftsteller sich als solche Leute zu benehmen, die ihren Beruf nicht verfehl hatten. Die „Hamburger Nachrichten“ predigten, daß man die Sozialdemokraten nicht tödtet, sondern nur tödt schicken könnte. Konstantin Köpeler entdeckte die Reize der Diktatur, ein edler Bluthunger kam über die Welt, und gläubig beteten die frommen Christenmenschen allmählich, bevor sie zu Bette gingen: „Herr, gib uns ein Ausnahmegesetz.“ Die „National-Zeitung“ wurde zum Zentralorgan dieses neuerfindenden Christenthums ernannt und sein Redakteur wurde noch dort geduldet, über den nicht der heilige Geist der Frau Gerlach geweht war.

Nur ein Blatt war verstoßt und ein Mann. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung wollte nichts wissen von edler Gewalt, von Blutbädern und ausnahmegesetzlichem Umsturz des Umsturzes. Daran trug aber niemand anders die Schuld, als der Graf Capriotti, der kurzschichtig und antigentilich anständig, ein getreuer Schüler Heinrich Rickert's, für Wahrheit und Recht, für Humanität und Duldung, und für andere widernatürliche Unzucht steter Defakanten auf der laisser-faire-Straße eintrat. Aber Frau Gerlach's Geist sprengte auch dieses Gemäuer in das Nichts. Einmal glücklichen Tages meldeten Extrablätter, daß Graf Capriotti gen Süden reisen und in das Reichskanzler-Palais nimmermehr zurückkehren würde. In der Entscheidung dieser Wandelung verrieth sich unzweideutig der Geist Frau Gerlach's. Schon begann man zu hoffen, daß der Tag nicht mehr fern sein würde, da man unter dem königlichen Stumm nicht mehr das Juchthaus in Coarbrüden sondern vielmehr das ganze glorreich geeinigte Deutsche Reich verstehen würde.

Ein Frühlingssturm jauchzte durch die von dem Alp Capriotti — als Capriotti den Anstandigen wird ihn nicht die Geschichte brandmarken! — befreiten Lande. Ein frohes Gewimmel von kommenden und gehenden Männern entstand auf dem entlasteten Boden. Stand früher noch mancher, aus blasser Kanzenfurcht, ängstlich zurück, jetzt traten sie auf wie Männer und in Morgensonnengluthen, predigten sie den Geist der Frau Gerlach.

Im Lande Sachsen reiste Kammerherr v. Blumenthal umher und forderte deutsch und tapfer die Reaktion. Ausrotten, vertilgen müßte man die Umstürzer und nicht vor blutigen Gewaltthaten zurückschrecken. Fort mit dem Reichstag, fort mit den politischen Anrührigen hinein in die Kolonien, da wo der Geist am äppigsten steht. Und männlich beugte sich vor dem Herrn v. Blumenthal und priesen seine Weisheit.

Frau Gerlach's Geist aber rostete nicht, und in unendlicher Fruchtbarkeit keimten Pläne und Ideen auf, und alle gegen den Umsturz. Bürgerkriegstendenzen traten auf, als neueste Wunder der modernen Technik. Man beschäftigte sich mit der Strategie des Straßenkampfes und Herr v. Monteton wies geistreich darauf hin, daß die geeigneten Heerführer in diesem Innentrieg — denn an einen auswärtigen Krieg glaubt niemand mehr, dank der Weisheit unserer Fürsten und Diplomaten und außerdem ist es für uns Schutzgötter ein peinlicher Gedanke, daß unser schönes Heer für fremde Flinten benutzt werden soll; die deutsche Arbeit in der Menschenproduktion muß auch der deutschen Arbeit in der Nordindustrie zugute kommen — Herr v. Monteton, sage ich, empfahl als Heerführer in dem kommenden rühmreichen Bürgerkrieg die jünglichen Leutenants, die es verstanden, sich so „prächtig unverantwortlich“ zu benehmen. Bereits wurde im Walde von Buchsmühl eine kleine erfolgreiche Probeschlacht geliefert. Und wenn erst, wie das geplant ist, im nächsten Herbst die großen Wälder in den Straßen der Industriestädte werden strotzenden haben, dann, hoffen wir, werden auch die Befürchtungen der Patrioten, daß unser Heer nicht mehr bürgerkriegstüchtig sei, völlig beseitigt sein.

Inzwischen bereiten wir, um in der Zeit bis zu dem großen Freiheitskampfe auch etwas zu thun, ein Gesetz gegen den Umsturz vor. Und wenn die Weihnachtsglocken hallen, dann werden wir, so erwarten wir, ein elegant gebundenes Exemplar des neuen Gesetzes bereits auf dem Gabentisch finden. Erst dann können wir aus reinem und freiem Herzen das Fest der Nächstenliebe feiern. Als Weihnachtsgeschenk aber wird uns, wie ich weiß, ein Dichterkomponist ein frommes Schlachtlid beschreiben, das im Text also lautet:

Hau doch die Kerer zu Pulver!

Frau Gerlach hat die Widmung huldvoll entgegengenommen und besonders effektiv wird, wie ich höre, die 17. Ausgabe sein: Bearbeitung für Bürgerkriegs-Kapellen (die Instrumentation gibt täuschend das Zischen der „Acht-Millimeter“ wieder).

Frau Gerlach ist vom verjudeten römischen Recht für 10 Jahre ins Juchthaus gebannt. Aber ihr Geist schwebt fessellos über uns, und das Flähen will nicht enden. . . .

forst ist, und es wird kein vernünftiger Arbeiter sich der Notwendigkeit, sich zu organisieren, verschließen können. Denn Arbeiterinteressen und Unternehmerinteressen sind nicht vereinbar, sondern einander entgegengegesetzt, und die Unternehmer werden nichts dazu thun, um die Lage der Arbeiter zu verbessern. Das kann auch der einzelne Arbeiter nicht, das kann nur die Gewerkschaft. Sie kann in guten Zeiten Lohnverbesserungen oder Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen. Die meisten glauben, wenn sie recht lange arbeiten, dann müssen sie auch recht viel verdienen. Redner weist auf das Schlagwort nach, das dies grundfalsch ist, und bemerkt dann: Woher kommt es, daß der englische Fabrikarbeiter bedeutend höhere Löhne hat, daß er viel freier ist und viel mehr Achtung von der anderen Gesellschaftsklasse genießt, als der deutsche Arbeiter? Weil er ein organisierter Arbeiter ist. Der Referent hebt hierauf die übrigen wichtigen Aufgaben, welche die Gewerkschaft zu erfüllen hat, hervor: die Regelung des Arbeitsnachweises, wie sie gerade bei den Schmiededringendes Bedürfnis ist; die Aufklärung der Arbeiter, damit diese erkennen, daß ihr Wohl und Wehe in tausend Fällen viel mehr von den gesamteten Zuständen der allgemeinen Dinge als von den der sie zunächst und direkt berührenden abhängt. Die Gewerkschaft hat ferner Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu verhindern, wozu sie schon durch ihre bloße Existenz im Stande ist, sie hat des Weiteren bei den vielen kleinen Streitigkeiten, die zwischen Unternehmer und Arbeiter vorkommen, dem einzelnen Mitgliede zu helfen, schließlich diejenigen, welche die Fähigkeit, die Energie und den Eifer haben, für die Kollegenschaft öffentlich auf und einzutreten, diese schäblich zu halten, wenn sie vom Unternehmertum dafür gemahnt werden. Aus allen diesen Gründen können die Arbeiter dem Staat und der Gemeinde gar keine Steuern zahlen, die besser verwendet werden, als diejenigen, welche sie sich freiwillig auferlegen, um ihre Gewerkschaft zu unterstützen. Redner entwickelt dann, wie viel die Arbeiterbewegung in Deutschland schon erreicht hat, obwohl sie hier erst 30 Jahre besteht. Sie hat die Regierungskreise genötigt, verschiedene Konzessionen zu machen, an die sie früher nicht gedacht haben. Wenn heute so viele Leute, die sich um das öffentliche Leben kümmern, sich mit der sozialen Frage befassen, so ist das ein Gewinn, denen zu verdanken, welche so lange dafür gewirkt haben. Noch vor 20 Jahren wollte man von einer sozialen Frage nichts wissen. Die ganze Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung ist aus Angst vor dem Wachstum der Sozialdemokratie erlassen, wie das Bismarck selbst ausgesprochen hat. Die in den letzten Jahren erreichten Beschränkungen der Arbeitszeit sind der Thätigkeit der Sozialdemokratie zu verdanken. Je großartigter, je allgemeiner diese Bewegung wird, desto mehr gelingt es, allfällige Erfolge zu erzielen. Man sieht, wie viel erreicht werden könnte, wenn alle Arbeiter an der Bewegung theilhaben. Zu thun ist noch viel: die Arbeitszeit muß noch viel mehr und allgemeiner beschränkt, das Fabrikinspektorat nach den verschiedensten Seiten ausgebaut, Arbeiterkammern müssen errichtet, der Arbeitsnachweis von Reichswegen organisiert werden u. s. w. Mit der Aufforderung an die Anwesenden, sich der großen Zahl derer anzuschließen, welche auf solche Weise für die Verbesserung ihrer Lage kämpfen, schloß Redner, und kühnlicher Beifall der Versammlung zeigte ihm, wie sehr er jedem Einzelnen aus dem Herzen gesprochen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, mit allen gesetzlichen zu Gebote stehenden Mitteln ihre Lage zu verbessern, indem sie durch Beitritt zu der im Gewerbe bestehenden Organisation — dem Verein aller in der Schmiederei beschäftigten Personen — eine menschenwürdige Existenz zu gründen sucht.“ — Nach einer Pause entwickelte sich noch eine rege Diskussion über die Schäden im Schmiedehandwerk. Als solche wurden besonders die traurigen Verhältnisse auf dem Jannungs-Arbeitsnachweise hervorgehoben. Kommt ein armer Handwerksbursche von außerhalb, um hier Arbeit zu suchen, so muß er zunächst 40 Pf. für „Einschreiben“ geben, aber außerdem ist dem den Arbeitsnachweis verwaltenden Herbergswater auch viel daran gelegen, daß der Arbeitslose recht viel bei ihm verzehrt. Die hiesigen Meister andererseits verlangen immer Geßellen von außerhals; dabei stehen hier so viele verheiratete Leute beschäftigungslos herum, daß man überall auf sie sieht. Angesichts dieser Verhältnisse wurden die Anwesenden ermahnt, jenen Arbeitsnachweis in der Mulatstraße zu meiden und ausschließlich den der Organisation zu benutzen. Noch auf verschiedene andere Mißstände, wie auf die bis Mittag und darüber aufgedeckte Sonntagarbeit, auf das Abhalten des Nachschul-Unterrichts am Abend, wo die Beibringe, die den Tag über nicht geschont werden, müde sind u. dgl. wurde aufmerksam gemacht. Ein anwesender Meister suchte diese Dinge abzuweichen, was ihm aber nicht im geringsten gelang. Was für Anschauungen dieser Herr hatte, der sich einmal zu der fürchterlichen Drohung verstieg, wenn man ihn angreife, dann werde er nicht mehr in die Gewerkschaft kommen, dafür hier nur ein paar seiner eigenen Worte. Meister Heidenreich meinte: „Wenn die Geßellen die Sonntagbrühe übertreten, dann kann der Meister nicht dafür.“

Gegen die neuen Steuern. Auf Veranlassung der Agitationskommission der Berliner Tabakarbeiter sprach der Genosse Bebel am Sonntag Vormittag in einer großen Versammlung bei Nietz in der Weberstraße über: Die in Aussicht stehende Mehrbelastung des deutschen Volkes; insbesondere die drohende Tabakfabriksteuer. — Zu Beginn seiner Rede wies der Vortragende auf die gewiß interessante Erscheinung hin, daß, so oft die Tabakindustrie in den letzten Jahrzehnten auch durch Steuerprojekte beunruhigt sei, immer der Tabak für den Militarismus zu bluten hatte. Jetzt seien es wieder 80 Millionen, die man angeblich auf keine andere Weise „decken“ könne. Als das Reich, das geringste deutsche Reich gegründet wurde, habe man von Regierungsidee es als ungeschaffen hingestellt, daß die Aufwendungen für militärische Zwecke wesentlich wachsen könnten. Wie schwächlich sei diese Voraussetzung in das Gegenteil verkehrt! Den Etat für die Armee, und besonders aber für die Marine habe man bis ins Unreife gesteigert. Wenn der Staat seine eigentliche Aufgabe erfüllen wolle, müsse er es sich auch zur Pflicht machen, die Lasten unter allen Umständen gerecht zu verteilen. Dieser Maßstab, die leistungsfähigen Schultern in erster Linie heranzuziehen, bleibe bei uns gänzlich unberücksichtigt: das Kopfsteuer-System, und immer nur dieses; das schlechteste System, was sich vom volkswirtschaftlichen Standpunkte denken lasse, sei das A und O unserer Staatsmänner. Bedäglich Konsumartikel der breiten Masse bildeten die gesuchten Steuerobjekte. Unter dem Jubel der bestehenden Klassen gefürchtete Bismarck im November 1878 vor dem Reichstage als sein Steuerideal die Genussmittel der Masse; Bier, Tabak, Kaffee, Zucker etc. Die direkte Besteuerung, das habe der Junker Bismarck wohl erkannt, besonders die Einkommensteuer, war „für seine Zwecke nicht zu brauchen“ und die Besteuerung der Luxusartikel der oberen Klassen brachte angeblich „nicht genügend“ Mittel zur Deckung der Ausgaben, die sich schon demals in fortgesetzter Steigerung bräuden. Bis 1878 betrugen die Einnahmen aus Steuern und Zöllen im Reiche rund 248 Millionen; heute ungefähr 600. Im laufenden Etat sei der Vorschlag an Zöllen allein auf 350 Millionen beziffert, darunter 50 Millionen auf ausländische und ca. 11 Millionen auf inländische Tabake. Wenn man Vergleiche anstellen wolle, wie der Militär-Stat angeschwollen sei, brauche man nur die Differenz von 10 Jahren zu betrachten. An ordentlichen Ausgaben wurden verlangt 1894/95 339 Mill.; 1894/95 460 Mill. Die Marine kostete 1894/95 32 1/2 Mill. und 1894/95 nicht weniger als 50 1/2 Millionen. Besonders auffällig sei die Steigerung des Pensionfonds, der im gleichen Zeitraum 20 1/2 resp. 46 1/4 Millionen betragt. Rich-

wie früher an der Majordecke, sondern schon an der Hauptmanndecke wehe heute der bekannte scharfe Wind (Peiterzeit), dem die gesündesten Offiziere zum Opfer fielen. Natürlich habe man trotz der bedeutenden Einnahmen das Gleichgewicht im Budget nicht herstellen können, sondern es seien Schulden — und um dem hungrigen Militarismus einigermaßen den Drogen zu füllen, immer wieder Schulden gemacht; deren Verzinsung allein gegenwärtig ca. 71 Millionen erfordert. An ein Zurückzahlen des Kapitals denke heute überhaupt niemand. (Sehr richtig!) Der Redner behandelte nunmehr die Schicksale der letzten Militärvorlage, die Auflösung des Reichstages und die Annahme der Vorlage in veränderter Gestalt durch das neue Parlament. Die Antisemiten lieferten die Mehrheit von 19 Stimmen, nachdem der verfloren Reichskanzler ein paar Worte von leistungsfähigen Schultern geredet hatte. Darauf sei die Regierung mit Vorlagen gekommen, die das schmerzliche Gegenstück von einer Entlastung des kleinen Mannes bedeuteten. Man verlangte sogar 99 Millionen, trotzdem nur 60 Millionen erforderlich waren. Die Schädlichkeit der Tabak-, Wein- und Quittingsteuer etc. bespricht der Vortragende im Speziellen und führt dann weiter aus, wie die Wünsche der Regierung in Bezug auf Deckung der Militärvorlage sich nicht realisieren, indem sie statt 99 nur rund 17 1/2 Millionen erzieht. — Die Einzelheiten der neuen Tabaksteuer-Vorlage seien noch nicht bekannt, aber man wisse, daß statt der früher verlangten 45 Millionen der Tabak „nur“ 30 bringen solle; statt der bisherigen Sorten müsse man die Mittelsorten in Zigarren angeblich mehr heranbringen. Und die Folgen, wenn die Steuervorlage der Regierung durchgedrückt würde? Die Hausindustrie, diese verwerfliche Produktionsform, werde, abgesehen davon, daß man Tausende arbeitslos mache und auf die Straße setze, noch weitere Ausdehnung erfahren. Ein klassisches Beispiel in dieser Beziehung biete Baden; auch in Bremen und Hamburg sei jetzt schon das Bestreben in größerem Maße hervorgetreten, die Produktion auf das Land, in die Hausindustrie zu verlegen. Von der Arbeitslosigkeit würden vor Allem die Tabakarbeiter der großen Städte betroffen werden. Arbeitsmangel in hohem Maße könne nicht ausbleiben, da der Verbrauch des Tabaks, des vertheuerten Genussmittels, ganz gewiß eingeschränkt würde. Andererseits habe man zu gewärtigen, daß die Unternehmer, um die drückende Steuer zu paralysieren, die Arbeitslöhne auf das äußerste Maß herabzuschrauben. Das biete die Regierung — der christliche Staat biete das seinen Angehörigen zu einer Zeit der latenten Krise, wo die Arbeiter schon auf Nahrung bedrückt sind! Was solle die Sozialreform einem Arbeiter nützen, der nicht in der Lage sei — weil arbeitslos — seine Beiträge zu leisten? Es wäre ja wunderbar, wenn dadurch der Haß, die Bitterkeit nicht riesengroß wachsen würden! Zur selben Zeit bräute man Umsturzsätze aus, zum „Schutze“ gegen die Unzufriedenheit; wo man sich anschaue, die Erregung der Arbeiter durch die Entziehung der Arbeit und durch Vernichtung ihrer Existenz auf's Höchste zu steigern. Das seien unidbare Widersprüche! (Stürmischer Beifall.) Steuern sind aber doch nötig, würde man antworten können. Allerdings. Der Staat, der zum größten Teil im Interesse seines Baarens abzugeben sich Militair und Marine leiste, solle aber diejenigen ausschließlich zur Deckung dieser Ausgaben heranziehen, denen der Vortheil davon zuffießt. Wunderbarer Weise aber liege die Sache heute so, daß denselben noch große Geschenke in Zöllen, obendrein gemacht würden. Der Betrag, den diese Erößen im Staate — Redner erinnert an Bismarck, der aus seinem Holz, Getreide, Branntwein und Zuckerrüben kolossale Summen ziehe — an Abgaben leiste, sei in vielen Fällen kleiner, als was man ihnen in Gestalt von Prämien u. s. w. gewähre. Seiner Zeit habe er (Redner) im Reichstage vorgeschlagen, die Deckung für die notwendigen Ausgaben in einer Reichs-Einkommen-Steuer zu suchen — mit allerlei Nichtigkeiten sei dieser Vorschlag bekämpft worden. Hier sei der Weg gegeben, so schließt der Referent seine Ausführungen unter der lauten Akklamation seiner Zuhörer, den die Regierung zu gehen habe, wenn sie es mit ihrer angeblichen Fürsorge in Bezug auf die Arbeiter ernst meine. Mit aller Energie sollten die Tabakarbeiter Deutschlands die sozialdemokratischen Abgeordneten unterstützen, die im Reichstage geharnischten Protest gegen die neuen Steuern erheben würden.

In der Diskussion pflichteten die Redner, außer Herrmann, der die Sache etwas pessimistisch aufsahe, dem Genossen Bebel durchaus bei. Wörner erinnerte daran, daß die Regierung den vorjährigen Tabakarbeiterkongress geantwortet habe, sie sei unterrichtet über die Lage der Tabakarbeiter; trotzdem habe man im Sommer noch eine Enquete veranstaltet, die aber auch wiederum, weil ganz unzulänglich, kein zureichendes Bild der miserablen Lage ergeben werde. Nichtabgänger Goldschmidt vertraut auch die Meinung, daß nur die sozialdemokratische Fraktion energisch gegen die Verunbarung der Tabakindustrie und für die Interessen der darin beschäftigten Arbeiter aufstehe. In einer einstimmig angenommenen Resolution sprach die Versammlung ihre entschiedene Mißbilligung des indirekten Steuersystems aus und gelobte, alle Hebel anzuwenden, um die Einführung der neuen Tabakfabriksteuer zu vereiteln. — Wurz erstattete namens der Kommission dann Bericht über deren Thätigkeit; die eingelaufenen Nachrichten besagen, daß die Agitation gegen die Steuerpläne der Regierung überall gut im Flusse ist. Nach Zusammenritt des Reichstages soll ein weiteres allgemeines Flugblatt verbreitet werden. Man wünscht, daß sich die Berliner Hausarbeiter noch mehr an der persönlichen Agitation beteiligen.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Invalidenkasse der Berliner Buchdrucker, von etwa 1000 Mitgliedern besucht, tagte am 2. Dezember im Gymnasium zum Zweck, gegen das Invaliden-Kassen-Projekt des „Deutschen Buchdrucker-Vereins“ (Prinzipalverein) zu protestieren. Einleitend bemerkte der Vorsitzende, Buchdruckerbesitzer Hermann Stein, der Vorstand der Kasse habe mit der Einberufung der Versammlung durchaus nicht im Antrage irgend einer Partei, ein Verein gehandelt; zu derselben habe ihn lediglich das Interesse der Kasse, vertreten durch ihre Mitglieder, veranlaßt. Die Berliner Kasse, welche seit 38 Jahren existiere und eine legendäre Wirkksamkeit hinter sich habe, müsse pflichtgemäß gegen die Gefahren verteidigt werden, die gegen sie zur Zeit der „Deutsche Buchdrucker-Verein“ bedrohbar seien. Geringe es diesem, seiner zum Januar projektierten Invalidenkasse größeren Anhang zu gewinnen, dann sei nicht nur die Existenz der Invalidenkasse der Berliner Buchdrucker, sondern auch die damit verknüpfte Wittwen-Unterstützungskasse gefährdet. — Herr Magnus zeigte hierauf unter Penhennung patriotischer Taten, in welcher Weise die Berliner Buchdrucker seit langem bestrukt gewesen sind, ihre Berufsinvaliden und auch schließlich die Wittwen der verstorbenen Kollegen zu unterstützen. Von den neueren Zahlen seien folgende angeführt: Die Kasse hat 2150 Mitglieder, während in Berlin gegen 6000 Buchdrucker sind, und rechnet mit einem Fonds von 253 500 M., der ihr jährlich 9000 M. Zinsen einbringt. Für Invaliditätszwecke wurden 1892 verwandt 62 814 M. und im folgenden Jahre 67 412 M. Vom Kugult 1896 bis zum April 1894 verausgabte die Kasse inklusive Wittwengelder 1 808 422 M. Augenblicklich sind 467 Wittwen zu unterstützen. — Redner gab dann der Versicherung Ausdruck, daß die Buchdruckerbesitzer Berlins, welche dem genannten Prinzipalverein angehören und sein Projekt unterstützen, einen Druck auf der Richtung auf ihre Angehörigen ausüben würden, daß letztere der neuen Kasse beitreten. Klar sei, meinte er, daß viele nicht zwei Kassen mit gleichem Zweck dann angehören wollten und aus der Berliner Kasse schließlich austräten. Die Jüngeren würden gehen und die Alten bleiben, da diese doch die Früchte ihrer langjährigen Opfer genießen wollten. Die Folge wäre, daß die Beiträge erhöht werden müßten, was eventuell der Kasse wieder einen Theil der jüngeren Mitglieder kostet und zum Schluß die Liquidation herbeiführen kann. Schon beim jetzigen

Stande der Klassenverhältnisse müsse man zufrieden sein, sie halten zu können. So sei es denn ein Pflichtgebot der Mitglieder, sich energisch gegen die Pläne des deutschen Buchdrucker-Vereins zu wehren. Redner kritisierte schließlich das bereits für die neue deutsche Kasse desselben vorhandene Statut. Das Verhalten der Versammlung bewies, daß ihr das besprochene Statut ebenso wenig gefiel, wie dem Vortragenden. Die meisten Mißfallsbezeugungen erregte die vorgesehene, undemokratische Organisation. Es sollen zum Beispiel Vorsitzender und Rechnungsführer nicht von den Delegirten der verschiedenen deutschen Bezirke auf der Generalversammlung gewählt, sondern vom Vorstande des Deutschen Buchdrucker-Vereins (Sitz Leipzig) aus der Mitte der Leipziger Prinzipalität ernannt werden. Bei allen Bestimmungen soll weiter der Vorsitzende den Ausschlag geben: in dem aus 11 Personen bestehenden Vorstand, auf der Generalversammlung bzw. Hauptversammlung etc. Mitberathen und -Thaten sollen immer nur gleich viel Arbeitgeber und Gehilfen, vom Vorsitzenden abgesehen, so daß die Majorität stets aus Prinzipalen besteht. Die zwei Ersten einer Kategorie werden ausgelost. Und zu guter Letzt soll ein Beschluß der Generalversammlung nur dann für die Kasse Gesetzeskraft haben, wenn ihn die Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins anerkennt. Auch hinsichtlich des Theils des Statuts, welcher die Finanzfrage regelt, urtheilte der Redner sehr abfällig. Seinen Ausführungen wurde lebhafter Beifall gezollt. — Es sprachen noch Giesecke, Esiler, Wangen und Maffint. Das Bemerkenswerteste aus ihren Darlegungen ist, daß thatsächlich bereits Mitglieder des „Deutschen Buchdrucker-Vereins“ ihre Gehilfen gezwungen haben, der seit Jahresfrist bestehenden Unterstützungslosse für Konditionslosse (auch ein Ableger des genannten Vereins) beizutreten. Hierbei ist zu erwähnen, daß jedes Mitglied dieser Kasse zum Anschlag an die Invalidenkasse verpflichtet werden soll. Genannt wurden die Firmen Hempel und Schott. Den Gehilfen der letzteren sollen 1,10 M. für die Kasse einfach bei der Lohnzahlung einbehalten worden sein. Herr Esiler verlas aus „vertraulichen“ Zirkularen des Vorstandes des vielgenannten Vereins, in denen mit Bezug auf die Kassen von einem „indirekten Zwange“ gesprochen wird, der die „irregulierten“ Gehilfen wieder auf den „rechten Weg“ bringen solle. Auch wird darin ein Verhandeln mit dem einzelnen Gehilfen zwecks Beitritt zur Kasse empfohlen und vor einem gleichzeitigen Einwirken auf sämtliche Gehilfen gewarnt. Esiler konstatirte, daß Hunderte von schriftlichen Erklärungen ihm zur Verfügung ständen, welche die Anwendung von Zwang hinsichtlich des Beitritts zu den Kassen des deutschen Prinzipalvereins bewiesen. — Folgende von allen Rednern befürwortete Resolution wurde einstimmig angenommen: „In anbetrach, 1. daß die Buchdrucker Berlins in ihrer seit Jahrzehnten bewährten und von der Behörde genehmigten Kasse eine ausreichende Versicherung gegen Invalidität erblicken; — 2. daß der vom Deutschen Buchdrucker-Verein (Prinzipalverein) neu einzuführende Kasse jeder Nachweis dauernder Leistungsfähigkeit fehlt und ein solcher unmöglich erbracht werden kann; — 3. daß die voraussichtlich zwangsweise Einführung dieser Kasse seitens eines Theiles der Prinzipalität schädigend auf die Weiterentwicklung der hiesigen außerordentlichen Generalversammlung der Invalidenkasse Berliner Buchdrucker, den Beitritt zur Kasse des Deutschen Buchdrucker-Vereins (Sitz Leipzig) mit Entschiedenheit zurückzuweisen und beauftragt den Vorstand, eine die einschlägigen Verhältnisse darlegende Denkschrift an das preussische Ministerium des Innern und an das Berliner Polizeipräsidium mit dem Ersuchen zu richten, der Kasse des Deutschen Buchdrucker-Vereins den eventuellen Geschäftsbetrieb für den Umfang des preussischen Staates zu verbieten, um die Zerstörung der bestehenden Kasse zu verhindern.“

- Gauverein Berliner Goldhauer.** Dienstag, den 4. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung. Abtheilung-Abend.
- Lehrs Vereinigung der Graber und Beisetzer.** Dienstag, den 4. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung. Abtheilung-Abend. **Lehrs Vereinigung der Graber und Beisetzer.** Dienstag, den 4. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung. Abtheilung-Abend. **Lehrs Vereinigung der Graber und Beisetzer.** Dienstag, den 4. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung. Abtheilung-Abend.
- Lehrs Vereinigung der Graber und Beisetzer.** Dienstag, den 4. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung. Abtheilung-Abend. **Lehrs Vereinigung der Graber und Beisetzer.** Dienstag, den 4. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung. Abtheilung-Abend.
- Lehrs Vereinigung der Graber und Beisetzer.** Dienstag, den 4. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung. Abtheilung-Abend. **Lehrs Vereinigung der Graber und Beisetzer.** Dienstag, den 4. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung. Abtheilung-Abend.

Christbaumkonfekt,
reizende Neuheiten, nur genießbare
Waare, 1 Kiste fort. Inhalt, circa
490 Stück 2 M. 50 Pf., 1 Kiste fort.
Inhalt, circa 270 große Stücke 3 M.
Siegfried Brosch, Berlin,
Bahmannstr. 87.

Diejenigen, welche sich zum nächsten
Frühjahr ein neues mit allen 99er
Neuheiten versehenes
erstklassiges Fahrrad
ver Cassé oder zu coulantem Zahlungs-
bedingungen, zu einem außerordentlich
billigen Preise durch **Gelegenheitskauf**
zulegen wollen, senden bitte ihre Adresse
an **Otto Büttner**, Schriftführer
des Radfahrerklubs „Favorite“, Ham-
burg, Lindenstr. 51.
Prospekte gratis.

Bierdruck-Apparate
Lager flüssiger Kohlensäure
zu herabgesetzten Preisen [1188L*]
H. Reinhardt,
113 Brunnenstr. 113.

Gardinen-Fabrik
Großes Lager gestickter und engl.
Tüllgardinen, Stores, weiß und
creme. Große Auswahl in Sophas,
Tisch- und Bettdecken, auch im
Eing. z. den billigst. Fabrikpreisen.
E. Knappe aus Eutsch i. Sachsen
Berlin N., Brunnenstr. 21, pt.

Möbel-
Kaufgelegenheit
bietet sich Brautleuten zc. im Möbel-
speicher, 8679*
Rosenthaler-Strasse 13, 1.
Dasselbst stehen täglich zum Verkauf:
neue gediegene Möbel zu außergewöhn-
lich billigen Preisen, gebrauchte und
verliehen gewesene Möbel zu wahr-
haftesten Spottpreisen. Theilzahlung ge-
stattet. Kleiderschränke 15, Küchen-
spinde, Kommoden 12, Sophas 15,
Bettstellen mit Matratzen 18 Mark,
Nußbaum-Kleiderschränke, Vertikows 30,
Stühle 3, Muschelspinden 40, Tru-
meau 65, Pannelsophas 75, Plüsch-
garnituren 60 Mark, Herren-Schreib-
tische, Schreibsekretäre, Buffets, Kou-
lissentische, Spiegel, alles staunend billig.
Gekaufte Möbel können auf meinem
Lagerspeicher bis April kostenfrei
lagern und werden durch eigene Ge-
spanne transportirt und aufgestellt.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Plage wie bekannt
größte Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste
Preise! Sämtliche im Handel
befindl. Rohabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

W. Flade, Uhr-
macher,
113 Brunnenstraße 113
Uhren, Ketten, Gold- und
Silberwaaren. 1180L*
Reparatur-Werkstatt.

Sophastoff-Reste
in Rips, Damast, Crêpe, Fantasie,
Gobelin, Plüsch und bunten
Motquets spottbillig!
Proben franko! 5150L*
Emil Lefèvre, Berlin S.,
Oranienstraße
158.

Lederhülle und Schäftefabrik
Eugen Teichmann,
70 Grüner Weg 70
zwischen Koppenstraße u. Rüstinerplatz.
Lager in sämtl. Ober- und Unter-
leder zu den billigsten Preisen.
Specialität: Sohlenauschnitt.
Gr. Lager in Wachstuchen
zu billigsten Fabrikpreisen.

Stempelfabrik
von **R. Hecht**
BERLIN S.
Oranienstr. 55
liefert schnell
und billig
alle Arten
Stempel.
Billigste Bezugsquelle
für Wiederverkäufer.

6 Pfund Albrecht's
Brot für
50 Pfennig
Bäckerei,
liefert Wrangel-Strasse 8
Langestr. 26, Falkensteinstr. 28

Gelegenheitskauf
für Brautleute: Im Möbelspeicher
Neue Königsr. 59, vorn L., sollen über
100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze
Zeit verliehen gewesene u. neue Möbel
spottbillig verkauft werden. Ganze
Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M.
Theilzahlung gestattet. Beamten ohne
Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchen-
spinden, Kommoden 12, Sophas 15 M.,
Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen
18, Nußbaum-Kleiderspinden 30, Stühle
3 Mark, hochfeine Muschelspinden
40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herren-
schreibtische, Damenschreibtische 30,
Cylinderbureau, Schreibsekretäre 15
Mark, Garderobenspinden, Pannels-
sophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M.,
Betten, Coulissentische, alles spott-
billig. Auch einzelne Gegenstände
werden zu Engrospreisen verkauft.
Empfehle allen Herrschaften, mein
größtes Möbellager Berlins zu be-
sichtigen u. sich von den staunend billigen
Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel
können bis Januar kostenfrei stehen
bleiben und werden durch eigene Ge-
spanne transportirt und aufgestellt.

In
Roh-
Tabaken
und **Utensilien** für
Cigarren-Fabrikanten
!! billigster
Einkauf!!
W. Hermann Müller
Berlin
Alexanderstr. 22.
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung
nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

An unsere Kunden



die ergebene Mittheilung, daß wir den
Alleinverkauf d. Gesamtseriensystemes in
Amerikan. Neugold-Uhren
übernommen haben. Die amerik.
Neugold-Uhren sind dem Aussehen
nach von echtem Golde nicht zu unter-
scheiden und behalten dieses goldähn-
liche Aussehen für immer, wofür wir
die weitgehendste Garantie bieten, indem
Neugold eine eigene Metalllegirung ist.
Die Neugold-Uhren haben ein sehr
gutes, verlässliches, genau regulirtes und
erprobtes Werk und leisten wir für jede
Uhr drei Jahre schriftliche Garantie.
Die Ausführung ist reizend, elegant,
glatt oder kunstvoll guillochirt, genau
so sorgfältig wie bei goldenen Uhren.
Preis per Stück mit 2 Neugold-Deckeln
offenem Zifferblatt, M. 15,00, mit
drei Neugold-Deckeln (Sprungdeckel-
Savonnette) M. 20,00. **Damen-**
Uhren mit 3 Neugold-Deckeln (Sprung-
deckel-Savonnette) M. 21,00, **Neu-**
gold-Uhrketten i. modernsten Jacons
für Herren und Damen M. 5,00 und
8,00, Neugold-Ringe für Herren und
Damen M. 3,50.
Unsere Neugold-Uhren sind mit dem
gleichviel unter welchen Namen aus-
gebotenen Uhren nicht zu vergleichen und
nur echt, wenn sie mit unserem Garantie-
schein und der gefächelt eingetragenen
Schuhmarke **Neugold** versehen sind.

An unsere bekannten Kunden machen
wir gern Ansichtsendungen; an unbe-
kannte Besteller versenden wir nur gegen
Nachnahme oder vorherige Einzahlung
des Betrages, verpflichten uns aber bei
Nichtkonvenienz, den vollen Betrag ohne
Anstand zurückzugeben, so daß der
Empfänger keinerlei Risiko hat.
Weihnachtsbestellungen erbiten
wir uns baldigst, um dieselben bei der
kolossalen Nachfrage rechtzeitig aus-
führen zu können.
Feith's Neuheiten-Vertrieb
Dresden-A., Pirnaischerstraße Nr. 31.
Berlin C., Stralauerstraße Nr. 44.
Bei gef. Bestellung bitten wir, sich
auf dieses Blatt zu beziehen. 34/11

Pelzwaaren-Fabrik, Göbel & Reinecke
Einzelverk. z. Fabrikpreisen.
Verkaufsstellen direkt in der Fabrik
Stallschreiber-Strasse No. 50/51, 1 (Ecke Alexandrinenstraße) und
Jerusalem-Strasse 65 (Laden, an der Kirche).
Sämtliche Waaren sind aus besten Winterfellen unter unserer eigenen
fachmännischen Leitung hergestellt. Telephon Amt IV 9790.

Wegen **Umbau** meiner **Geschäftsräume**
gelangen die **Restbestände** meines seit 21 Jahren be-
stehenden **Waarenlagers:**
Teppiche! Fertige Wäsche!
Gardinen! Steppdecken!
Portièren! Leinewaaaren!
zu **spottbilligen** **Ausverkauf.**
Preisen zum
Am Stadt- **J. Brünn** **Am Stadt-**
bahnhof **Börse.** **bahnhof**
Börse.
4. Hackescher Markt 4.

Halb und Halb.
Mampe mit
Pomeranzen
Feinste Likörmischung
Champagnerflasche **Mark 1,25**
Carl Mampe
Likörfabrik Berlin N. 28
In allen Colonialwaarenhandlungen

Caesar Heilbronn
Leipzigerstr. 47 (Nähe des
Konzerthauses)
empfiehlt größte Auswahl reell und billig
bestehend in
Weihnachtsgeschenken | **Broncewaaren,**
Gelegenheitsgeschenken | **echt engl. Alfenidewaaren,**
Hochzeitsgeschenken | **Lederwaaren.**
Ausstellung von Puppen und Spielwaaren.
Beschäftigung der 3 Schaufenster sehr lohnend, die der
Lokalitäten Jedem gestattet, ohne jeden Kaufzwang.
In allen Abtheilungen sind die Preise auf jedem
Gegenstand deutlich sichtbar vermerkt.

Damen- und Kinder-Mäntel-Fabrik
Hermann Hiller
1. Geschäft: **Sandbergerstr. 79,** 2. Gesch.: **Alexanderstr. 15,**
3. Geschäft: **Belle-Alliancestr. 22.**
Elegante Winter-Jaquets in allen Farben St. 4,50, 5,50, 6, 7,50—20 M.
Paletots 12, 15, 18, 30 M.
Elegante Plüsch-Jaquets ohne Fehler Stück 13,50, 16—24 M.
Prima Seal 24, 27, 33—40 M. 1094L*
Frauen-Mäntel, Cape extra zu tragen 16—18, 20, 24 M.
Große Auswahl in Seiden-Matelasse, Seidenplüsch, Cape-Mäntel zc.
Stoff-Mäntel in allen Farben von 12,50—30 M. Prima wattierte Mäntel
in allen Farben 8—25 M. Regenmäntel um zu räumen für jeden Preis.

August Schulze
35, **Goldarbeiter** 35
Tr. Kommandantenstr. 1 Tr.
Fräuringe: massiv gold. Ringe, Ketten, Armbänder, Bitte auf Haus-
2 Dukaten 21 M. Brosche, Ohrringe, Granaten, Korallen. No. zu achten.

Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.
Rum
anerkannt gut, Literflasche à 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Flaschen à 10 Pf. billiger.
Gähwein-Extrakt, hochfein, Literflasche 1,30, 5 Liter 5,50.
Echt Stonsdorfer Likör à Liter 1,20, 5 Liter 5,50, 10 Liter 10,—.
Jngber-Likör, magenstärkend, Literflasche à 1,10, 1,60, 2,—.
Himbeer-Kirsch-Johannisbeersaft, vorzügl., Literflasche à 1,30.
Eugen Neumann & Co., Gz. Belle-Allianceplatz 6a.
81, Neue Friedrichstr. 81, 8, Oranienstr. 8, 29, Genthinerstr. 29.

Die Waarenbestände
aus der **Max Grün'schen**
Konkursmasse
und andere Waaren
Nr. 50-51, Kapitanien-Allee 50-51, Ecke Zionskirchstraße,
bestehend aus
Kleiderstoffen, Wollwaaren, Wäsche u. Leinen
werden werktäglich in den Stunden 9-1 Uhr und 2 1/2-7 Uhr zur
festgesetzten Tage ausverkauft. Am Dienstag, den 4., und Mittwoch,
den 5. Dezember kommen die angefallenen Reste zum Ausverkauf.
Die Verwaltung.

Achtung!
Zahnerlay, auch Theilzahl., wöchentl.
1 M., Guokel, Lausitzer Pl. 2, Wasser-
straße 12.
Milchfäße, Kannen, Satten, Maße,
Siebe, Tafelwaagen,
Lampen, Kühlapparate, Buttermaschinen
Butterkneten, Drehrollen.
Jordan, Al. Marfusstr. 28.

Rohtabak.
Grösste Auswahl! Billigste Preise!
Reichhaltiges Lager in
Formen, Bockfaçons.
Heinrich Franck,
185 Brunnen-Strasse 185.

Stoff-Reste,
passend zu Hosen, Anzügen, Paletots,
Damenkleidern und Blousen zc. spott-
billig abzugeben. Tuchlager Hoher-
Steinweg 11, I bei Engel. 2463L

Möbel-
Gelegenheitskauf
zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Für Brautleute ganze Einrichtungen
von 200—1000 M. Theilzahlung ge-
stattet. Elegante Nußbaum- u. Maho-
gani-Kleiderspinden u. Vertikows 30 M.,
einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit
Matratze 20 M.; Waschtisletten, Küchen-
spinden, Kommoden 12 M.; Stühle 3 M.;
Sophasische 8 M.; Säulen-Trumeau
65 M.; Plüschgarnitur 80 u. 100 M.;
Pannelsophas 60 M.; Buffets, Silber-
schränke, Herren-Schreibtische, Schreib-
sekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel
(wenig gebrauchte) zu halben Preisen
und sollte es Niemand veräumen, wer
gut und reell kaufen will, mein großes
Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel
werden bis Januar kostenfrei aufbe-
wahrt, transportirt und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

37 Als anerkannt reelle und **37**
billigste Einkaufs-Quelle des
Süd-Ostens für
Gold-, Silber-,
Alfenidewaaren (Eg. Fabr.)
goldene u. silberne Uhren
empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37

Genossen empfehle ich meine Wasch-
n. Plätttaufst. bei kostenloser Abholung
der Wäsche und pünktlicher Lieferung.
Beteiligung per Postkarte wird vergütet.
[18106] J. Fest, Wasserthorstr. 24.

Gekauft werden stets jede Anzahl
Mäuse, Meerschweinchen, Mehlwürmer,
Räfige, Tauben, Vögel. 13385*
Nedtmann, Madaistr. 2, Schl. Wf.

Sie
überzeugen
sich

daß Sie 25 pCt. durch direkten Bezug
ersparen.
Exportation . 2,40 **Magda** 4,90
El Parlas . . 2,60 **El Lucero** . . 5,00
Noblia . . . 3,20 **Milena** 5,80
Derano . . . 3,90 **Valotta** 5,90
Manuela . . 4,80 **Castillo** 6,40

Bereinigte Cigarren-Fabriken.
Berlin N., Oranienburgerstr. 58.

Möbel, gebraucht, kauft Möbel-
Handlung Rosenthaler-
Strasse 13.

Tafel-Mastgeflügel!
tägl. frisch geschlachtet, trocken gerupft.
1 Mastgans, 10 Pfd. schwer, 5,— M.
4 Bratgans mit 1 Ente . . 5,25
4-5 fette Ent od. Pouarden 5,90
5-6 Küken od. 3-4 Suppen-
hühner 5,20
9 Pfd. feinste Tafelbutter . 7,50
9 Rindfleisch (Brat. od.
Suppe) 5,—
9 Pfd. Gänsefett 7,75 M.,
rein ausgelassen 10,—
20 Stück 4er Legehühner,
schöne Rasse 80,—
20 St. riesengroße Enten . 80,—
Kleert alles franko gegen Nachnahme
M. Müller, Buczacq (N. 80.) (Oesterr.)

Papageien, Kanarienvögel, in- und
ausländische Sing- und
Ziervögel, Vogelkäfige, große Auswahl,
bill. **F. Schnelle**, Potsdamerstr. 129,
Ecke Eichhornstraße.

Baustellen
Ostbahn, Vorort, Wald, Wasser, □ Ruthe
v. 4,50 M. an, verkauft erste Hand,
Toepfer, Andreadstr. 77, Laden.